



MDGs ON THE ROAD



-- EUROPE'S ROLE



COMMUNICATE WORLDWIDE

MAGAZINE FOR INTERNATIONAL COOPERATION - MAGAZIN ZUR INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

ISSN 1617 - 5352 FEBRUAR | FEBRUARY 2006
WWW.KOMGLOBAL.INFO

INHALT | CONTENTS

Verlauf der Ringvorlesung		S. 03
Editorial	Prof. Dr. Uwe Holtz	S. 04
ALLGEMEINES		
The MDGs and Europe's Role	Eveline Herfkens	S. 06
Die Bedeutung von Demokratie, Menschenrechten und Good Governance für die Realisierung der MEZ	Prof. Dr. Uwe Holtz	S. 12
Die MEZ als Beitrag zur Stärkung der Rolle der VN und des multilateralen Systems?	Prof. Dr. Wolfram Hilz	S. 16
Entwicklungspolitik nach dem Gipfel von New York	Dr. Dirk Messner	S. 19
AKTEURSPERSPEKTIVE		
Anstehende Aufgaben für die deutsche und europäische Ebene bei der Umsetzung der MEZ	Karin Kortmann, MdB	S. 21
Der Beitrag der EU zur Verwirklichung der MEZ	Alexander Graf Lambsdorff, MdEP	S. 24
Die Bedeutung der Kohärenz in der europäischen Entwicklungspolitik	Dr. Thomas Lawo	S. 27
Globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung: Notwendigkeiten und Chancen für mehr Kohärenz in den internationalen Beziehungen	Adolf Kloke-Lesch	S. 32
2005 WORLD SUMMIT OUTCOME	UN FACT SHEET	S. 36
Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NRO) bei der Armutsbekämpfung	Dr. Reinhard Hermle	S. 38
Der Beitrag der Bundesrepublik zur Realisierung der MEZ	Dr. Klemens van de Sand	S. 40
THEMENFELDER		
Preserving our common ground - the Rio Conventions' and the Bonn UN Secretariats' contribution in achieving sustainable development	Hama Arba Diallo	S. 45
Globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung: Die Wirkungsmöglichkeiten von Global Players zur Förderung der MEZ	Dr. Monika Wulf-Mathies	S. 49
HIV/AIDS - Die MEZ und ihre Zielvorgaben	Prof. Dr. Solvay Gerke	S. 52
HIV/AIDS im Rahmen der MEZ: eine Zwischenbilanz	Dr. Thomas Kirsch-Woik	S. 56
The Relevance of Information and Communication Technologies	Ramesh Jaura	S. 59
Wissen und Entwicklung - Millenniumsziele für den Aufbau einer Wissensgesellschaft	Prof. Dr. Hans-Dieter Evers	S. 62
KRITIK		
Bilanz der Ringvorlesung	Prof. Dr. Wolfram Hilz	S. 66
BERICHT		
	Karina Böckmann	S. 69

VERLAUF DER RINGVORLESUNG

Die Millennium-Entwicklungsziele (MEZ)
- eine besondere Verantwortung Europas für die Eine Welt

The Millennium Development Goals (MDGs) -
A Special Responsibility of Europe for the One World

Wintersemester 2005/06: Mittwoch, 16-18 Uhr, Hörsaal IX, Hauptgebäude der Universität Bonn

<p>19. Oktober 2005 The MDGs and Europe's Role Eveline Herfkens (UN Secretary-General's Executive Coordinator for the MDG Campaign, New York)</p>	<p>30. November 2005 Global Partnership for Development - The Relevance of Information and Communication Technologies Ramesh Jaura (Director, IPS Europa, Berlin/Bonn) Prof. Dr. Hans-Dieter Evers (Senior Fellow, ZEF A, Universität Bonn)</p>
<p>26. Oktober 2005 Zwischenbilanz nach der Review-Konferenz der VN: Erfolge und Schwierigkeiten bei der Umsetzung Dr. Dirk Messner (Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Bonn)</p>	<p>14. Dezember 2005 Globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung: Notwendigkeiten und Chancen für mehr Kohärenz in den internationalen Beziehungen Adolf Kloke-Lesch (Unterabteilungsleiter Friedensentwicklung und Krisenprävention, Außen- und Sicherheitspolitik, BMZ, Bonn) Dr. Thomas Lawo (Executive Secretary, EADI, Bonn)</p>
<p>2. November 2005 Die MEZ als Beitrag zur Stärkung der Rolle der VN und des multilateralen Systems? Prof. Dr. Wolfram Hilz (<u>Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie/IPWS, zuvor Seminar für Politische Wissenschaft/SPW; Universität Bonn</u>) Die Bedeutung von Demokratie, Menschenrechten und Good Governance für die Realisierung der MEZ Prof. Dr. Uwe Holtz (<u>IPWS, zuvor SPW; Uni Bonn</u>)</p>	<p>11. Januar 2006 Preserving our common ground - the Rio Conventions' and the Bonn UN Secretariats' contribution in achieving sustainable development Hama Arba Diallo (UNCCD, Executive Secretary, Bonn)</p> <p>18. Januar 2006 Der Beitrag der EU zur Realisierung der MEZ Alexander Graf Lambsdorff (Mitglied des Europäischen Parlaments, FDP)</p>
<p>9. November 2005 Der Beitrag der Bundesrepublik zur Realisierung der MEZ: Aktionsprogramm 2015 und weitere Initiativen Dr. Klemens van de Sand (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/BMZ, Bonn; Beauftragter der Bundesregierung für die Millennium-Entwicklungsziele)</p>	<p>25. Januar 2006 Globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung: Die Wirkungsmöglichkeiten von Global Players zur Förderung der MEZ Dr. Monika Wulf-Mathies (Zentralbereichsleiterin Politik und Nachhaltigkeit - Deutsche Post World Net, Bonn; ehemalige EU-Kommissarin)</p>
<p>16. November 2005 HIV/AIDS-Bekämpfung als zentrale Aufgabe: eine Zwischenbilanz Prof. Dr. Solvay Gerke (Direktorin der Abteilung politischer und kultureller Wandel, <u>Zentrum für Entwicklungsforschung/ZEF A, Universität Bonn</u>; Dr. Thomas Kirsch-Woik (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn)</p>	<p>1. Februar 2006 Anstehende Aufgaben für die deutsche und europäische Ebene bei der Umsetzung der MEZ Karin Kortmann (Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, SPD-MdB, Berlin/Bonn)</p>
<p>23. November 2005 Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NRO) bei der Armutsbekämpfung Dr. Reinhard Hermle (Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher NRO/VENRO, Bonn)</p>	<p>8. Februar 2006 Bilanz und Ausblick Prof. Dr. Wolfram Hilz Prof. Dr. Uwe Holtz</p>

EDITORIAL VON UWE HOLTZ



Diese Ausgabe ist den Millennium-Entwicklungszielen (MEZ) gewidmet und vereinigt alle Beiträge in Kurzform, die anlässlich einer Ringvorlesung im Wintersemester 2005/06 an der Universität Bonn gehalten worden sind.

Ausgehend von der „Millenniumserklärung“ des Jahres 2000 hat sich die Weltgemeinschaft bis 2015 acht konkrete Ziele gesetzt. Die sog. Millennium Development Goals (MDGs) sehen vor, Einkommensarmut und Hunger weltweit zu bekämpfen (1), die Grundschulausbildung für alle Kinder durchzusetzen (2), die Gleichstellung sowie Macht und Einfluss der Frauen zu fördern (3), die Kindersterblichkeit zu senken (4), die Gesundheit der Mütter zu verbessern (5), die Ausbreitung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten einzudämmen (6), ökologische Nachhaltigkeit zu gewährleisten (7) und eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung zu schaffen (8).

Vor allem zwei Beweggründe brachten den Kollegen Wolfram Hiltz und mich dazu, eine politikwissenschaftliche Ringvorlesung zu dieser Thematik zu veranstalten:

- Die Erreichung dieser Ziele und der in der Millenniumserklärung eingegangenen Verpflichtungen ist für Entwicklungs- und Industrieländer wie auch den Staatenverbund EU von großer Bedeutung. Denn wo Hunger und Armut, Furcht und ein Gegeneinander herrschen, sind Friedfertigkeit und Zukunftsfähigkeit bedroht. Damit haben sich auch Universitäten zu befassen. In einer interdependenten Welt werden Inseln des Reichtums nicht auf Dauer überleben können, wenn sie von Ozeanen der Armut umgeben sind.
- Im September 2005 fand in New York ein Weltgipfel der UNO statt. Dieser Gipfel, der vor allem eine Bilanz der Umsetzung der Beschlüsse des Millenniumsgipfels ziehen sollte (deshalb auch Millennium+5-Gipfel), bot einen aktuellen Anlass, sich mit dem Thema zu befassen.

Für die Ringvorlesung konnten hochrangige Gastdozentinnen und -dozenten gewonnen werden, und zwar aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und aus der Sicht der unterschiedlichen Ebenen Deutschland, Europa und UNO (s. auch den Verlauf der Vorlesung).

Wertvoll waren die Unterstützung und Mitwirkung folgender auch am UNO-Standort Bonn beheimateter Kooperationspartner: UN MDG Campaign/Deutschland; Center for International Cooperation Bonn GmbH, deren Arbeit Ende 2005 auslief; European Association of Development Research and Training Institutes/EADI, Bonn; Inter Press Service Europa/IPS EUROPA; Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn - Abteilung politischer und kultureller Wandel/ZEF A.

Bis zu 250 Personen, Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen und außeruniversitäre Gäste, nahmen an den einzelnen Vorlesungen teil, die jeweils durch Diskussionen ergänzt wurden. Aus der Natur der Sache leuchtet es ein, dass es außerordentlich schwierig wäre, eine Summe aus der Ringvorlesung zu ziehen. Dennoch sei auf einige Erkenntnisse verwiesen, die aus dem Gehörten zu gewinnen waren:

1. Die Millennium-Entwicklungsziele sind eng miteinander verbunden: So ist die HIV/AIDS-Bekämpfung (MEZ 6) unmöglich ohne Women's Empowerment (3), oder die Bekämpfung von Armut und Hunger (1) erfordert auch den Einsatz für den Umweltschutz und gegen die Biodiversität (7).
2. Die acht MEZ sind immer im Zusammenhang mit der Millenniumserklärung zu sehen, wodurch einige Defizite bei den MEZ (wie z. B. die weitgehende Abwesenheit konkreter politischer Forderungen nach Einführung oder Stärkung der Demokratie) „kompensiert“ werden.
3. Die Verwirklichung der MEZ trägt maßgeblich zur menschlichen Sicherheit bei und steht für die nicht-militärische Dimension von Sicherheit.
4. Bildung, Wissenschaft und Technologie sind von zentraler Bedeutung für Entwicklung und die MEZ.
5. In vielen Ländern, vor allem in Subsahara-Afrika, bestehen noch erhebliche Defizite bei der Umsetzung der MEZ. Eine Reihe von Ländern kann bei einigen MEZ manche Erfolge aufweisen, so in Lateinamerika, Südostasien oder Nordafrika. >>>

EDITORIAL VON UWE HOLTZ

6. Nationale und regionale Parlamente haben eine wichtige und noch stärkere Rolle bei der Verwirklichung der Millenniumsziele und der -erklärung wie auch bei der Reform der Vereinten Nationen zu spielen.
7. Entwicklungsfragen sind auch Machtfragen, wie es am Beispiel eines faireren Welthandels oder einer Kanalisierung und Kontrolle bei den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien verdeutlicht wurde.
8. Höhere entwicklungspolitische Leistungen und eine bessere Entwicklungszusammenarbeit sind nötig; aber die Rolle der Entwicklungspolitik im gesamten Entwicklungsprozess darf nicht überschätzt werden. Geld allein verhindert nicht die tagtäglichen, stillen Tsunamis, wie das tausendfache Sterben von Kindern jeden Tag. Dauerhafte Erfolge sind ohne ein entwicklungsförderliches Umfeld, für das sich auch zivilgesellschaftliche Organisationen immer mehr einsetzen, nur schwerlich zu erreichen.
9. Das Entwicklungsparadigma einer menschenwürdigen, nachhaltigen Entwicklung setzt sich offensichtlich immer mehr in der internationalen Entwicklungsdebatte durch und löst zumindest partiell die *Washington Consensus*-Philosophie ab.
10. Entwicklungs- und Industrieländer wie auch die EU müssen ihre Anstrengungen massiv verstärken, soll die Welt als Ganzes die acht Ziele noch während der nächsten zehn Jahre erreichen und damit zukunftsfester werden.

Die Millenniumsziele bleiben - trotz gewisser Enttäuschungen bei der Realisierung - wichtig. Sie bieten eine weltweit propagierte Vision 2015 für eine bessere und sicherere Welt, Orientierung für staatliche und nicht-staatliche, nationale und internationale Akteure und „benchmarks“ zur Bewertung von Entwicklungsanstrengungen und -erfolgen. Sie sind Verpflichtung für die Politik und auch ein Referenzrahmen für die Entwicklungsforschung.

Entwicklung ist ein mehrdimensionaler, komplizierter Prozess, der fünf Bereiche und Dimensionen umfasst: Politik (Demokratie, Menschenrechte und „Good Governance“), Wirtschaft (armutsminderndes Wirtschaftswachstum, Unternehmen, die auch ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen), Soziales (sozialer Ausgleich, soziale Grunddienste), Umwelt (ökologische Nachhaltigkeit) und Kultur (kulturbewusste Entwicklung, die für den Wandel offen ist). Entwicklung braucht „gute“ nationale, regionale und internationale Rahmenbedingungen. Angemessen muss auch darauf reagiert werden, dass in einigen Ländern die Probleme und Herausforderungen durch rapide anwachsende Bevölkerungen noch verschärft werden und dass andere Länder unter Bevölkerungsschrumpfung zu leiden beginnen.

Die Verwirklichung der Vision und der ehrgeizigen MEZ verlangt zumindest dreierlei: Weitere politische und sozio-ökonomische Reformen in den traditionellen und den neuen „Entwicklungs“-Ländern; Maßnahmen auf der internationalen Ebene, ein Umsteuern und neue Prioritätensetzungen in den Industrieländern.

Ordnungspolitisch seien die Leitbilder der Demokratie und Menschenrechte sowie einer internationalen sozialen und ökologischen Marktwirtschaft empfohlen.

Für die EU ist es ein Schlüsselziel, zur Realisierung der MEZ beizutragen. Die neue, im Herbst 2005 ins Amt gekommene Bundesregierung, die sich auf eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD stützt, verspricht in ihrem Koalitionsvertrag: „Wir setzen die Ziele und Prinzipien der Millenniumserklärung um. (...) Wir verstehen Entwicklungszusammenarbeit als eine internationale Gemeinschaftsaufgabe, zu der die deutsche Entwicklungspolitik wirksame und sichtbare Beiträge leistet.“

Bislang ist die Aufmerksamkeit der deutschen und europäischen Politik für dieses Thema begrenzt, die Höhe der deutschen entwicklungspolitischen Leistungen bescheiden, der Einsatz für eine globale soziale, ökologische Marktwirtschaft schwach und Deutschlands Stimme zu diesen Themen weltweit nicht klar genug zu vernehmen. Möge sich dies ändern! Aus globaler Verantwortung, Solidarität und wohlverstandendem Eigeninteresse. ☑

ALLGEMEINES

The MDGs and Europe's Role

By Eveline Herfkens

When 189 Governments from the North and the South, as representatives of their citizens, signed up to Millennium Declaration in the UN's Millennium General Assembly of September 2000, there was a sense of urgency. Urgency to *"free our fellow men, women and children from the abject and dehumanizing conditions of extreme poverty, to which more than a billion of them are currently subjected."*

They committed to work together to build a safer, more prosperous and equitable world for all its citizens by 2015, and they adopted the eight Millennium Development Goals that put a people-centred development at the heart of the global, national and local agendas.

THE 8 MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS

In September of 2000, 189 Heads of State and Government committed their countries – rich and poor – to meeting a set of time-bound and measurable goals by 2015.

1. Eradicate extreme poverty and hunger
2. Achieve universal primary education
3. Promote gender equality and empower women
4. Reduce child mortality
5. Improve maternal health
6. Combat HIV/AIDS, malaria and other diseases
7. Ensure environmental sustainability
8. Develop a global partnership for development

The Goals committed rich and poor countries to eradicate extreme poverty and hunger, eliminate gender inequality and environmental degradation, and ensure access to education, healthcare and clean water, all by 2015. Since then the Millennium Goals have had a catalytic effect on global development, because of their simplicity, measurability and accessibility. Anybody can understand them, grasp they matter, judge whether or not his or her country and the wider world is doing enough to achieve them and take action if they are not implemented. The Millennium Goals are not too ambitious, they are technically and financially within our reach, but only if governments take concrete and urgent action to implement them country after country after country.

But up till now, the world is missing the opportunity to take such action. What is lacking is the political will to place these Goals at the centre of local, national and international policies. And what is lacking is the sense of urgency the world had agreed upon in the year 2000.

The Millennium Goals bring together for the first time a shared vision in the development community that was earlier characterized by nearly four decades of disagreements and debate between rich and poor countries. They represent a global partnership based on shared responsibility committing rich and poor countries, the UN system and key institutions that determine economic fate of the developing world: World Bank, the IMF and the World Trade Organization. Poor countries pledged to improve governance and reform policies, channelling their resources toward the first seven Goals. Rich countries, for their part, promised to deliver more and more effective aid, faster and deeper debt relief, more trade opportunities and fairer trade rules, and increased technology transfer to poor countries (expressed in Goal 8).

Indeed, Head of States and Governments signed on behalf of their countries - including trade and finance ministers - the Millennium Declaration that set out to ensure that "globalization becomes a positive force for all the world citizens." Therefore, it is even more legitimate for citizens to question what their government is doing in terms of aid and if its position in the International Financial Institutions and in the World Trade Organization is consistent with this pledges. >>>

ALLGEMEINES


The other good news is, that for the first time countries have made explicit what they can be held accountable for; not just in process terms as in the old days, but in concrete outcomes which can be measured. And performance against the Goals will be monitored as they are not just empty statements of intent. So precise monitoring mechanisms have been put in place, but it takes much more than that to ensure that governments are held to account to act upon their pledge and to bring the sense of urgency back on the table.

What will make the difference is if people, everyday citizens, start saying: "We need this to happen in order to implement the Millennium Goals." As Secretary-General (SG) of the United Nations, Kofi Annan, says: *"It is not in the United Nations that the Goals will be achieved. They have to be achieved in each of its Member States, by the joint efforts of their governments and their people."*

Achieving the Goals takes concrete action. Developing nations pledged to steer their nation's own progress by strengthening governance, institutions and policies. The Campaign fosters debates and provides country by country information and analysis focused on what developing countries should be doing to play their part to improve governance, fight corruption, and put primary education and health systems in their place. In developing countries, the focus is on the rights of poor people to realize the goals: are the appropriate policies in place? Are institutions responsive to legitimate aspirations of poor and marginalized people? Is there accountability and transparency in budgeting processes? Therefore, in the South, new pro-poor coalitions are campaigning to make their government accountable for their pledges.

The Goals explicitly recognize that eradicating poverty can be achieved only through the global partnership for development. Poor countries cannot achieve these Goals unless rich countries deliver on their end of the bargain well in advance of 2015 - by increasing the volume and quality of aid, trade opportunity and debt relief. The Goals are achievable if both partners live up to their promises.

The situation in Sub-Saharan Africa and in the least developed countries is particularly worrisome. But even there, Malawi and Rwanda can achieve Goal 2 and get all their kids to school. Tanzania is on track on the water goal; Uganda and Senegal are able to reverse the AIDS pandemic; as for Mozambique, the child mortality goal could be in reach. Success stories can simply be explained as cases where the global deal is implemented. The government concerned has reasonably good policies and rich countries have been relatively generous and helpful with aid and debt relief. So the global deal can work. And the song about New York goes: "If I can make it there, I can make it anywhere." >>>

ALLGEMEINES

The real problem is that government leaders come to the United Nations, they make impressive speeches and promises, and then take the plane home and it's back to business as usual. This was the case with the promise of the 0.7% 30 years ago and has been the case with the Millennium Declaration for the past five years. How many governments actually, after their Presidents and Prime Ministers returned from New York from the Millennium Summit, sat down with their Cabinet members to discuss what their signatures implied for health and education policies in developing countries, and for finance and trade policies in rich countries?

It is political will that is needed. As the SG stated: *"Political will shifts only if there is national and local mobilization by the public and only when leaders are held accountable. Appeals by international organizations are one thing, but what would really make a difference, is if rather at the local level the goals achieve a critical mass of support and even become vote getters."* Indeed - the real world is at country level.

Aid - More and more effective**Quantity**

The implementation of the global deal starts at home where we hold the key to the solution. The world has never before seen so much prosperity and the donor communities have never been richer. Wealth per person has more than doubled between 1961 and the year 2000. But the aid given per person is actually less than it was four decades ago. The good news is that we are, after nearly a decade of decline, at a good starting point, but we have to ensure that our governments actually deliver on these commitments to start with and in particular have agreed deadlines to achieve the 0.7% in all member states well in advance of 2015.

In its communication on Finance for Development the EU Commission proposes two intertwined targets to be reached by 2010:

Firstly, there are individual ODA targets for each Member State, differentiated between old and new Member States. The Commission proposes old Member States to increase their ODA to a new individual baseline of 0.51% GNI (Gross National Income), in case they have not yet reached it. The Commission proposes the new Member States to reach 0.17% GNI

The second proposal aims at a collective average target for the Union of 0.56% ODA/GNI.

The present numbers for the UK and France are 0.34% and 0.41%, and these countries have committed to achieve 0.7% of their GDP by 2012/2013.

German aid grew slowly over the last few years from 0.26% in 1998 to 0.28% of GDP in 2004. As a member of the EU Germany pledged both at the EU Summit in Barcelona and the Financing for Development Summit in Monterrey to achieve a minimum of 0.33% in 2006. Although it has not yet a concrete deadline for achieving the 0.7% Development Minister Heidemarie Wierczek-Zeul repeatedly stated that Germany regards the 0.33% as a starting post to fulfil the 0.7% target. >>>

"Political will shifts only if there is national and local mobilization by the public and only when leaders are held accountable. Appeals by international organizations are one thing, but what would really make a difference, is if rather at the local level the goals achieve a critical mass of support and even become vote getters." - Kofi Annan

ALLGEMEINES**Quality**

Reaching the Goals will also require more effective delivery of aid. Too much bilateral aid has been given by strategic geo-political objectives, rather than to target poverty reduction. Considerable aid has been diluted to not-so-poor and not-so-well-governed countries, while aid was provided in ways that benefited the donor's exporters and visibility and did not contribute to reducing poverty. Thus it is no surprise that public opinion is sceptical of aid effectiveness. In many Northern European countries, the Millennium Goals have been very helpful for governments to link aid flows to achievement of the Goals strengthening the pro-aid constituency by changing the image of development money from giveaways that support corrupt regimes to concrete programs that, for example reduce child mortality or provide primary education.

To increase aid effectiveness donors should target poor countries, encourage increased ownership, improve donor coordination, untie aid and make the Millennium Goals the organizing focus of all aid.

Make the MDGs the focus of all aid. This is likely to require significant reorientation of bilateral aid, both in their countries of focus and the types of programs supported.

Target poor countries. Considerable aid leaks to middle-income countries that do not need extra funding to reach the goals. Instead donors should cancel ODA to poor countries particularly in Sub-Saharan Africa that need it most and, among those, the countries that are relatively well governed.

Respect national ownership of developing countries. Aid has to back home-grown strategies and policies and has to be demand-driven. Donor countries need to understand the profound paradigm shift that it is not the donors that develop countries but that countries develop themselves.

Harmonize and simplify the complex donor procedures that overburden poor countries institutional capacity and lower transition costs. The impact of foreign aid is too often diluted because it is delivered by many high-cost aid boutiques governed by multiple and complex requirements. The variety of donor requirements for preparing, delivering and monitoring development assistance generate unproductive transaction costs for, and overwhelm the limited capacity of partner countries. Donors need to harmonize procedures with those of partner country systems to improve the effectiveness of development assistance. Bilateral donors, heads of multilateral institutions and partner countries adopted the Paris Declaration on Harmonization in March 2005 which was a breakthrough, but up to now translating this into an operational process is still lacking.

Untie aid. Aid tied to procurement in donor countries is 25% less effective than untied aid, according to World Bank estimates. Aid tied to procurement is financially costly for recipients, limits options in maximizing use of resources and invites corruption. Aid should finance local and recurrent costs including through financing budget support. Achieving the MDGs, particularly in health and education, requires cash to finance salaries of teachers and nurses and medical and school supplies, among other needs. >>>

ALLGEMEINES**Quality of German aid - based on recent OECD-DAC peer review**

In Germany polls show that people are not well informed about development cooperation and scepticism about effectiveness of aid seems to grow. To ensure effectiveness of aid and increase transparency and visibility of its impact, it is therefore essential to align aid to the achievement of the Millennium Goals. At present too much aid goes to not-so-poor countries (e.g. Turkey) that do not need concessional assistance to achieve the Goals.

Germany, in its policy statements, attaches high importance to ownership. But in practice, its aid delivery mechanisms need to be further reformed to maximize ownership. To improve this, Germany should strengthen its presence in the field. Also enhanced cooperation or merging of the different institutional actors with their different funding instruments, financial conditions and reporting requirements is recommended. So far technical assistance and financial aid are delivered by different entities (i.e. GTZ and KfW), leading to high administrative burdens and transaction costs for recipients. In the past, Germany had been hesitant to cede financial management to recipients and was cautious in joining other donors in sector wide approaches and pool funding. However, recent policy intentions have been expressed to expand the use of these instruments.

Furthermore Germany - unlike the UK - has not yet untied aid. So far grants are largely spent on high cost (German) expatriate technical assistance. Now the European Commission has ruled that tying aid is inconsistent with the European competition policies, so there is scope for European leadership in OECD/DAC for further international agreement on untying of aid.

Trade - Reducing agricultural subsidies, opening markets and boosting the multilateral trading system

International trade has a tremendous potential to reduce poverty worldwide and drive economic growth. Rich countries have a critical role to play in creating a more equitable global trading system. They set the rules of global finance and international trade.

Despite progress in the last decades too many poor countries are still left on the margins. There are still too many barriers that stifle and starve. In agriculture instead of fair competition, there are subsidies that tilt the playing field against the poor. For developing countries, it is essential to integrate in the world economy, but the playing field is not level.

Estimates show that a pro-poor Doha deal could lift an additional 144 million people out of poverty by 2015 and increase global income by as much as 520 billion dollars. The stakes are too high and we must see this Trade Round to its successful completion. Given the setback in the Fifth World Trade Organization's Ministerial in Cancun, setting and meeting deadlines is more critical than ever for poor countries to benefit from the international trade system.

There is enormous scope for rich countries to expand market access and to promote imports from poor countries by reducing tariffs, non-tariff barriers and subsidies. As dominant players in the world economy rich countries must demonstrate leadership by breaking the logjam that exists in key areas of negotiations in the WTO. >>>

ALLGEMEINES**The most trade-distorting policies are in the agricultural sector**

The most important development issue on the WTO agenda is agriculture. More than three-quarters of the world's poor - nearly 900 million people - live in rural areas, most of them dependent on agriculture. But Northern agriculture protectionist policies - EU is among the worst offenders - lock poor countries out of rich countries consumer markets; their agricultural subsidies destabilize and depress world prices, lead to worldwide overproduction, undermine incentives for local production, destroy livelihoods of million of farms communities in developing countries.

Agricultural support in rich countries costs consumers and taxpayers nearly US\$ 300 billion a year, more than five times the US\$ 57 billion of total ODA. Europe's cows receive over 2 dollars a day subsidies, while 1.2 billion people live on less than one dollar a day. Two examples: Dutch milk powder is so cheap that the milk factory in Tanzania prefers to buy this instead of milk from local small farmers. And secondly, sugar (Germany counts for nearly one-quarter of EU sugar beet production): agricultural subsidies transformed the EU from a net sugar importer to a large net exporter today.

In fact, production of (cane) sugar in developing countries is much more cost-effective and they bear the burden of this sugar regime, as it deprives them of 400.000 jobs in the sugar industry in their countries. Moreover the agricultural subsidies do not even achieve their stated objective as farm support is heavily skewed towards larger and richer farmers. Targeted direct income payments to those who need it most would be much cheaper and cost effective. In fact, three-quarters of farm support does not even translate in additional income for farmers as it leaks away to input suppliers and to increase land values.

Presently, only four percent of total support is targeted at environmental objectives. While support, in general, provides incentive to produce more, it leads to increased use of fertilizers and chemicals and to more air, water and soil pollution. Rural policies that allow for direct payment for concrete public goods and services would deeply reduce overall levels of support, freeing up hundreds of billions of dollars and, in effect, reduce the domestic burden on consumers and taxpayers; at the same time, this would help to eliminate harmful import barriers and import subsidies.

Developing countries continue to face restrictions to market access

Despite significant liberalization in recent decades, trade barriers are still high - especially on labour-intensive goods and services in which developing countries have a comparative advantage. Poor country exports are locked out by high tariffs (concentrated on agricultural products, textiles and clothing) and by tariff escalation (whereby the tariff increases the moment a commodity is processed). Barriers on products from developing countries are twice as high as those on developed country products. Reducing tariff peaks on products that are of export interest to poor countries will be essential for them to trade their way out of poverty.

Germany and other OECD countries need to take concrete steps forward to put the Doha Development agenda back on track and to reform trade policies to ensure that developing countries benefit from the international trading system. The Doha development round promised to be the first round of trade negotiations where developing countries were not just beggars at the feast.

What we need is action now: Children in developing countries cannot wait, and neither can this world afford to have yet another generation of young people who grow up in rich countries, and have no idea how their peers live elsewhere and who are illiterate on how their own society shares responsibility for this situation. We are the first generation that can put an end to poverty and I would like you to refuse with us to miss that opportunity. ☑

For further information please visit www.millenniumcampaign.de

ALLGEMEINES

Die Bedeutung von Demokratie, Menschenrechten und Good Governance für die Realisierung der MEZ

Von Uwe Holtz

Die politische Dimension ist die oft klein geschriebene Dimension einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung. Auch der von Jeffrey Sachs, dem Direktor des UN-Millennium-Projekts, Anfang 2005 vorgelegte Bericht „In die Entwicklung investieren: Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele“ vernachlässigt in seinen Empfehlungen die politischen Rahmenbedingungen. Er setzt vor allem auf mehr Geld und den gut koordinierten Einsatz dieser Mittel bei der Armutsbekämpfung.¹ Aber was nützt mehr Geld, mehr staatliche „Entwicklungshilfe“, wenn in den Entwicklungs- und Transformationsländern Diktatoren, Kleptokraten und korrupte Cliquen herrschen?

Die Erkenntnis, dass Willkür, Despotismus und die Diskriminierung der Frauen wichtige Hemmschuhe für Entwicklung sind, findet eine immer größere Anerkennung.²

Drei Hypothesen seien den Ausführungen vorangestellt und im Folgenden untermauert:

1. Armut umfasst verschiedene Dimensionen von Mangel: an Einkommen und Nahrung, aber auch an Einfluss und Wahlmöglichkeiten.
2. Demokratie, Menschenrechte und Good Governance sind Werte an sich.
3. Demokratie, Menschenrechte und Good Governance sind für die Realisierung der MEZ von großer Bedeutung.

Die acht Millennium-Entwicklungsziele/MEZ wie auch die 18 Zielvorgaben und 48 Indikatoren blenden weitgehend (demokratie-)politische Ziele aus.³ Aber immerhin legt die Millenniums-Erklärung (New York 2000) ein Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten ab.

Gemäß MEZ 1 und den beiden ersten Zielvorgaben sollen die extreme Armut und der Hunger beseitigt und der Anteil jener Menschen, deren Einkommen weniger als ein Dollar pro Tag beträgt und die hungern, halbiert werden. Aber Armut ist mehrdimensional und bezieht sich keineswegs nur auf das Einkommen und eine unzureichende Ernährung; sie schließt Machtlosigkeit, Ausgrenzung, Unsicherheit und Aussichtslosigkeit mit ein. Der Mensch lebt nicht von Brot, Reis oder Kassava allein - er will ebenso frei sein von Furcht und Unterdrückung. >>>

¹ Jeffrey D. Sachs (Director / UN Millennium Project): „Investing in Development. A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals“, London / Sterling, Va. 2005. Vgl. auch Jeffrey Sachs: „Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt“, München 2005.

² So etwa David Landes: „Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind“, Berlin 2004.

³ Lediglich zwei relevante Forderungen sind auszumachen: MEZ 3 spricht von der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung von Macht und Einfluss der Frau („empowerment“). Und im Rahmen von MEZ 8 „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“, wird unter Zielvorgabe 12 ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nicht-diskriminierendes Handels- und Finanzsystem gefordert, das u.a. die Verpflichtung auf eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung umfasst („good governance“).

ALLGEMEINES

Heute lässt sich feststellen: Die Demokratie ist weltweit als politischer Ordnungsrahmen anerkannt (auf dem Papier, aber leider nicht in der Praxis). In der 1997 angenommenen Allgemeinen Demokratie-Erklärung der Inter-Parlamentarischen Union wird die Demokratie als Ideal, als Regierungsform und als ein universell anerkanntes Konzept bezeichnet, das auf gemeinsamen Werten beruht.⁴ Die Demokratie gibt auch den Stimmen der Armen Gewicht. Für den indischen Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen schließt die Demokratie mehrere Vorteile ein:⁵

- Die instrumentelle Bedeutung politischer Anreize, die die Regierung und die Politik zu Verantwortung und Rechenschaftspflichtigkeit anhält und auf Grund von Wahlen und freien Medien Hungersnöte vermeiden hilft.
- Die intrinsische Bedeutung von politischer Partizipation und von Freiheit im menschlichen Leben.
- Die konstruktive Rolle der Demokratie bei der Ausformung von Werten und dem Verstehen, dass es Bedürfnisse, Rechte und Pflichten gibt.

Die kenianische Friedensnobelpreisträgerin von 2004, Wangari Maathai, bekannte, dass die von ihr initiierte Grüngürtel-Bewegung beim Pflanzen von Bäumen zunächst nicht an Fragen von Demokratie und Frieden dachte; aber rasch sei klar geworden, dass eine verantwortungsvolle Umweltpolitik ohne demokratischen Raum unmöglich war. Deshalb sei der Baum zu einem Symbol für den demokratischen Kampf in Kenia geworden.⁶

Das Demokratie-Dreieck besteht aus: freien, fairen und regelmäßigen Wahlen mit der Möglichkeit, einen Regierungswechsel herbeizuführen (was eine freie Presse und das Recht auf Opposition voraussetzt); der Bindung der Gewalten an die verfassungsmäßige Ordnung sowie an Gesetz und Recht; der Achtung und dem Schutz der unveräußerlichen Menschenrechte und der politischen, bürgerlichen Freiheiten. Schlüsselinstitution bzw. Herz der Demokratie ist das Parlament, das *idealerweise* über folgende sechs Aufgaben und Kompetenzen verfügt („Parlamentarisches Hexagon“): Gesetzgebung, Budgetrecht, Wahlfunktion/Herrschaftsbestellung, Kontrolle der Regierung und Verwaltung, Mitwirkung an der Außenpolitik, Forum der Nation. Daran gemessen sieht die politische Praxis noch in vielen Ländern unbefriedigend aus, auch wenn es in den letzten anderthalb Jahrzehnten einen bemerkenswerten Siegeszug der Demokratie gegeben hat. Besonders Afrika und Asien haben, von einigen Ausnahmen abgesehen, einen relativ großen Nachholbedarf.⁷

Menschenrechte sind dem Menschen und seinem Handeln inne wohnende Werte. Sie machen die Essenz dessen aus, was Entwicklung eigentlich ist. Sie sind die Kompassnadel für Entwicklung – und im Übrigen auch für eine humane Globalisierung. Wer Menschenrechte unterdrückt, behindert Entwicklung. Dabei ist von drei Generationen / Kategorien von Menschenrechten auszugehen: den politisch-bürgerlichen Freiheitsrechten; den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten; den „neuen“ Rechten, wie dem Recht auf Entwicklung oder dem Recht auf eine gesunde Umwelt. >>>

⁴ Vgl. www.ipu.org. Schon Winston Churchill wusste: „Democracy is the worst form of government - except for all those other forms, that have been tried from time to time.“

⁵ Amartya Sen: Democracy as a Universal Value, in: Journal of Democracy 10.3 (1999) 3-17 (auch <http://muse.jhu.edu/demo/jod/10.3sen.html>)

⁶ Vgl. ihre Rede anlässlich der Verleihung des Nobelpreises am 10.12.2004 in Oslo > <http://nobelprize.org/peace/laureates/2004/maathai-lecture.html> .

⁷ Über den Stand von Freiheit und Demokratie sowie die politischen Gestaltungsleistungen informieren – bei aller gebotenen Vorsicht der Daten – u.a. Freedom House (www.freedomhouse.org) und der Bertelsmann Transformations Index (www.bertelsmann-transformation-index.de)

ALLGEMEINES

Die Wiener Menschenrechtskonferenz der VN von 1993 bekräftigte: „Demokratie, Entwicklung und Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bedingen und stärken einander.“ Und auf der MEZ-Überprüfungskonferenz, dem UN-Weltgipfel im September 2005 in New York, wurde festgehalten: „Wir bekräftigen, dass die Gleichheit der Geschlechter sowie die Förderung und der Schutz des vollen Genusses aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle unabdingbar für die Förderung der Entwicklung und des Friedens und der Sicherheit sind.“

„Good Governance“,⁸ d. h. gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln, ist in den letzten Jahren zu einer wichtigen Forderung an die Adresse aller Länder geworden. Denn auch „schwache“ Regierungen, willkürliche Rechts- und Justizsysteme, schlecht funktionierende Verwaltungen und Korruption sind Ursachen für Armut und „maldevelopment“. Immer klarer wurde die Erkenntnis, dass entwicklungspolitische Zusammenarbeit letztlich nur bei guten politischen Rahmenbedingungen in den Partnerländern funktionieren und langfristig positive Wirkungen zeitigen kann.

Der für mehr als hundert Staaten völkerrechtlich verbindliche Vertrag zwischen den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten sowie den Mitgliedstaaten der EU (Partnerschaftsabkommen von Cotonou, 2000) definiert Good Governance wie folgt: „In einem politischen und institutionellen Umfeld, in dem die Menschenrechte, die demokratischen Grundsätze und das Rechtsstaatsprinzip geachtet werden, ist verantwortungsvolle Staatsführung die transparente und verantwortungsbewusste Verwaltung der menschlichen, natürlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen und ihr Einsatz für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung.“

Auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey (Mexiko, März 2002) wurde ein Richtungsweisender Rahmen für eine globale Entwicklungspartnerschaft festgelegt, und zwar auf das Ziel bezogen, die Armut zu bekämpfen, dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu erzielen und die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Partnerschaft zwischen reichen und armen Ländern soll auf guter Regierungs- und Verwaltungsführung, erweitertem Handel, Entwicklungszusammenarbeit sowie Schuldenerleichterung aufbauen.

Der dort erzielte Konsens bezeichnet explizit Good Governance (durch Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Achtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess, eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik und makroökonomische Stabilität) als Kernelement entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen.

Good Governance ist auch zu einem wichtigen Förderkriterium für die Entwicklungszusammenarbeit/EZ geworden. In Deutschland kommt es zusammen mit dem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten in den 1991 formulierten „fünf Kriterien“ zum Ausdruck. Die Bewertung der Situation in den Partnerländern anhand dieser Kriterien beeinflusst Umfang und Struktur der Zusammenarbeit (bis zum Stopp der EZ) und bestimmt den politischen Dialog mit den jeweiligen Ländern.⁹ Selbst afrikanische Staat- und Regierungschefs bekräftigen in ihrer „Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ von 2001: Frieden, Demokratie, Good Governance, Menschenrechte und vernünftiges wirtschaftliches Handeln sind Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung. >>>

⁸ In offiziellen Dokumenten oft mit „guter Regierungsführung“ oder „verantwortungsvolle Staatsführung“ übersetzt.

⁹ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hg.): Zwölfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Materialien Nr. 131), Bonn 2005, S. 65; und www.bmz.de/de/service/infotehek/fach/spezial/spezial044/a2.html .

Die fünf Kriterien lauten: Achtung der Menschenrechte, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, marktorientierte soziale Wirtschaftsordnung, Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns.

ALLGEMEINES

Aber zwischen Demokratie und Entwicklung besteht kein automatischer Zusammenhang. Anne Herm fand in ihrer von mir betreuten Magisterarbeit über „Erfolgskriterien und Hemmnisse für Entwicklung“ (Uni Bonn, Mai 2005) heraus: Auf der einen Seite fördert Demokratie Entwicklung, auf der anderen Seite ist das bloße Vorhandensein von demokratischen Strukturen noch kein Garant für Fortschritt. Erst durch die zusätzliche Bildung von rechenschaftspflichtigen Institutionen, die ihr Handeln nach dem Prinzip des guten Regierungs- und Verwaltungshandelns ausrichten, wird Demokratie zu einem Erfolgskriterium für Entwicklung.¹⁰

Die EU hat in ihrem entwicklungspolitischen „European Consensus“ vom Herbst 2005 festgehalten, ein besonderer Vorrang gelte den Menschenrechten und der Demokratisierung, der Unterstützung für notwendige Reformen zur Verhütung und Bekämpfung der Korruption, der Unterstützung der Dezentralisierung sowie der Stärkung der Rolle der Parlamente.

Wie wichtig Good Governance und Rechtssicherheit auch für die Realisierung der MEZ sind, hat die internationale Staatengemeinschaft anlässlich der MEZ-Überprüfungskonferenz im September 2005 in New York bekräftigt: „Wir erkennen an, dass gute Regierungsführung und die Herrschaft des Rechts auf nationaler und internationaler Ebene unerlässlich sind, um ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung herbeizuführen und Armut und Hunger zu beseitigen.“

Schlussfolgerungen und Orientierungen für das politische Handeln:

- Diktaturen sind nicht tragfähig, weil sie dem Innersten des Menschen widersprechen.
- Langfristig gibt es keine nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung ohne demokratische Freiheiten und ohne Respektierung, Schutz und Förderung der Menschenrechte.
- Vornehmste Aufgabe der Entwicklungspolitik ist es, zu einer menschenrechtsbasierten und demokratieorientierten Entwicklung beizutragen.
- Die dauerhafte Erreichung der meisten Millennium-Entwicklungsziele wird durch diktatorische verfasste Staaten, durch „bad governance“ und Missachtung der Freiheitsrechte der Menschen behindert, wenn nicht sogar verhindert.
- Die Erreichung der Millenniumsziele muss mit der Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Good Governance verbunden werden.
- Bei konfligierenden Interessen (z. B. Verfolg eigener wirtschaftlicher Interessen oder Transfer umweltfreundlicher Technologien in das kommunistische China) muss gegenüber Diktatoren und „bad performers“ dennoch eine klare Sprache gesprochen und im äußersten Fall auch zu Sanktionen, wie dem Stopp der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, gegriffen werden, was eine Unterstützung für die Not leidende Bevölkerung, für Reformkräfte oder Nichtregierungsorganisationen in dem betreffenden Land nicht ausschließt. ☑

¹⁰In ihrer Arbeit hatte A. Herm 57 empirischen Forschungsarbeiten über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklung analysiert. Das Ergebnis lautete: knapp die Hälfte sieht einen eher positiven Zusammenhang, mehr als ein Viertel einen eher negativen und rd. ein Viertel keinen Zusammenhang bzw. einen „gemischten“.

ALLGEMEINES

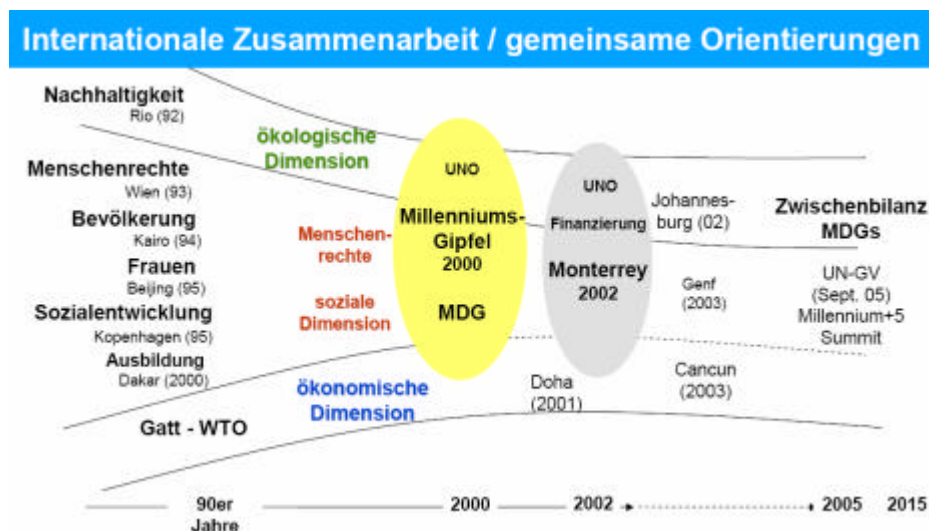
Die MEZ als Beitrag zur Stärkung der Rolle der VN und des multilateralen Systems?

Von Wolfram Hilz

Für die Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele (MEZ) ist eine sehr viel intensivere Koordinierung der entwicklungspolitischen Anstrengungen von Staaten, internationalen Organisationen und nicht-staatlichen Akteuren erforderlich, als sie bisher für nötig erachtet bzw. realisiert wurde. Gleichwohl sind in den letzten Jahren erste Ansätze dafür erkennbar, dass in der internationalen Staatengemeinschaft die Einsicht wächst, die Bemühungen zur Umsetzung der Millenniumserklärung aus dem Jahr 2000 zu intensivieren. Unabdingbar für substantielle Fortschritte in diese Richtung sind strukturelle Veränderungen, insbesondere hinsichtlich einer kontinuierlichen Abstimmung der mit entwicklungsrelevanten Aufgaben befassten internationalen Organisationen. Insofern stellt sich die Frage, ob die bisherigen Aktivitäten zur Umsetzung der acht Millenniumsziele den Multilateralismus als dominierendes Handlungsmuster und die Vereinten Nationen als präferierten Handlungsrahmen gestärkt haben.

Die Einigung auf die MEZ war zweifelsohne ein großer Schritt in Richtung einer Bündelung der nationalen und multilateralen Anstrengungen zur Entwicklungsförderung. Der Fortschritt, der in dieser Bündelung liegt, wird klar, wenn man sich die weitgehend isolierte Behandlung der Entwicklungsproblematik, getrennt von den generellen Fragen internationaler Wirtschafts- und Handelspolitik, bis weit in die neunziger Jahre hinein vor Augen hält. Gerade multilaterale Organisationen wie der IWF, aber auch die entstehende WTO, hatten Fragen der Entwicklungsförderung als Sonderbereiche, neben ihren primären Tätigkeitsfeldern gesehen. Genauso war Entwicklungspolitik in der Europäischen Union ein zwar gewichtiges Aktionsfeld mit einer Tradition, die bis in die fünfziger Jahre zurückreicht, in die eigene Außenhandels- oder gar Binnenmarktpolitik war sie jedoch kaum integriert.

Die thematische Dynamik, die insbesondere in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre durch multilaterale Initiativen und innerhalb der internationalen Organisationen entstand, wird in der folgenden Übersicht erkennbar. Interessant sind hierbei neben der inhaltlichen Annäherung dieser unterschiedlichen „Spuren“ und deren Kulmination im UN-Millenniumsgipfel des Jahres 2000 die thematische Wegbereitung der einzelnen MEZ:



Quelle : Novartis Symposium 2004. Basel, 2.12.2004. *MDG Gesundheit*, http://www.novartisfoundation.com/pdf/NFSD_Symp_04_Presentation_Walter_Fust.pdf

ALLGEMEINES

Die sozialen und menschenrechtlichen Aspekte, die im Mittelpunkt der Weltkonferenzen - u. a. von Wien 1993, Kairo 1994, Peking und Kopenhagen 1995 - standen, sind in die Ziele 2-6 zur Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und zur Ermächtigung der Frau, zur Senkung der Kindersterblichkeit, zur Verbesserung der Gesundheit von Müttern sowie zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und weiteren Krankheiten eingeflossen. Die Vereinbarung von Rio zur ökologischen Nachhaltigkeit aus dem Jahr 1992 und den Folgekonferenzen - u. a. in Kyoto 1997 - mündeten in Ziel 7 zur Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit. Die verstärkte ökonomische Berücksichtigung von Entwicklungserfordernissen, die sowohl in der Arbeit von IWF und Weltbank mit der Ausarbeitung der ‚Poverty Reduction Strategy Paper (PSRP)‘ als auch der WTO mit der Proklamation der Doha-Entwicklungsrunde 2001 erkennbar sind, schlugen sich in Ziel 1 zur Beseitigung der extremen Armut und des Hungers sowie in Ziel 8 zum Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft nieder.

Dadurch wird deutlich, dass über die letzten 15 Jahre hinweg durchaus eine Art ‚Streamlining‘ der heterogenen Initiativen durch die sog. Weltgipfel und die Wandlungsprozesse der entwicklungsrelevanten Organisationen - allen voran Weltbank, IWF, WTO und EU - durch eine thematische Orientierung und spätere Bindung an die MEZ stattgefunden hat.

Die acht Ziele sind folglich kein „Zufallsprodukt“, sondern die Bündelung ehemals getrennt laufender entwicklungsrelevanter Bemühungen in den diversen Konferenzen, Organisationen und thematischen Schwerpunktfeldern. Für die UNO als „Ankerorganisation“ und Ursprungsort der MEZ sollte daraus eine größere Relevanz im „internationalen Konzert“ folgen. Bei einer genaueren Betrachtung und Suche nach Bewertungsmöglichkeiten dieser multilateralen Dynamik ergibt sich jedoch ein recht widersprüchliches Bild, das sich mit zwei Paradoxien gut charakterisieren lässt.

1. Paradoxon

Einerseits haben alle UNO-Mitgliedsstaaten durch die Bündelung der entwicklungsrelevanten Ansätze in den Weltkonferenzen der neunziger Jahre und durch die Millenniums-Erklärung des Jahres 2000 die Bedeutung der Weltorganisation aufgewertet. Das Bekenntnis der nationalen Akteure zu multilateralen Anstrengungen und einer Stärkung der UNO - einschließlich ihrer Unter- und Sonderorganisationen - kommt darin unzweifelhaft zum Ausdruck. Andererseits - und das ist das Paradoxe daran - hat die UNO als Organisation und „Player“ im internationalen System durch diese Aufwertung nicht an Handlungsspielraum und Gestaltungsmöglichkeiten gewonnen.

Dies ist nicht zuletzt dadurch bedingt, dass die UN-Mitgliedsstaaten, die in erster Linie für die ausreichenden Umsetzungsschritte der eingegangenen Zielvereinbarungen verantwortlich sind, die UNO als handlungsfähige Organisation nicht gestärkt haben. Die Verzweigungen des multilateralen Systems, mit seinen vielfältigen Verästelungen und thematischen Überlagerungen, führen sogar eher zur Schwächung der UNO als durchsetzungsfähiger Organisation, insbesondere bei der Entwicklungsförderung. Fehlende Trennschärfe und mangelnde Koordinierung heißt auf die Durchsetzung der MEZ bezogen, dass die zahlreichen mit Entwicklungsfragen beschäftigten multilateralen Akteure kaum zu einem koordinierten Vorgehen gebracht werden können.

In diesem „Spinnennetz“ internationaler Organisationen und multilateraler Akteure bilden die Vereinten Nationen zwar den Mittelpunkt, sind aber wie alle anderen „gebunden“ - d. h. sie sind Teil des Netzes und nicht „Spinne“! >>>

ALLGEMEINES

2. Paradoxon

Ein weiteres Paradoxon kommt in der Feststellung zum Ausdruck, dass zwar einerseits die skizzierte Entwicklung der „Durchdringung“ der wichtigen Internationalen Organisationen und Kooperationsforen mit dem MEZ-Gedanken erkennbar das multilaterale System gestärkt hat, dass aber andererseits dieses mannigfache Bekenntnis zu den Millenniumszielen keinen Trend zu verstärktem Multilateralismus oder zur Stärkung einer handlungsfähigen UNO bewirkt hat. Erklärbar ist dieser Widerspruch durch die nach wie vor schwach ausgeprägte Bereitschaft der Staaten, verbliebene rationale Entscheidungsspielräume durch die weitere Abgabe von Souveränitätsrechten an die vorhandenen multilateralen Organisationen noch stärker einschränken zu lassen. Ein Beispiel hierfür sind die EU-Mitglieder, die sich trotz - oder eben gerade wegen - der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration und entwicklungspolitischen Rahmensetzung auf europäischer Ebene an ihre nationalen entwicklungspolitischen „Gestaltungsnischen“ klammern. Allerdings befinden wir Europäer uns in bester Gesellschaft, da Amerikaner, Japaner, Russen und andere auch keine Veranlassung sehen, ihre nationalen Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten von internationalen Organisationen einschränken zu lassen.

Bewertung und Ausblick

Wenn man diese widersprüchlichen Entwicklungstendenzen im internationalen System, im Wechselspiel von nationalen und multilateralen Akteuren, zu bewerten versucht, lässt sich zumindest eine positive Tendenz deutlich erkennen: Sowohl IWF und Weltbank als auch die WTO, die G8 und nicht zuletzt die Europäische Union haben das Bekenntnis zu den Millennium-Entwicklungszielen mit konkreten Umsetzungsschritten fest in Ihren mittelfristigen Arbeitsprogrammen verankert. Auch wenn die Umsetzung dieser „Worte“ in „Taten“ unsicher bleibt und die wünschenswerte Koordinierung unter den verschiedenen Organisationen, unter Einbeziehung der UN-Programme, bisher noch nicht erkennbar ist, kann keiner mehr die formulierte Zielsetzung revidieren.

Dieses Bekenntnis auf breiter Front ist auch deswegen für den Gesamtkontext der MEZ-Realisierung bedeutsam, da in den multilateralen Strukturen der Rahmen gesetzt wird, innerhalb dessen die Verfolgung der Einzelziele erst möglich ist: Beispielsweise schafft erst die Entschuldung der ärmsten Länder die Voraussetzungen, um staatliche Ausgaben nach den landesspezifischen Anforderungen auf die Hauptentwicklungshindernisse hin ausrichten zu können. Bessere Chancen im internationalen Handel ermöglichen es den Produzenten in den Entwicklungsländern zu überleben, Arbeitsplätze zu erhalten und damit die ökonomische Basis für Entwicklungsfortschritte im Sinne der MEZ zu legen. Eine Bündelung der Anstrengungen - z. B. von Weltbank/IWF und EU - gegenüber Subsahara-Afrika kann dazu führen, dass die auch weiterhin zu knappen Mittel effektiver eingesetzt werden. Dadurch steigen die Chancen für eine bessere Entwicklungsunterstützung.

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen, dass es sehr wohl auf eine verstärkte multilaterale Koordinierung ankommt, aber die UNO nicht zwangsläufig als Koordinierungsstelle benötigt wird. Für die weitere Umsetzung in „Taten“ wird es ohnehin primär darauf ankommen, ob die potenten Mitglieder der Internationalen Organisationen - gemeint sind insbesondere die EU-Mitglieder - ihrer Verantwortung gerecht werden. Nur bei europäischer Entschlossenheit zur weiteren Forcierung der MEZ können auch die oftmals noch widerspenstigen „Großmächte“ wie die USA und Russland zur Mitwirkung an den eingegangenen Verpflichtungen gedrängt werden. ☑

ALLGEMEINES

Entwicklungspolitik nach dem Gipfel von New York

Von Dirk Messner

Die internationale Aufmerksamkeit für die Entwicklungspolitik war im Jahr 2005 so groß wie schon lange nicht mehr: Der Blair-Bericht zu Afrika, der Jeffrey Sachs-Report zu Strategien, um die Halbierung der absoluten Armut bis 2015 zu erreichen, die weltweit ausgestrahlten Konzerte zur Unterstützung der UN-Millenniumsziele und für höhere Investitionen in die Entwicklungskooperation, der G7/8-Gipfel mit seiner Ankündigung, die Entschuldung der Entwicklungsländer weiter voranzubringen. Der UN-Gipfel in New York sollte zum krönenden Höhepunkt werden. Doch die Hoffnung, die über 180 Staats- und Regierungschefs würden sich auf verbindliche Schritte und zusätzliche Ressourcen zur wirksamen Bekämpfung der internationalen Armut verständigen, ist zerplatzt. Die Gipfelerklärung stellt nur eine Zusammenschau wohlklingender Allgemeinplätze zur internationalen Zusammenarbeit dar.

Wie kann es nun also mit der Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern weitergehen? Droht der Entwicklungspolitik nach den enttäuschenden Ergebnissen von New York eine Orientierungskrise? Positiv ist zunächst zu vermelden, dass in den vergangenen Jahren ein tragfähiger Konsens über Kernelemente erfolgversprechender Entwicklungsstrategien entstanden ist, der auch nach New York gilt: marktwirtschaftliche Ordnungspolitik, Weltmarktorientierung und der Aufbau leistungsfähiger staatlicher Strukturen sind ebenso unumstritten wie die Notwendigkeit, Investitionen in Gesundheitsvorsorge, Bildung und ländliche Entwicklung zu verstärken, um „pro poor growth“ zu erreichen. Diese Gemeinsamkeiten erleichtern die Kooperation, während ideologische Grabenkämpfe zwischen idealistischen Wirtschaftsliberalen und wirtschaftsfernen Vertretern einer ausschließlich auf die direkte Armutsbekämpfung konzentrierten Agenda bis vor kurzem pragmatische Fortschritte erschwerten.



In New York ist die Strategie eines „big push“, also der möglichst raschen Verdopplung der Investitionen in die Entwicklungskooperation vor allem mit Afrika gescheitert, die von Jeffrey Sachs und der Blair - Kommission favorisiert worden war. Doch diese Entwicklung muss nicht von Schaden sein. Denn zu viel Geld auf einmal kann durchaus kontraproduktiv wirken. Studien zeigen, dass rasch ansteigende Entwicklungshilfe wie plötzlicher Erdölreichtum wirken kann: nationale Reformprozesse - wie der Aufbau effektiver Steuersysteme - können ausgebremst werden, Renteneinkommen entstehen, die die Korruption befördern können, Hilfe-abhängige Regierungen sind eher den Geberländern als ihrer Bevölkerung verpflichtet, eine Aufwertung der Währung kann die Exportfähigkeit der nationalen Ökonomien schwächen. Wichtiger als „big push“-Ansätze ist daher vielmehr eine sukzessive Erhöhung der Investitionen in die Kooperation mit reformbereiten Regierungen, in denen die Unterstützung von außen tatsächlich einiges bewegen kann. Doch der Aufbau von Institutionen der guten Regierungsführung, von Parlamenten, über eine unabhängige Justiz bis hin zur Pressefreiheit, braucht langen Atem. Dies gilt auch für Gesundheits- und Bildungssysteme. Statt „big push“ und dem voreiligen Versprechen, komplizierte Entwicklungsprobleme durch viel Geld in kurzer Zeit lösen zu können, sollte sich die Entwicklungspolitik besser auf das Bohren dicker Bretter konzentrieren. Die Zusage der EU und auch der (derzeitigen) Bundesregierung, die entwicklungspolitischen Ausgaben sukzessive bis 2015 dem 0,7 % Ziel anzunähern, ist daher nicht nur haushaltspolitisch realistischer, sondern auch entwicklungspolitisch wirksamer. >>>

ALLGEMEINES

Wirklich bedauerlich ist, dass in New York die Modernisierung der UN-Entwicklungs- und Umweltorganisationen misslang, die Kofi Annan angemahnt hatte. Eine Bündelung von Kompetenzen, sinnvolle Arbeitsteilung und bessere Koordination zwischen den etwa 50 UN-Entwicklungs- und Umweltorganisationen hätte die Wirksamkeit der UN-Entwicklungspolitik enorm steigern können. Doch es geht nicht nur um Effektivität, sondern auch darum, dass in New York die wichtigste multilaterale Organisation weiter geschwächt wurde und damit auch in der Entwicklungspolitik ein Re-Nationalisierungstrend droht. Dabei liegt es auf der Hand, dass globale Entwicklungsprobleme, Klimawandel- und drohende Dürrewellen im Süden des Erdballs sowie der Staatszerfall in etwa 30 Ländern allein durch bilaterale Zusammenarbeit nicht zu bewältigen sind. Entwicklungspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn zwischen den Gebern eine an den jeweiligen Stärken orientierte Arbeitsteilung erfolgt, multilaterale Organisationen über leistungsfähige Strukturen verfügen und sich der Geist eines kooperativen Multilateralismus durchsetzt. Doch der Multilateralismus hat es derzeit sehr schwer. Die Europäer, die über 50 % der weltweiten Investitionen in die Entwicklungspolitik tätigen, hätten die Chance, hier eigene Akzente zu setzen. Gelänge es ihnen, ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten wirksam miteinander zu verzahnen und eine gemeinsame Strategie zur Weiterentwicklung der UN-Entwicklungs- und Umweltorganisationen sowie der Bretton Woods-Zwillinge, Währungsfond und Weltbank, zu entwerfen, könnte die entwicklungspolitische Architektur entscheidende Schritte vorangebracht werden. Ob Entwicklungspolitik funktioniert, ist also nicht nur von „guter Regierungsführung“ im Süden, sondern auch von „good governance“ in den Geberorganisationen abhängig.

Die wahrscheinlich größte Herausforderung für die Zusammenarbeit zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern stand jedoch in New York gar nicht auf dem Spielplan. Der Aufstieg Chinas und Indiens in der Weltwirtschaft und als wichtige Global Governance-Akteure stellt eine tatsächlich tektonisch Verschiebung dar. Der Anteil Chinas an der Weltnachfrage nach wichtigen Basismetallen stieg von 5-7 % Anfang der 90er Jahre auf 20-25 %, China verfügt über Währungsreserven von über 600 Mrd. US-\$, ist bereits die drittgrößte Handelsnation der Welt und wird bald zu den größten CO₂-Emittenten aufsteigen, von deren zukünftiger Energiepolitik die Dynamik des globalen Klimawandels abhängt. Zugleich artikuliert das Land seine Ansprüche, Global Governance-Prozesse entscheidend mitzuprägen, immer deutlicher. Indien befindet sich auf einem sehr ähnlichen Pfad - mit einer Zeitverzögerung von etwa 10-15 Jahren.

Diese Dynamik wird dazu führen, die derzeitige „quasi-unilaterale Weltordnung“ in eine de facto multipolare Machtkonstellation zu verwandeln. Spätestens 2020-2025 werden die USA, China, Indien und möglicherweise Europa wesentliche Machtpole in der Global Governance-Architektur darstellen. Der Kampf um Einfluss könnte zu einem turbulenten und instabilen Multilateralismus führen. Viele Fragen werden sich ganz neu stellen: Wie werden die Entwicklungsregionen mit den enormen sozio-ökonomischen Anpassungsprozessen fertig, die von den Wachstumsprozessen in China und Indien ausgehen? Was bedeutet der Aufstieg Chinas und Indiens für die Zukunft der Vereinten Nationen oder auch der Bretton Woods-Organisationen? Droht den sonstigen Entwicklungsländern erneut, zu Spielbällen der mächtigen Akteure zu werden? Viel spricht also dafür, dass sich das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und den Staaten jenseits der OECD-Welt in den kommenden Jahren tiefgreifend verändern werden. ☑

AKTEURSPERSPEKTIVE

Anstehende Aufgaben für die deutsche und europäische Ebene bei der Umsetzung der MEZ

Von Karin Kortmann

I. 2005 - Jahr der Entwicklungspolitik

All das, was wir in den nächsten vier Jahren angehen werden, wird unter dem Leitgedanken „Verbesserung des deutschen Beitrags zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele“ stehen.

2005 als ein Jahr der Entwicklungspolitik, das Gelegenheit für eine Zwischenbilanz bot: Die Welt hat seit 1990 bei der Erreichung der meisten Millenniumsziele signifikante Fortschritte gemacht. Zwischen 1990 und 2002 ging beispielsweise die Zahl der weltweit extrem Armen um etwa 130 Millionen zurück.

Die Millenniumserklärung hat eine neue globale Partnerschaft zwischen Entwicklungs- und Industrieländern begründet, in der beide Seiten gleichermaßen gefordert sind: die Entwicklungsländer, indem sie nationale Strategien zur MDG-Erreichung erarbeiten und umsetzen - die Industrieländer, indem sie die im achten Millenniumsziel geforderte globale Entwicklungspartnerschaft aufbauen.

Dass 2005 mit vielen zentralen Weichenstellungen aufwartete, lag nicht zuletzt am Millennium+5-Gipfel, der Mitte September in New York stattfand. Seine Bedeutung darf man nicht so sehr an der Abschlusserklärung messen. Wichtig war, dass gerade im Vorfeld der Gipfel die Dinge ins Rollen gebracht hat (wie z.B. ODA-Stufenplan der Europäischen Union).



II. Anstehende Aufgaben - Koalitionsvertrag als Grundlage

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir eine sehr gute Grundlage für die weitere Arbeit. Kontinuität ist gewährleistet. Entwicklungspolitik wird nicht nur als eigenständiger Politikbereich bestätigt. Vor allem wird sie aufgewertet mit Blick auf die Deutschland neu zugewachsene Verantwortung.

Quantität und Qualität der Entwicklungszusammenarbeit können und müssen noch steigen. Bekenntnis zum ODA-Stufenplan, den es bis 2015 mit einem Mix aus drei Elementen umzusetzen gilt, nämlich Haushaltsmitteln, Entschuldungsmaßnahmen und sog. Innovativen Finanzierungsinstrumenten.

Mit der Paris-Erklärung zu Aid Effectiveness hat sich die Gebergemeinschaft zu einer höheren Wirksamkeit der EZ bekannt (Ausrichtung an nationalen PRSPs, programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung, Konzentrationsprozesse, bessere Verknüpfung von Technischer und Finanzieller Zusammenarbeit)

III. Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit Ankerländern

Ankerländer als neue Global Player, die im internationalen Politikdialog - bei der Gestaltung von Global Governance, in Fragen des weltweiten Umweltschutzes oder in Verhandlungen über das Welthandelssystem - oder aufgrund der Größe ihrer Volkswirtschaft zu wichtigen Akteuren geworden sind. >>>

AKTEURSPERSPEKTIVE

Nur gemeinsam mit diesen neuen Global Players können wir Antworten finden auf zentrale Fragen wie Frieden und Sicherheit, Kampf gegen extreme Armut oder beim globalen Umweltschutz. Und nur durch partnerschaftliches Miteinander, das auch durch die Entwicklungspolitik gestärkt ist, können wir Einfluss auf die politische Gestaltung dieser Länder nehmen.

Deutschland hat eine lange Tradition der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Ankerländern - für uns geht es heute darum, diese Beziehungen neu zu gestalten und gezielt fortzuentwickeln. Es geht nicht um Quantität, entscheidend ist die Qualität, sind die Inhalte der Kooperation.

IV. Frieden sichern - Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verwirklichen

Frieden und Sicherheit, Demokratie, gute Regierungsführung und die Verwirklichung der Menschenrechte sind Voraussetzungen für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in einem Land. Wir haben bereits die Mittel, die zur Förderung guter Regierungsführung eingesetzt werden, seit dem Millenniumsgipfel verdreifacht und bauen unser Engagement weiter aus.

Zugleich sind wir mit einer Vielzahl von Entwicklungsländern konfrontiert, die durch fragile Staatlichkeit bzw. schlechte Regierungsführung gekennzeichnet sind. Nicht wenige liegen in zentralen Krisenregionen. Unser Ziel ist es, in diesen Ländern längerfristig eine entwicklungsorientierte Transformation zu erreichen. Deshalb werden wir in nächster Zeit eine neue Konzeption für die Zusammenarbeit mit diesen Ländern erarbeiten.

Wir verstehen Entwicklungspolitik auch als eine Friedenspolitik. Friedenskonsolidierung und Krisenprävention sind Themen, die an Gewicht gewonnen haben (Aktionsplan Zivile Krisenprävention von 2004).

V. Gerechten Welthandel ermöglichen

Handelsverbesserungen gehören zu den Verpflichtungen aus dem achten Millenniumsziel (Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft). Kaum ein Thema erfordert so sehr das Zusammenwirken von Regierungen aller Länder und von einschlägigen nationalen und internationalen Institutionen wie die Reform des Welthandelssystems.

Eine der wichtigsten Aufgaben in diesem Jahr ist es, die WTO-Verhandlungen zu einem substanziellen Abschluss zu bringen. Die vergangenen Welthandelsrunden haben die Belange der Entwicklungsländer kaum behandelt. Daher ist zentrales Ziel der Doha-Runde eine bessere Weltmarktintegration der Entwicklungsländer. Mitte Dezember 2005 wurden dafür bei der WTO-Konferenz in Hongkong wichtige Zwischenschritte gegangen. Es steht aber noch ein weiter Weg bevor, und die verbleibende Zeit wird knapp.

Was wurde bei der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong erreicht? Vereinbart wurde ein sog. Entwicklungspaket, das v.a. für Entwicklungsländer wichtig ist: U.a. werden bis 2013 alle Formen von Exportsubventionen in der Landwirtschaft abgeschafft, bei der Baumwolle die Exportsubventionen schon 2006, für LDCs wird zoll- und quotenfreier Marktzugang gewährt.

Können wir mit diesem Entwicklungspaket zufrieden sein? Einiges wurde in Hongkong nicht erreicht. Vom Abschluss der Doha-Runde sind wir noch weit entfernt (z.B. noch kein Konsens über den Umfang des Abbaus von handelsverzerrenden Subventionen).

VI. Anstehende Aufgaben für die europäische Ebene bei der Umsetzung der MDG

Fragen wie Welthandel oder Agrarpolitik, aber auch Entscheidungen wie die zum ODA-Stufenplan zeugen von der Bedeutung der europäischen Ebene. >>>

AKTEURSPERSPEKTIVE

Neue Grundsatzerklärung der EU: Eine wichtige Weichenstellung wurde im November 2005 vollzogen, als der EU-Ministerrat die Gemeinsame Erklärung zu den Grundlagen der Entwicklungspolitik der EU verabschiedet hat. Mit dem „Europäischen Entwicklungskonsens“ erklärt die EU, ihre Entwicklungspolitik zukünftig stärker auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele auszurichten. Insbesondere erneuert sie ihr Bekenntnis, Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt ihrer Entwicklungszusammenarbeit zu stellen.

Afrika-Strategie der EU: Beschluss der EU (Dezember 2005), bei ihrer Unterstützung der weltweiten MDG-Erreichung einen besonderen regionalen Fokus auf Afrika zu legen. Afrika ist noch am weitesten von einer Verwirklichung der MDGs entfernt. Daher sollen mindestens 50 Prozent der vereinbarten zusätzlichen ODA-Mittel für die Entwicklung Afrikas aufgewendet werden. Mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Strategie für Afrika haben die Staats- und Regierungschefs der EU klar gemacht: Europa nimmt seine Verantwortung bei der Schaffung von Stabilität und der Förderung nachhaltiger Entwicklung in Afrika ernst.

Europäische Migrationspolitik: Migration als eine der größten gegenwärtigen Herausforderungen für die Europäische Union wirft verschiedene Fragen auf. Zum einen: Warum gehen die Flüchtlinge von Ceuta und Melilla solche Gefahren ein? Es ist die Suche nach Perspektiven, die die Menschen in andere Länder führt. Entwicklungszusammenarbeit trägt aber dazu bei, die Armut zu bekämpfen und Menschen die Möglichkeit zu geben, in ihrer Heimat eine verlässliche Lebensgrundlage aufzubauen. Zum anderen: Was passiert in den Herkunftsländern? Die zunehmende Flucht der Menschen aus ihren Ländern hat eine Vielzahl von fatalen Folgen - Folgen, die auch die dortigen Anstrengungen zur MDG-Erreichung stark gefährden. Ein Beispiel ist das so genannte „Care Drain“, die Abwanderung Ausgebildeten Gesundheitspersonals aus den Entwicklungsländern nach Europa. Gefragt ist daher ein ressortübergreifender Ansatz, der auch die Entwicklungspolitik einschließt. Beschlüsse des Europäischen Rats von Mitte Dezember zum „Global Approach on Migration“ werden zukünftig noch weiter ausdefiniert. Migration soll allen betroffenen Staaten zum Vorteil gereichen.

VII. Schluss

Der breite Bogen, den ich von der Millenniumserklärung über Finanzierungsfragen und Strukturreformen bis hin zu Handel und Migration geschlagen habe, sollte deutlich machen: Die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele stellt uns vor große Herausforderungen in ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern.

Die Weltgemeinschaft hat im vergangenen Jahr in einer Reihe von wichtigen Beschlüssen ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Vision einer gerechteren Welt zu verwirklichen (ODA-Stufenplan der EU, G8-Beschluss zur multilateralen Entschuldung, Abschlussdokument zum Millennium+5-Gipfel).

Es sind Beschlüsse mit einer immer wiederkehrenden Melodie, nämlich dem Bekenntnis zu einer globalen Partnerschaft für Entwicklung. 2006 geht es darum, dieses Bekenntnis weiter mit Leben zu erfüllen und konkrete Schritte der Umsetzung folgen zu lassen. Schließlich gibt es Erfolgsbeispiele - auch in Afrika - die optimistisch stimmen: z.B. hat sich in Tansania der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser seit 1990 nahezu verdoppelt.

Die Erfolgsbeispiele zeigen, wie viel in kurzer Zeit erreicht werden kann, wenn interne Reformen in den Entwicklungsländern selbst und externe Unterstützung durch Entschuldung, Handelsförderung und Entwicklungszusammenarbeit mobilisiert werden.

Gemeinsam Verantwortung für die Überwindung der Armut weltweit übernehmen - das ist der Kern der Millenniums-Entwicklungsziele. Wir alle können zur gerechten Gestaltung der Globalisierung beitragen. ☑

AKTEURSPERSPEKTIVE

Der Beitrag der EU zur Verwirklichung der MEZ

Von Alexander Graf Lambsdorff



Die Europäische Union ist seit fünfzig Jahren ein bedeutender Geber von Entwicklungshilfe. Sie stellte im Jahr 2004 55 % der weltweiten Entwicklungshilfe bereit. Inklusive Beihilfen wurden 2004 von der Europäischen Union 34,3 Mrd. EUR für Entwicklungshilfe ausgegeben. Ein Fünftel davon, 6,9 Mrd. EUR, wurde direkt von der Europäischen Kommission verwaltet.¹ Diese Hilfe ging an mehr als 160 Länder, Gebiete und Organisationen.

Seit dem Jahr 2000 ist die EU-Entwicklungspolitik zunehmend in den Mittelpunkt der EU-Außenbeziehungen gerückt. Bis 2005 galt die im Dezember 2000 verabschiedete Mitteilung der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft² als wichtigste Grundlage für die Gestaltung europäischer Entwicklungszusammenarbeit, deren rechtliche Basis erstmals durch den Vertrag von Maastricht festgelegt wurde.³ Die Mitteilung identifizierte die prioritären Bereiche für die Entwicklungszusammenarbeit der EU mit den Empfängerländern.⁴ Darüber hinaus beinhaltete sie elementare Prinzipien, wie die Achtung der Menschenrechte und die Gleichstellung von Männern und Frauen, deren Wahrung als verbindliche Richtschnur für die EU-Entwicklungszusammenarbeit galt.

Im Jahr der Entwicklungshilfe 2005 wurde diese Zusammenarbeit auf eine neue Basis gestellt. Auf Grundlage der Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zur "Beschleunigten Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele-Der Beitrag der Europäischen Union" ging der Europäische Rat im Juni 2005 eine ehrgeizige Verpflichtung ein und bekräftigte die neuen Zielvorgaben für die Erhöhung der Öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA). Die EU-Mitgliedstaaten verpflichteten sich, ihre gesamte öffentliche Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,56 % des BNE und bis 2015 auf 0,7 % des BNE zu erhöhen. Dies bedeutete die zusätzliche jährliche Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 20 Mrd. EUR (bis 2010) bzw. 46 Mrd. EUR (bis 2015).⁵ Ob und inwieweit diese Zusagen belastbar sind, muss die Zukunft weisen. Allerdings gibt es die Diskussion um das 0,7 %-Ziel schon zu lange, um eine solche Ankündigung ohne Weiteres für bare Münze zu nehmen. Auch wäre die EZ bei Weitem nicht das einzige Politikfeld, auf dem die nationalen Regierungen wohlklingenden Versprechungen auf europäischer Ebene keine Fortschritte in der nationalen Umsetzung folgen ließen. >>>

¹ Annual Report 2005 on the European Community's Development policy and the implementation of external assistance in 2004, S. 3.

² KOM(2000)212,

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2000/com2000_0212de01.pdf

³ Titel XVII des EG-Vertrags (Maastricht), Titel XX (Amsterdam), Der am 01.02.2003 in Kraft getretene Vertrag von Nizza ergänzt die Bestimmungen des Amsterdamer Vertrags durch das Einfügen des Titel XXI und des Artikels 181a.

⁴ Hierzu gehören: der Zusammenhang zwischen Handel und Entwicklung, die Förderung der regionalen Integration und Zusammenarbeit, die Förderung makro-ökonomischer politischer Ansätze, Verkehr, Ernährungssicherheit und nachhaltige ländliche Entwicklung, Stärkung der institutionellen Kapazitäten, insbesondere im Sinne einer verantwortungsvollen Staatsführung

⁵ Vgl. Europäischer Rat (Brüssel) 16./17. Juni 2005. Schlussfolgerungen des Vorsitzes http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/85350.pdf, S. 7f.

AKTEURSPERSPEKTIVE

Der europäische Konsens

Ende des Jahres 2005 zeichnete sich eine umfassende Neugestaltung der EU-Entwicklungspolitik ab. Am 22. November einigten sich die EU-Entwicklungsminister auf eine gemeinsame Strategie zur EU-Entwicklungshilfe, den "Europäischen Konsens zur Entwicklungspolitik der EU". Sie wurde auf dem Europäischen Rat am 15./16. Dezember von dem Präsidenten der Kommission, José Manuel Barroso, dem Präsidenten des EPs, Josep Borrell, und Tony Blair als amtierendem Ratspräsidenten unterschrieben.¹ Diese zweiteilige Strategie enthält einen gemeinsamen Rahmen, der Ziele, Grundsätze und Methoden beschreibt, wie die Umsetzung der europäischen Entwicklungspolitik auf Gemeinschaftsebene und auf der Ebene der Mitgliedstaaten erfolgen soll (Teil 1). Teil 2 liefert die Richtschnur für die Umsetzung der Entwicklungspolitik auf Gemeinschaftsebene. Mit der Verabschiedung des europäischen Konsenses erhält die Entwicklungspolitik der EU zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen gemeinsamen Katalog von Zielen, Werten und Grundsätzen, den alle 25 Mitgliedstaaten, die Kommission und das Europäische Parlament verfolgen und vertreten.

Das Hauptziel der EU-Strategie besteht nach wie vor in der Bekämpfung von Armut, die bis 2015 weltweit halbiert werden soll. Erreichen will die EU dieses Ziel durch eine verbesserte Koordinierung und Harmonisierung ihrer Entwicklungshilfe. Die Strategie betont des Weiteren die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer bei der Mobilisierung eigener Ressourcen. Der Beitrag der Industrienationen liegt v. a. in der Unterstützung der einzelnen Länder bei der guten Regierungsführung und der Achtung der Menschenrechte. Die Strategie legt zudem besonderen Wert auf die Stärkung der sozialen Dimension der Globalisierung.

Als gemeinsame Grundsätze identifiziert der europäische Konsens v. a. allem die Intensivierung eines regelmäßigen politischen Dialogs. Dieser soll die Achtung der Menschenrechte, der demokratischen Grundsätze und der Rechtsstaatlichkeit zum Gegenstand haben. Auf diese Weise sollen Entwicklungen evaluiert und Unterstützungsmaßnahmen effektiver festgelegt werden. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft ist ein weiterer zentraler Punkt, den die Strategie hervorhebt. Viele der ärmsten Länder werden durch Regime regiert, deren Werte und Grundsätze andere sind als diejenigen der EU. Das kann und darf aber nicht bedeuten, dass die EU diesen Ländern die Unterstützung versagt, denn die dort lebenden Menschen benötigen sie dringend. Um die Wirksamkeit und Effizienz der Entwicklungsstrategien in Staaten wie Liberia, Guinea und Sierra Leone trotzdem zu gewährleisten, will die EU verstärkt auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort setzen. V. a. politische Stiftungen, Kirchen und NROs nehmen in diesem Zusammenhang eine wichtige Stellung als Projektträger und Verfechter von Demokratie und Menschenrechten ein. Umso unverständlicher erscheint daher die fortgesetzte Kürzung der mittel gerade für die politischen Stiftungen in Deutschland, die im zwischengesellschaftlichen Dialog eine unschätzbare Rolle spielen.

Operativ will der europäische Konsens die MEZ vor allem durch die Aufstockung der Finanzmittel² und die Stärkung der Wirksamkeit der Hilfe gewährleisten. Einen verstärkten Schuldenerlass für die ärmsten Entwicklungsländer erachtet sie als eine Möglichkeit, um die Staatshaushalte der betroffenen Länder vorhersehbarer und koordinierter zu finanzieren.

➤➤➤

¹ Siehe: Joint Statement by the Council and the Representatives of the Governments of the member states meeting with the Council, the European Parliament and the Commission: "The European Consensus on Development".

http://europa.eu.int/comm/development/body/development_policy_statement/docs/eu_dps_en.pdf

² Um 2015 ein Niveau von 0,7 % des BNE zu erreichen, damit die MEZ verwirklicht werden können, hat sich die EU ein Zwischenziel von 0,56 % gesteckt. sowie Einzelziele zwischen 0,51 % (EU-15) und angestrebten 0,17 % (EU-10).

AKTEURSPERSPEKTIVE

Bewertung und Ausblick

Der europäische Konsens wird insgesamt als Erfolg bewertet. Er lässt in der Tat auf mehr Einheitlichkeit bei der Vergabe von EU-Entwicklungshilfe hoffen. Dennoch ist neben der Zuversicht auch eine gewisse Skepsis angebracht. Mehr Hilfe ist so lange sinnlos, wie weder in den Entwicklungsländern, noch in der EU klare Strukturen für deren bessere Verwaltung bestehen. In diesem Zusammenhang ist auch die fortgesetzte Fixierung auf das 0,7 %-Ziel zu kritisieren. Ziel der EU muss nicht sein, zu geben, sondern zu helfen - und die Wirksamkeit der Hilfe wird nur dann entscheidend verbessert, wenn die Förderung nachhaltig arbeitender Strukturen und nicht die Summe ausgegebenen Geldes in den Vordergrund tritt.

Schuldenerlass für Entwicklungsländer ist als Maßnahme zur Umverteilung von Entwicklungshilfe in vielen Fällen unbrauchbar. Manche Entschuldungsländer sind „Wiederholungstäter“, die aus Fehlern nicht gelernt zu haben scheinen. Die effektivste Möglichkeit, die Situation der Entwicklungsländer dauerhaft zu verbessern, ihre eigene Dynamik und ihr menschliches Potenzial zu fördern, sind die Abschaffung von Handelsbarrieren und die Gewährleistung eines verbesserten Zugangs dieser Länder zum Weltmarkt bei gleichzeitiger Förderung ihrer Befähigung zur Teilnahme am Welthandel.

Der Europäischen Kommission fällt in der Strategie eine besondere Rolle als Koordinator der europäischen Entwicklungshilfe zu. Bisher tritt die Kommission eher als 26. Geber von Entwicklungshilfe denn als erfolgreicher Koordinator auf. Das hat zwei Gründe, von denen der erste institutioneller Natur ist. Die Generaldirektionen Entwicklung und Außenbeziehungen teilen sich die Zuständigkeiten im Bereich Entwicklungspolitik. Die Kommissarin für Außenbeziehungen, Benita Ferrero-Waldner, ist verantwortlich für die Beziehungen der EU zu Asien und Lateinamerika, beides Regionen in denen eine Vielzahl von Entwicklungsländern liegt. Entwicklungskommissar Michel trägt die Verantwortung für die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft. Ihm sind außerdem ECHO¹ und EuropAid² unterstellt. Kompetenzgerangel zwischen beiden Generaldirektionen ist somit vorprogrammiert und in der Realität auch deutlich erkennbar.

Zweitens schöpft die Kommission ihr Potential als Koordinator von Entwicklungshilfe nicht voll aus. Sie sitzt als Vollmitglied in den wichtigsten Ausschüssen für die Vergabe von Entwicklungshilfe. So zum Beispiel im Ausschuss für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee - DAC) der OECD, dem wichtigsten Gremium der Gebergemeinschaft. Diese Rolle muss sie besser ausfüllen als bisher, denn solange es ihr nicht gelingt, als echter Koordinator von EU-Entwicklungshilfe zu fungieren, ist die erfolgreiche Umsetzung ihrer Strategie nicht zu erwarten. Dabei darf es nicht bleiben, denn die Realisierung der MEZ ist ein politisches Ziel erster Ordnung und verdient, als solches behandelt zu werden. ☑

¹ ECHO (European Community Humanitarian Aid Department) ist verantwortlich für die Bereitstellung humanitärer Hilfe in Krisengebieten

² EuropAid, das Amt für Zusammenarbeit ist für den Einsatz des für die Außenhilfe geschaffenen Instrumentariums der Kommission verantwortlich, das aus dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaft sowie dem Europäischen Entwicklungsfonds finanziert wird.

AKTEURSPERSPEKTIVE

Die Bedeutung der Kohärenz in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit

Von Thomas Lawo

1. Einleitung

Eine kohärente Politik, vor allem auf europäischer und internationaler Ebene, ist die Voraussetzung für eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung und zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MEZ).

Die Notwendigkeit, aber auch die Probleme partnerschaftlicher Entwicklungspolitik lassen sich am Beispiel der Europäischen Union aufzeigen. Hier bestimmen zur Zeit 26 Akteure die „gemeinsame“ Entwicklungspolitik: nämlich 25 Mitgliedsstaaten plus die Europäische Kommission. Zusammen genommen verantworten diese 26 Akteure mehr als die Hälfte der globalen Entwicklungshilfe (2004: 34,6 Mrd. \$), davon mehr als 20 % die Europäische Gemeinschaft (EG) direkt (2003: 6,3 Mrd €)¹.



2. Komplementarität, Koordinierung und Kohärenz

Rechtliche Grundlage der europäischen Entwicklungspolitik ist der „Maastricht Vertrag“ von 1992 zur Schaffung der Europäischen Union mit den jeweiligen Vertragsrevisionen von Amsterdam und Nizza. In diesem Vertragstext findet man die so genannten „drei Ks“.

2.1 Koordinierung

Koordinierung im Rahmen der Entwicklungspolitik kann definiert werden als „Aktivitäten von zwei oder mehr Partnern, die darauf abzielen, Ressourcen für Entwicklungshilfe zu mobilisieren oder ihre Politiken, Programme, Prozeduren und Praktiken so zu harmonisieren, dass die Effektivität von dem Einsatz von Ressourcen zur Entwicklungshilfe maximiert wird.“²

2.2 Komplementarität

Die Entwicklungspolitik der EG soll komplementär zu den Politiken der Mitgliedstaaten (MS) sein. Komplementarität unterscheidet sich von Subsidiarität: Die Kommission (KOM) und MS können, ja sollen, Aufgaben und Kompetenzen auf der gleichen Ebene haben. Die Politiken der MS und der KOM verhalten sich komplementär, „wenn sie sich zu größerer Vollständigkeit oder stärkerer Wirksamkeit ergänzen“³.

2.3 Kohärenz

Kohärenz ist wahrscheinlich der kontroverseste Begriff unter den drei Ks. Sowohl in der Politik als auch in den Politikwissenschaften ist das Konzept relativ neu.⁴ Hoebink definiert den Begriff als „das Nicht-Eintreten von [negativen] Effekten, die im Gegensatz zu den beabsichtigten Resultaten und Zielen der zugrunde liegenden Politik stehen.“⁵ >>>

¹ UNDP: ODA European Union, http://www.undp.org/pl/p/liki/hdr2005_oda.doc.

² Paul Hoebink: The Treaty of Maastricht and Europe's Development Co-operation, European Union, Amsterdam 2005, S.5.

³ Definition von komplementär laut wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Komplement%C3%A4r>.

⁴ Paul Hoebink: Coherence and Development Policy: The Case of the European Union, in EADI Book Series 22 on Policy Coherence in Development Co-operation, London 1999, S. 324.

⁵ Frei übersetzt, cf. Hoebink (2005), S. 185.

AKTEURSPERSPEKTIVE

Je nachdem, wie stark man diese Definition interpretiert, geht es also bei dem Streben nach Kohärenz darum,

- a) Handlungen innerhalb eines Politikfelds (hier Entwicklungspolitik) zu vermeiden, die den erklärten Zielen dieses Politikfelds entgegenlaufen (schwache Definition), oder
- b) Handlungen auch in anderen Politikfeldern (z.B. Außen-, Sicherheits-, Umwelt-, Handelspolitik) zu vermeiden, die den Zielen der Entwicklungspolitik entgegenlaufen (starke Definition).

Ein Beispiel für Inkohärenz **innerhalb** des Politikfelds der Entwicklungspolitik wäre eine verspätete Nahrungshilfeleistung, die zur Erntezeit der lokalen Bauern eintrifft. Ein bekanntes Beispiel für mangelnde Kohärenz **zwischen** den Politikfeldern sind die Agrarsubventionen der EU, die dem Ziel der besseren Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel widersprechen.

Bei der Definition von Kohärenz werden auch schon die ersten Probleme sichtbar. Der Artikel 178 des EG-Vertrags fordert zwar die Befolgung von Kohärenz in allen Politikfeldern der EU bezüglich der entwicklungspolitischen Ziele, bleibt aber vage, was konkrete Maßnahmen betrifft. Genauso das gemeinsame „Development Policy Statement“ (DPS) von Rat und KOM von November 2000.¹

Ein Problem ist sicher, dass Kohärenz ein wichtiges Prinzip für jedes Politikfeld und jede Handlung einer Regierung ist, da sie sonst Gefahr läuft, nicht nur Effektivität und Effizienz, sondern schließlich auch Glaubwürdigkeit und Legitimation einzubüßen.

Wegen der Komplexität von Interessenlagen, Zielen und Akteuren ist es jedoch normal, dass Inkohärenz entsteht. Dies trifft vor allem auf die europäische Ebene zu, wo neben Zielkonflikten zwischen Ressorts und politischer Couleur auch die unterschiedlichen nationalen Interessen eine große Rolle spielen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Entscheidungskompetenzen je nach Politikfeld auf unterschiedliche Ebenen des Mehrebenensystems EU verteilt sind.

3. Klassifizierung von (In-)Kohärenz der europäischen Entwicklungspolitik

Neben der Unterscheidung zwischen schwacher oder starker Definition, nämlich Kohärenz innerhalb der Entwicklungspolitik oder in Beziehung zu anderen Politikfeldern, möchte ich der Einfachheit halber nur auf folgende Typologisierungen näher eingehen: Externe, Interne und Intereuropäische Kohärenz².

3.1 Externe Kohärenz von entwicklungspolitischen Zielen bezieht sich auf das politische Wirken der EU nach Außen: Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik.

3.2 Interne Kohärenz bezieht sich auf die Politikfelder der EU, die hauptsächlich ins Innere der Union wirken sollen, aber auch (ungewollten) Einfluss auf Entwicklungsländer haben können: Umwelt-, Agrar- und Industriepolitik etwa.

3.3 Schließlich kann man, nach Hoebink, noch die **Intereuropäische Kohärenz** betrachten. Hier ist zu unterscheiden zwischen

- a) der Kohärenz von der Entwicklungspolitik der europäischen Ebene (KOM) und der nationalen Ebene (MS), („donor coherence“) sowie
- b) der Kohärenz von der Politik der EU (KOM + MS) und der Politik der Entwicklungsländer („donor-recipient coherence“). >>>

¹ Europäische Kommission, The European Community's Development Policy - Statement by the Council and the Commission, Brüssel, 10 November 2000; am 23.12.2005, also nach diesem Vortrag, ersetzt durch den „Europäischen Konsens“ von Rat, Kommission und Parlament.

² Vgl. Hoebink (2005), S. 188-194.

AKTEURSPERSPEKTIVE

Die „donor coherence“ (a) ist eigentlich eher ein Problem der Koordinierung. Mitgliedstaaten und Kommission sollten sich abstimmen, wer wo wann was und wie fördert, so dass nicht etwa zwei Krankenhäuser in einem Dorf entstehen.

Die „donor-recipient coherence“ (b) erfordert eine enge Absprache und Zusammenarbeit von Geber- und Empfängerland. Dennoch kann es zu Inkohärenz kommen, wenn die Politik eines Entwicklungshilfe-Empfängerlands die Ziele der Entwicklungspolitik des Geberlands unterminiert, zB. in der Wirtschafts-, Agrar-, Handels- oder Verteidigungspolitik. Ein effizientes, aber nicht unumstrittenes Mittel ist hier die Konditionalität von Hilfe. Das heißt, dass Entwicklungshilfe an ganz konkrete Maßnahmen (bzw. deren Unterlassung) auf Seiten des Empfängers gekoppelt wird.

3.4 Beabsichtigte und unbeabsichtigte (In-)Kohärenz

Trotz der Notwendigkeit, Chancen und des Strebens nach mehr Kohärenz gibt es auch (viele) Fälle von beabsichtigter oder zumindest hingenommener Inkohärenz. Beabsichtigte Inkohärenz entsteht, wenn gegensätzliche Interessen (Zielkonflikt) bei einer politischen Entscheidung vorherrschen. Die entscheidende Instanz nimmt dann zugunsten des (vermeintlich) höheren Interesses die mangelnde Kohärenz auf einem anderen Politikfeld in Kauf. Beispiele gibt es sehr viele, so etwa die Entscheidung, (bestimmten) Entwicklungsländern nur eingeschränkten Zugang für ihre Exporte zum EU-Markt zu gewähren, um Arbeitsplätze zu sichern. Hier versucht man gewöhnlich, die entstehende Inkohärenz durch Zusagen auf anderen Gebieten oder Ausgleichszahlungen „wieder gutzumachen“.

4. Notwendigkeit Kohärenz: Was wird getan und was kann getan werden?

Mehr Kohärenz zu erreichen ist schwierig. Es ist ein Prozess, in dem sich Regierungen bemühen, ihre Politiken so zu gestalten, dass die Interessen anderer Politikfelder berücksichtigt werden. Allerdings gilt es einschränkend zu beachten, dass es neben entwicklungspolitischer Kohärenz auch den Anspruch auf weitere legitime (übergeordnete) Ziele gibt, die auf kohärente Weise verfolgt werden sollen, wie z.B. den Umweltschutz oder Verbraucherschutz.

Zuletzt ist von vielen Akteuren auf die Notwendigkeit von Kohärenz im Rahmen der Handelspolitik hingewiesen worden.

Die aktuelle WTO-Handelsrunde soll dem Namen nach eine „Entwicklungsrunde“ werden, also Resultate hervorbringen, die im Interesse der Entwicklungsländer sind. Gegensätzliche Auffassungen und Interessen haben dann zum spektakulären Scheitern des Treffens in Cancún geführt. Dieses Scheitern wurde sehr kritisch beurteilt. Die Weltbank erklärte, der Landwirtschaftsprotektionismus in den Industrieländern führe zu Einnahmeverlusten der Entwicklungsländer von circa 100 Milliarden Euro jährlich.

Jetzt ist es Aufgabe der EU, die Führungsrolle zu übernehmen und den Doha-Prozess wieder in Gang zu bringen. Kurzfristigen aber realen Vorteilen für die ärmsten Länder ist absolute Priorität zu geben, zum Beispiel durch eine Einigung auf kompletten Verzicht auf Exportsubventionen oder freien Marktzugang.¹

Auf internationaler Ebene war die Millenniumserklärung im Jahr 2000 sicher ein Durchbruch. Indem sich die „Geberländer“ den Millennium-Entwicklungszielen (MEZ oder im Englischen MDGs) verpflichtet haben, erkennen sie an, dass neben der offiziellen Entwicklungshilfe eine Vielzahl von Politikfeldern die Beziehungen mit den Partnerländern prägen. >>>

¹ Der in Hongkong im Dezember 2005 ausgehandelte Kompromiss ist ein erster Schritt, aber erste Kommentare und Analysen bewerten die Zugeständnisse als mangelhaft. Vgl.

<http://www.ipsnews.net/news.asp?idnews=31478>, <http://www.weed-online.org/themen/97165.html>, 19.12.2005

AKTEURSPERSPEKTIVE

Vor allem MEZ8 zielt auf eine „globale Partnerschaft für Entwicklung“ zwischen den reichen und armen Ländern ab. Das MEZ8 erfordert mehr und bessere Entwicklungshilfe, ein offeneres und faires Handelssystem sowie eine gerechtere internationale Finanzarchitektur. Schaut man sich die in MEZ8 subsumierten „specific targets“ (12-18) einmal an, erkennt man, dass das MEZ8 vor allem ein Kohärenz-Ziel der internationalen Gemeinschaft ist.

Der von 189 Staaten angenommenen Millenniumserklärung folgten die Doha-Handelsrunde mit dem Schwerpunkt auf Entwicklung, sowie im März 2002 der „Monterrey Consensus on financing for development“, in dem an prominenter Stelle auch auf die „crucial task [...] to enhance the efficacy, **coherence** and consistency of macroeconomic policies“¹ verwiesen wird, und fünf Monate später, in Johannesburg, der Weltgipfel zu Nachhaltiger Entwicklung.²

Die aktuelle Kommission scheint dem Kohärenzgedanken mehr Relevanz beizumessen. Das Thema gewinnt an Aufmerksamkeit. Im November 2004 schlug die Kommission dem Rat vor, ambitionierte und präzise Vorschläge bezüglich der Kohärenz von Entwicklungspolitik als Beitrag zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MEZ) zu machen. Diese Vorschläge sind dann im April diesen Jahres in der Mitteilung der Kommission „*Policy Coherence for Development, Accelerating progress towards attaining the Millennium Development Goals*“ präsentiert worden.³ Dies ist ein wichtiger Schritt; die Kommission listet alle wichtigen Politikbereiche der EU auf, bei denen auf Kohärenz für die Entwicklungspolitik geachtet werden muss. Sie benennt Ziele und fordert die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament auf, Kohärenzverpflichtungen einzugehen, um Fortschritte zur Erreichung der MEZ zu beschleunigen.

Am 24. Mai 2005 bewilligte der Rat diese Verpflichtungen, das heißt, sie wurden Teil der offiziellen EU-Politik.

Die nationalen Entwicklungspolitiken und die europäische müssen an einem Strang ziehen, oder, um in diesem Bild zu bleiben, an mehreren Strängen, die alle mit einer gemeinsamen Strategie verbunden sind. Daher ist das kürzlich vom Rat verabschiedete Strategiepapier zur Entwicklungspolitik der EU, „Towards a European Consensus for Development“, von sehr großer Bedeutung. Erstmals hat die Union damit eine gemeinsame Entwicklungspolitik, hinter der alle Akteure (Europäisches Parlament, KOM, Rat/MS) stehen.

5. Empfehlungen für mehr entwicklungspolitische Kohärenz in der EU

1. Eine koordinierte Umgestaltung der externen EU-Hilfspolitik, einschließlich Handel, Schuldenerlass, Entwicklungshilfe und Landwirtschaft, muss fortgesetzt werden.
2. Die EU muss mit gutem Beispiel voran gehen und den Multilateralismus stärken; sie muss die Führungsrolle bei den WTO-Verhandlungen übernehmen und substantielle, reale Zugeständnisse an die Entwicklungsländer machen.
3. Eine starke und kohärente Entwicklungszusammenarbeit benötigt politische Führungsstärke auf allen Ebenen (MS und EU).
4. Entscheidungsträger müssen professionell und kontinuierlich beraten werden, da Inkohärenz oft eine Folge von mangelndem Wissen und Bewusstsein ist. Empfehlenswert wäre ein unabhängiger wissenschaftlicher Beirat für entwicklungspolitische Fragen auf EU-Ebene.
5. Die vom Rat beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung von Kohärenz (Mai 2005) sind zügig und konsequent umzusetzen.
6. Fortschritte müssen regelmäßig evaluiert werden. >>>

¹ Monterrey Consensus, Seite 3, http://www.un.org/esa/ffd/Monterrey-Consensus-excepts-aconf198_11.pdf

² <http://www.johannesburgsummit.org/>.

³ Europäische Kommission, *Policy Coherence for Development, Accelerating progress towards attaining the Millennium Development Goals*, COM (2005) 134 final, Brüssel, 10. April 2005.

AKTEURSPERSPEKTIVE

7. Der Austausch zwischen Ressorts und zwischen der nationalen und supranationalen Ebene mit dem Ziel für höherer entwicklungspolitischer Kohärenz muss verstärkt und institutionalisiert werden.
8. Die MEZ müssen mit allen Kräften verfolgt werden; die finanziellen Zusagen sind einzuhalten; der Finanzrahmen 2007-2013 muss diese Tatsachen berücksichtigen.
9. In zukünftigen Vertragsrevisionen ist der Kohärenzgedanke zu berücksichtigen und zu verstärken.

Literatur:

- Ashoff, G., *Der entwicklungspolitische Kohärenzanspruch: Begründung, Anerkennung und Wege zu seiner Umsetzung*, Studies (6) / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, ISSN 1860-0468, 2005.
- Europäische Kommission, *The European Community's Development Policy - Statement by the Council and the Commission*, Brüssel, DE 105, 10. November 2000.
- Europäische Kommission, *Policy Coherence for Development, Accelerating progress towards attaining the Millennium Development Goals - Communication from the Commission to the Council, the European Parliament and the European Economic and Social Committee*, COM (2005) 134 final, Brüssel, 10. April 2005.
- Europäische Kommission, *EU Report on Millennium Development Goals 2000 - 2004*, Brüssel, 12. April 2005.
- Europäische Kommission, *Proposal for a Joint Declaration by the Council, the European Parliament and the Commission on the European Union Development Policy "The European Consensus"*, COM (2005) 311 final, Brüssel, 13. Juli 2005.
- Grimm, S./Kielwein, N.: *Die Afrika-Strategie der Europäischen Union - Kohärenz gegenüber einem vielschichtigen Kontinent im Wandel?*, DIE Analysen 9/2005, S. 3.
- Hoebink, P.: *Coherence and Development Policy: The Case of the European Union*, in Foster und Stokke (Hrsg.), *EADI Book Series 22, Policy Coherence in Development Co-operation*, Frank Cass, London 1999, S. 323-345.
- Hoebink, P.: *The Treaty of Maastricht and Europe's Development Co-operation*, European Union, Amsterdam 2005.
- Lawo, T.: *The Coherence and Effectiveness of EU Aid : A New Era in EU External Relations ?*, in *EADI Newsletter 1*, 2004.
- OECD, *Policy Coherence for Development: Promoting Institutional Good Practice*, ISBN-92-64-10854-8, OECD, 2005.

Internet:

- EADI-Generalkonferenz 2005 : Insecurity and Development, <http://www.eadi.org/gc2005>.
- EU Coherence, Evert Vermeer Foundation, <http://eucoherence.wizard.pvda.nl/renderer.do/clearState/true/menuId/227304/returnPage/227357/>.
- European Development Co-operation to 2010 (EDC2010), <http://www.edc2010.net>.
- Monterrey Consensus, United Nations Department of Economic and Social Affairs, A/CONF.198/11, http://www.un.org/esa/ffd/Monterrey-Consensus-excepts-acconf198_11.pdf. ☑

AKTEURSPERSPEKTIVE

Globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung: Notwendigkeiten und Chancen für mehr Kohärenz in den internationalen Beziehungen

Von Adolf Kloke-Lesch *



„Globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung: Notwendigkeiten und Chancen für mehr Kohärenz in den internationalen Beziehungen“: Der programmatisch und bedeutungsschwer klingende Titel dieser Veranstaltung ist beladen mit Begriffen, die schon allein jeweils mehrere Deutungen zulassen. Im Folgenden sollen deshalb zunächst einige begriffliche Überlegungen zu einer Entmystifizierung des Kohärenzbegriffes beitragen, um danach einen Blick auf kohärentere und weniger kohärente Politikbaustellen zu werfen und schließlich Bedingungen einer realistischen Kohärenzarbeit anzusprechen.

1. Es ist selten, dass Entwicklungspolitik und Entwicklungstheorie in den Kontext von „internationalen Beziehungen“ gestellt werden. Einerseits nimmt die Entwicklungs-Community national wie international die Debatten zu „international relations“ entweder kaum wahr oder grenzt sich von diesem Milieu ab, andererseits finden Entwicklungspolitik und Entwicklungstheorie in den Theorien und Konzepten zu internationalen Beziehungen fast nicht statt. An die Stelle dieser wechselseitigen Ab- und Ausgrenzung muss Dialog und gegenseitiges Lernen treten, wenn auch im praktischen politischen Handeln Grenzen zwischen Politikfeldern überwunden werden sollen. Der Dialog zwischen Entwicklungspolitik/-theorie und „international relations“ wird nicht zuletzt auch dadurch erschwert, dass letztere sich in einer Vielzahl von „Schulen“ darstellt, von denen mit den Begriffen realistisch, liberal, idealistisch oder konstruktivistisch nur einige benannt sind. Gleichzeitig ist auch der Entwicklungsdiskurs nicht monolithisch.

2. Für das hier gestellte Thema soll es genügen, auf die unterschiedlichen Akteure und ihre Beziehungsgeflechte hinzuweisen, die internationale Beziehungen oder auch „global governance“ heute prägen. Wir sehen erstens - klassisch - die Staaten, ihre Zusammenschlüsse und ihre Beziehungen untereinander. Zweitens gewinnen internationale Organisationen an Bedeutung, die auf die Staaten, von denen sie geschaffen wurden, zurückwirken. Gleichzeitig entstehen zwischen unterschiedlichen internationalen Organisationen komplexe Beziehungsgeflechte von Konkurrenz und Kooperation. Drittens verlieren die Staaten unter den Bedingungen offener Gesellschaften sowie von Globalisierung die Kontrolle von Teilen der Außenbeziehungen. Es treten sog. non-state-actors auf die internationale Bühne, seien es Individuen, Unternehmen, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen oder auch organisierte Kriminalität, Terrorismus und „warlords“. Jeder Begriff von internationalen Beziehungen oder Global Governance muss diese Realität berücksichtigen. Es sei an dieser Stelle auf die „Commission on Global Governance“ verwiesen, die Governance nüchtern als die Summe der vielen Vorgehensweisen bezeichnet hat, mit denen Einzelne und Institutionen, öffentliche und private, ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln, als einen ständigen Prozess, durch den gegensätzliche oder unterschiedliche Interessen befriedigt werden können. Unter Global Governance wären dann entsprechende Prozesse im globalen Rahmen zu verstehen. Ob diese Prozesse im Sinne von Good Global Governance gestaltet werden, hängt davon ab, was die Akteure aus ihnen machen. Ob gleichzeitig dem internationalen System eine teleologische Tendenz zu Global Governance innewohnt, ist aktuell Gegenstand einer von Alexander Wendt angestoßenen Debatte („Why a World State is Inevitable“). >>>

AKTEURSPERSPEKTIVE

3. Der Begriff von Entwicklung und damit von Entwicklungspolitik hat sich über die Debatten der Entwicklungsdekaden verändert. Was umfasst Entwicklung, worauf zielt Entwicklung? Ging es zunächst in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts um wirtschaftliche Entwicklung („nachholende Industrialisierung“), so trat bald mit der Grundbedürfnisbefriedigung die soziale Dimension von Entwicklung hinzu. Der Rio-Gipfel von 1992 verankerte die ökologische Dimension im Konzept nachhaltiger Entwicklung. Gleichzeitig trat die politische Dimension zunehmend in den Vordergrund. Auf der Grundlage eines mehrdimensionalen, integralen Entwicklungsbegriffs befasst sich die internationale Entwicklungspolitik heute mit der Gesamtheit der „Entwicklungen“ in einem Land. Wer aber definiert die Richtung von Entwicklung? Wir sehen immer mehr, dass wir nicht von einem a priori gesetzten normativen Begriff von Entwicklung und ihren Ergebnissen ausgehen können. Es macht deshalb Sinn, mit dem Nobelpreisträger *Amartya Sen* Entwicklung heute als einen Prozess der Erweiterung realer Freiheiten zu verstehen, die den Menschen zukommen. Diesen Prozess zu ermöglichen und zu gestalten, ist Aufgabe von Good Governance auf nationaler wie globaler Ebene. Entwicklungspolitik ist dann als der Bereich internationaler Politik zu begreifen, der mit Mitteln partnerschaftlicher Zusammenarbeit die Verhältnisse in den Staaten der „Einen Welt“ mitgestaltet. Ein ergebnisoffener Entwicklungsbegriff und ein eher funktionales (statt normatives) Verständnis von Entwicklungspolitik erleichtern auch den Dialog und die Kohärenzarbeit mit anderen Politikfeldern. Wer immer schon weiß, was richtig ist, kann schwer mit anderen ins Gespräch kommen.

4. Grundsätzlich sind zwei verschiedene Kohärenzbegriffe zu unterscheiden: Kohärenz innerhalb eines Politikfeldes und Kohärenz zwischen verschiedenen Politikfeldern. Gleichzeitig stehen beide Kohärenzbereiche in vielfältigen Wechselbeziehungen. Die deutsche Debatte versteht Kohärenz vor allem als Aufgabenstellung zwischen verschiedenen Politikfeldern und behandelt die innere Kohärenz des Politikfeldes Entwicklungspolitik unter dem Begriff „*aid effectiveness*“.

Defizite bei dieser inneren Kohärenz sind festzustellen zwischen verschiedenen entwicklungspolitischen Akteuren innerhalb eines (Geber-)Staates, zwischen unterschiedlichen Geberstaaten und zwischen den verschiedenen internationalen entwicklungspolitischen Organisationen, aber auch zwischen Geber- und Nehmerländern. Hinzu kommen mögliche Kohärenzdefizite beim entwicklungspolitischen Zusammenwirken von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Die Verbesserung von „*aid effectiveness*“ steht im Mittelpunkt der sog. Paris-Agenda auf der Grundlage des Millenniumsprozesses.

Die politisch größere Herausforderung ist Kohärenz zwischen verschiedenen Politikfeldern. Sie stellt sich zunächst innerhalb der Staaten, aber auch zwischen ihnen und vor allem auch zwischen den internationalen Organisationen der verschiedenen Politikfelder. Hinzu kommt, dass den unterschiedlichen Politikfeldern auch jeweilige zivilgesellschaftliche Milieus sowie entsprechende wirtschaftliche Akteure zugeordnet sind. Die Kohärenzfrage zwischen verschiedenen Politikfeldern kann im Übrigen nicht auf entwicklungspolitische Kohärenz verengt und als Einbahnstraße verstanden werden. Die Kohärenzforderungen, die von anderen Politikbereichen an die Entwicklungspolitik gerichtet werden, nehmen zu.

Besonders komplex wird die Kohärenzthematik durch die Spannungen und Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen Räumen der Kohärenzarbeit. So wird auf der einen Seite gefordert, dass innerhalb eines Nationalstaates die verschiedenen Politikfelder kohärent zusammenwirken sollen, was den jeweiligen Akteuren z.B. international Fesseln anlegen könnte. Auf der anderen Seite stimmen sich die Akteure der einzelnen Politikfelder ihrerseits international ab und versuchen so, ihre Agenda international voranzubringen, selbst wenn innerstaatlich noch nicht alle „auf Linie“ sind. >>>

AKTEURSPERSPEKTIVE

5. Kohärenzarbeit ist angesichts der gegebenen komplexen Akteurslandschaft und deren Interessen zwar nicht nur, aber auch eine Frage der Macht. Aber welcher Art von Macht? Es erscheint lohnend, die von *Ernst-Otto Czempiel* („*Kluge Macht*“) mit Blick auf die internationalen Beziehungen beschriebenen drei Formen der Macht für diese Fragestellung in Erinnerung zu rufen. Mit „*Beziehungsmacht*“ soll direkt auf einen Akteur eingewirkt und sein Verhalten verändert werden. Dies setzt einerseits entsprechende Machtmittel voraus, andererseits stellt sich das Problem der Nachhaltigkeit der Verhaltensänderung, wenn die Machtmittel nachlassen. Grundsätzlich verfügt Entwicklungspolitik im politischen Prozess über gewisse Hebel, vor allem Blockademöglichkeiten aufgrund der Geschäftsordnung der Bundesregierung oder im parlamentarischen Raum. In der Praxis werden diese jedoch leicht stumpf und sind vor allem nicht geeignet, positive Verhaltensänderungen zu bewirken. Sehr viel effizienter und nachhaltiger ist „*soft power*“, d.h., nicht einzelne Handlungen beeinflussen zu wollen, sondern sich in Prozessen gemeinsamer Steuerung („*Governance*“) so zu verhalten, dass konsensgestützt die erwünschten Ergebnisse erzielt werden. „*Strukturelle Macht*“ entfaltet darüber derjenige, der in der Lage ist, ablaufende Interaktionen über Zeit so zu steuern, dass zielkonforme Strukturen entstehen. Für entwicklungspolitische Kohärenzarbeit bedeutet dies, konfrontative Beziehungen zu vermeiden und stattdessen durch Dialog und Zusammenarbeit zu erreichen, dass andere Politikfelder und Akteure entwicklungspolitische Anliegen z.B. als ihre eigenen betrachten.

6. Beispielhaft für die innere Kohärenzarbeit des Politikfeldes Entwicklungspolitik können die Bemühungen der Nationalstaaten und der internationalen Entwicklungsorganisationen um ein einheitliches Zielsystem und eine abgestimmte Umsetzungsstrategie gelten. Hier liegt mit der Millenniumserklärung, den MDG's, dem Monterrey-Konsens sowie der Paris-Agenda zur „*aid effectiveness*“ der maßgebliche normative Rahmen vor. Andererseits verfolgen einzelne OECD-Staaten durchaus auch Ziele und Strategien außerhalb dieses Rahmens, u.a., weil sie Entwicklungspolitik anders mit anderen Politikfeldern wie z.B. der Sicherheitspolitik verknüpfen. Auch nicht alle Entwicklungsländer fühlen sich der Agenda uneingeschränkt verpflichtet, zumal sie zum Teil auch nur formelhaft Kompromisse dokumentiert. Eine besondere Kohärenzaufgabe liegt in der Einbindung neuer Akteure bzw. Geber wie China und Indien oder auch islamischer Geber, wenn die Geberabstimmung im OECD-Raum nicht leerlaufen soll.

7. Für die Politikfelder übergreifende Kohärenzarbeit in Deutschland steht vor allem das „*Aktionsprogramm 2015*“ aus dem Jahre 2001. Als vom Bundeskabinett beschlossenes Programm verpflichtet es alle Ressorts auf ihre Beiträge zum Ziel der weltweiten Armutsbekämpfung. Allerdings stellt es auch selber nur eine Momentaufnahme des zum Zeitpunkt des Beschlusses politisch Möglichen dar. Neue internationale Konferenzen und Vorgaben oder weltpolitische Entwicklungen wie z.B. der 11. September 2001 oder der Irakkrieg verändern die Rahmenbedingungen und führen zu Chancen des Voranschreitens oder auch Risiken des Zurückfallens. Gleichzeitig können sich die Koordinaten durch neue ressortübergreifende Konzepte wie dem „*Aktionsplan Krisenprävention*“ der Bundesregierung aus dem Jahre 2004 verschieben.

8. Ein Politikfelder übergreifender Blick auf die internationale Ebene lässt mit der VN-Welt, der G8/IFI/NATO-Welt sowie der EU-Welt drei Räume der Kohärenzarbeit deutlich werden, die ihrerseits in einem ständigen Verhältnis von Koordination und Konkurrenz stehen. Im VN-System mit seinen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und Sicherheitsstrukturen spiegeln sich die Pluralität und Interessen der 191 Mitgliedstaaten (einschl. der Sonderstellung der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates), andererseits macht es sich zunehmend Menschheitsanliegen zu eigen und erkennt (Rechts-)Ansprüche von Individuen an die Völkergemeinschaft an. Angesichts struktureller Defizite des VN-Systems und nur begrenzter Bereitschaft, sich multilateralen Mehrheitsprozessen zu unterwerfen, neigen die wirtschaftlich, politisch und militärisch stärkeren Mächte (insbes. die USA) dazu, sich in Strukturen abzustimmen und zu koordinieren, in denen sie besonderen Einfluss haben. >>>

AKTEURSPERSPEKTIVE

Es ist insofern nicht unwahrscheinlich, dass sich die ursprünglich auf abgegrenzte Politikfelder bezogenen Strukturen wie G8 für weltwirtschaftliche Fragen, internationale Finanzinstitutionen (IFI's) für Entwicklungs- und Währungsfragen und NATO für transatlantische Sicherheit thematisch und regional ausdehnen und vernetzen. Eine besondere Stellung nimmt die EU ein, die zwar geografisch begrenzt ist, aber zunehmend global wirken möchte und zu diesem Zweck die engere Abstimmung ihres gesamten Außenhandelns (insbes. Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik und Handelspolitik) anstrebt. Damit wird deutlich, dass jede Entscheidung für einen institutionellen Schwerpunkt internationaler Kohärenzarbeit zugleich auch eine inhaltliche Vorprägung und geopolitische Akzentsetzung bedeutet.

9. Politikfelder übergreifend sind positive Kohärenzeffekte z.B. zwischen Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik möglich. Mit dem „*Entwicklungspolitischen Aktionsplan für Menschenrechte 2004 - 2007*“ setzt das BMZ auf eine engere Verbindung der internationalen Menschenrechtsarbeit mit der MDG-Agenda. Positive Kohärenzeffekte sind seit Jahren auch im Bereich von Umwelt und Entwicklung zu beobachten (vgl. die Konferenzen von Rio de Janeiro 1992 und Johannesburg 2002). Eine dauerhaft konfliktreiche Kohärenzbaustelle ist der Handelsbereich. Trotz gewisser Fortschritte unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten („*Doha-Runde*“) können die dort wirkenden Akteure sich diese Anliegen nur mit Mühe zu Eigen machen. Besonders intensiv wird seit einigen Jahren das Verhältnis von Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik diskutiert. Einerseits will Entwicklungspolitik sich nicht einer einseitig an Interessen des Nordens orientierten Sicherheitsagenda unterordnen, andererseits braucht Entwicklungspolitik an vielen Plätzen der Welt die Begleitung und Unterstützung einer Sicherheitspolitik, die sich dem Konzept „*menschlicher Sicherheit*“ verpflichtet fühlt.

10. Für mehr Kohärenz in den internationalen Beziehungen müssen auf der politischen Ebene entsprechender Wille und Unterstützung erzeugt werden. Konzeptionell-strategisch geht es um die Formulierung und Begründung von Zielen, die auch andere Politikfelder überzeugen und teilen können. Hierzu kann auf der inhaltlich-analytischen Ebene durch Identifizierung von Inkohärenzen und ihrer „Kosten“ sowie das Aufzeigen von Wegen zu verbesserter Kohärenz beigetragen werden. Wissenschaft und Politikberatung sind hier besonders gefordert. Auf der organisatorischen Ebene geht es um die Verteilung von Zuständigkeiten und Mitwirkungsrechten, um die Gestaltung praktischer Abstimmungsprozesse sowie nicht zuletzt um die Bereitstellung der erforderlichen personellen Ressourcen. Realistische Kohärenzarbeit muss aber auch die Vielfalt politischer Ziele und Akteure zur Kenntnis nehmen, zu Dialog und Zusammenarbeit in der Lage sein und von der Offenheit politischer Prozesse ausgehen, denn: *Wenn alles mit allem kohärent ist, geht nichts mehr - erst recht nicht vorwärts.*

Literatur:

- Ashoff, Guido, 2005: Der entwicklungspolitische Kohärenzanspruch: Begründung, Anerkennung und Wege zu seiner Umsetzung, Bonn
- BMZ-Diskurs, 2004: Zum Verhältnis von entwicklungspolitischen und militärischen Antworten auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen, Bonn
- Commission on Global Governance, 1995: Nachbarn in einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. Hrsg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- Czempel, Ernst-Otto, 1999: Kluge Macht, Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München
- Kloke-Lesch, Adolf, 2000: Mitgestalten in anderen Ländern. Die Funktion von Entwicklungspolitik im Rahmen von Global Governance, in epd-Entwicklungspolitik, Nr. 14/15, S. 32-37
- Sen, Amartya, 1999: Development as Freedom, New York
- Tietje, Christian, 2002: Global Governance and Inter-Agency Co-operation in International Economic Law, Journal of World Trade 36(3), S. 501-551
- Wendt, Alexander, 2003: Why a World State is Inevitable, European Journal of International Relations 9(4), S. 491-542

* Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder. ☑

2005 WORLD SUMMIT OUTCOME

FACT SHEET

2005 WORLD SUMMIT

HIGH-LEVEL PLENARY MEETING | 14-16 SEPTEMBER 2005



» 2005 WORLD SUMMIT OUTCOME

The world's leaders, meeting at United Nations Headquarters in New York from 14 to 16 September, agreed to take action on a range of global challenges:

DEVELOPMENT

- » Strong and unambiguous commitment by all governments, in donor and developing nations alike, to achieve the Millennium Development Goals by 2015.
- » Additional \$50 billion a year by 2010 for fighting poverty.
- » Commitment by all developing countries to adopt national plans for achieving the Millennium Development Goals by 2006.
- » Agreement to provide immediate support for quick impact initiatives to support anti-malaria efforts, education, and healthcare.
- » Commitment to innovative sources of financing for development, including efforts by groups of countries to implement an International Finance Facility and other initiatives to finance development projects, in particular in the health sector.
- » Agreement to consider additional measures to ensure long-term debt sustainability through increased grant-based financing, cancellation of 100 per cent of the official multilateral and bilateral debt of heavily indebted poor countries (HIPCs). Where appropriate, to consider significant debt relief or restructuring for low and middle income developing countries with unsustainable debt burdens that are not part of the HIPC initiative.
- » Commitment to trade liberalization and expeditious work towards implementing the development dimensions of the Doha work programme.

TERRORISM

- » Clear and unqualified condemnation—by all governments, for the first time—of terrorism “in all its forms and manifestations, committed by whomever, wherever and for whatever purposes.”
- » Strong political push for a comprehensive convention against terrorism within a year. Support for early entry into force of the Nuclear Terrorism Convention. All states are encouraged to join and implement it as well as the 12 other antiterrorism conventions.
- » Agreement to fashion a strategy to fight terrorism in a way that makes the international community stronger and terrorists weaker.

PEACEBUILDING, PEACEKEEPING, AND PEACEMAKING

- » Decision to create a Peacebuilding Commission to help countries transition from war to peace, backed by a support office and a standing fund.
- » New standing police capacity for UN peacekeeping operations.
- » Agreement to strengthen the Secretary-General's capacity for mediation and good offices.

RESPONSIBILITY TO PROTECT

- » Clear and unambiguous acceptance by all governments of the collective international responsibility to protect populations from genocide, war crimes, ethnic cleansing and crimes against humanity. Willingness to take timely and decisive collective action for this purpose, through the Security Council, when peaceful means prove inadequate and national authorities are manifestly failing to do it.

2005 WORLD SUMMIT OUTCOME

HUMAN RIGHTS, DEMOCRACY AND RULE OF LAW

- » Decisive steps to strengthen the UN human rights machinery, backing the action plan and doubling the budget of the High Commissioner.
- » Agreement to establish a UN Human Rights Council during the coming year.
- » Reaffirmation of democracy as a universal value, and welcome for new Democracy Fund which has already received pledges of \$32 million from 13 countries.
- » Commitment to eliminate pervasive gender discrimination, such as inequalities in education and ownership of property, violence against women and girls and to end impunity for such violence.
- » Ratification action taken during the Summit triggered the entry into force of the Convention Against Corruption.

MANAGEMENT REFORM

- » Broad strengthening of the UN's oversight capacity, including the Office of Internal Oversight Services, expanding oversight services to additional agencies, calling for developing an independent oversight advisory committee, and further developing a new ethics office.
- » Update the UN by reviewing all mandates older than five years, so that obsolete ones can be dropped to make room for new priorities.
- » Commitment to overhauling rules and policies on budget, finance and human resources so the Organization can better respond to current needs; and a one-time staff buy-out to ensure that the UN has the appropriate staff for today's challenges.

ENVIRONMENT

- » Recognition of the serious challenge posed by climate change and a commitment to take action through the UN Framework Convention on Climate Change. Assistance will be provided to those most vulnerable, like small island developing states.
- » Agreement to create a worldwide early warning system for all natural hazards.

INTERNATIONAL HEALTH

- » A scaling up of responses to HIV/AIDS, TB, and malaria, through prevention, care, treatment and support, and the mobilization of additional resources from national, bilateral, multilateral and private sources.
- » Commitment to fight infectious diseases, including a commitment to ensure full implementation of the new International Health Regulations, and support for the Global Outbreak Alert and Response Network of the World Health Organization.

HUMANITARIAN ASSISTANCE

- » Improved Central Emergency Revolving Fund to ensure that relief arrives reliably and immediately when disasters happen.
- » Recognition of the Guiding Principles on Internal Displacement as an important international framework for the protection of internally displaced persons.

UPDATING THE UN CHARTER

- » A decision to revise and update the Charter by:
 - Winding up the Trusteeship Council, marking completion of UN's historic decolonisation role;
 - Deleting anachronistic references to "enemy states" in the Charter.

The full text of the document is available on the Summit website: www.un.org/summit2005

Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NRO) bei der Armutsbekämpfung

Von Reinhard Hermle

1. Was sind NROs?



Eine Definition ist wegen der vielfältigen Erscheinungsformen von NROs schwierig. Zu den Hauptmerkmalen zählen, dass es sich um private Initiativen und freiwillige Zusammenschlüsse von Personen handelt, die nicht im staatlichen Auftrag handeln und nicht gewinnorientiert arbeiten. Vielmehr verfolgen sie Zwecke, die gemeinnützig sind, der Allgemeinheit dienen und mit gewaltfreien Mitteln erreicht werden sollen.

NROs der Entwicklungszusammenarbeit sind solche, die im Bereich der Katastrophenhilfe, der langfristig orientierten Entwicklungszusammenarbeit und/oder im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Lobbyarbeit tätig sind. In Deutschland gibt es Hunderte von NROs, die sich überwiegend durch Spenden und/oder staatliche Zuwendungen finanzieren. Bei der Mehrheit handelt es sich um kleine bis kleinste Organisationen mit geringen Budgets und keinen oder wenigen hauptamtlichen MitarbeiterInnen. Sie verfügen in der Regel nur über einen lokalen oder regionalen Bekanntheitsgrad. Die großen und größeren Hilfswerke, die meist bundesweit agieren und bekannt sind, haben sich vor zehn Jahren zu dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zusammengeschlossen. Sein Hauptzweck ist es, die Interessen der entwicklungspolitischen NROs gegenüber Staat und Öffentlichkeit zu vertreten.

2. Was tun NROs?

Folgende Bereiche sind zu unterscheiden, wobei viele Organisationen in mehreren Tätigkeitsfeldern aktiv sind:

Not- und Katastrophenhilfe

Hierbei geht es darum, im Falle großer Naturkatastrophen oder kriegerischer Ereignisse den davon betroffenen Menschen möglichst schnell zu helfen, z. B. durch die Lieferung von Zelten, Decken, Medikamenten, Wasseraufbereitungsanlagen etc. Im weiteren Sinn zählt dazu auch die Unterstützung beim Wiederaufbau zerstörter Häuser oder die Wiederbeschaffung von Arbeitsgeräten, die für den Lebensunterhalt oder die Erwirtschaftung eines Einkommens erforderlich sind (z. B. Saatgut, Harken, Boote für den Fischfang).

Nahrungsmittelhilfe

Sie hängt mit der Not- und Katastrophenhilfe zusammen. Im Idealfall bleibt sie auf solche Situationen beschränkt. In einigen Fällen liegt die Vermutung nahe, dass damit andere Zwecke verfolgt werden, z.B. wenn es um Lebensmittellieferungen aus europäischen oder amerikanischen Überschussproduktionen geht oder gentechnisch verändertes Getreide (z.B. US-Mais) geliefert wird.

Projekt- und Programmarbeit

Für viele NROs stellt dieser Bereich das wichtigste Tätigkeitsfeld dar. Hier sind Maßnahmen angesprochen, die in der Regel mit örtlichen Partnern in den Ländern des Südens durchgeführt werden. Dabei geht es z. B. um Bildung und Ausbildung, Gesundheit, Wohnen und Siedeln, ländliche Entwicklung, umwelterhaltende Projekte, Einkommen schaffende Maßnahmen, Zugang zu sauberem Wasser und zu sanitären Einrichtungen, Kleinkreditprogramme, Menschenrechtsarbeit, Gemeinwesenarbeit und Demokratieförderung und zivile Krisenprävention. Oberste Ziele sind, Armut zu überwinden und nachhaltige Entwicklungsprozesse anzustoßen. >>>

AKTEURSPERSPEKTIVE

Generell ist zu bemerken:

- Zwar lassen sich einzelne Projekte und Maßnahmen als solche identifizieren und darstellen. Hinsichtlich ihrer Wirkung stehen sie jedoch oft miteinander in Verbindung und bedingen einander. Verstärkt gilt es deshalb, nicht einzelne Entwicklungsprojekte, sondern integrale Entwicklungsprogramme zu realisieren. Gesundheitsprogramme versorgen die Menschen dann nicht nur mit Medikamenten, Ärzten und Krankenhausbetten, sondern beziehen Fragen der Hygiene, der Familienplanung, der Ernährung, der Versorgung mit sauberem Trinkwasser usw. mit ein. Nur Menschen, die gesund sind und nicht an Hunger leiden, werden in der Lage sein, etwas zu lernen und ein tätiges Leben zu führen. Die Vermittlung von Wissen und Know-how ist zwar ein Wert an sich, stellt aber zugleich auch eine entscheidende Voraussetzung für die Beteiligung am wirtschaftlichen oder politischen Leben eines Landes dar. Um die Früchte ihrer Arbeit genießen zu können, müssen die Menschen in einigermaßen gesicherten und friedlichen Bedingungen leben können. Deshalb ist es wichtig, z. B. Konflikte frühzeitig so zu bearbeiten, dass sie nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Zerstörung führen.
- Die Maßnahmen müssen so angelegt sein und gestaltet werden, dass sie den Interessen der Menschen dienen. Nur Programme, die nicht über ihre Köpfe hinweg gehen, sondern ihren Möglichkeiten entsprechen, werden von ihnen angenommen und mitgetragen werden. Dies ist eine notwendige Bedingung für den Erfolg von Entwicklungszusammenarbeit. Deshalb kommt der Einbeziehung der betroffenen Menschen, insbesondere der Frauen, in die Planung, Durchführung und Auswertung dieser Maßnahmen eine herausgehobene Bedeutung zu.

Politische Arbeit

Viele NROs setzen sich heute verstärkt auch mit den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Entwicklung auseinander. Dazu hat die Erkenntnis beigetragen, dass die Reichweite von Einzelprojekten und Programmen - so wichtig diese sind - begrenzt ist und ihre Wirkung oft durch schlechte Regierungsführung, Korruption, Kriege und Konflikte, externe wirtschaftliche Schocks oder die internationale Politik beeinträchtigt oder konterkariert wird. Aus diesem Grund betreiben NROs politische Lobbyarbeit und versuchen, mit Briefen, Gesprächen, Positionspapieren, Konferenzen, Zeitungsanzeigen, Protesten und Kampagnen auf die handelnden Politiker insbesondere in den reichen und mächtigen Staaten einzuwirken. Deshalb begleiten sie auch die großen internationalen Konferenzen mit dem Ziel, dass dabei die Interessen der Entwicklungsländer stärker Berücksichtigung finden.

Im Zentrum der politischen Arbeit im Jahr 2005 stand für viele die Auseinandersetzung mit der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) aus dem Jahre 2000, deren Kernziel darin besteht, die extreme Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Im Rahmen der Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ thematisierten die NROs Fragen der Entwicklungsfinanzierung, der operativen Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit, der Entschuldung und des Welthandels. Vor allem im Hinblick auf den G8-Gipfel im schottischen Gleneagles, die UN-Konferenz in New York und die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong erhöhten sie den Druck auf die Politiker, mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen, die hochverschuldeten armen Länder stärker zu entlasten sowie den Entwicklungsländern bei der Neuordnung des Welthandels größere Zugeständnisse zu machen. In Teilbereichen konnten Fortschritte erzielt werden (Zusage der EU, das 0,7 %-Ziel bis 2015 zu erreichen, neue Schuldeninitiative). In den wichtigen Handelsfragen blockieren sich hingegen die Interessen weiterhin gegenseitig. Auch auf dem WTO-Treffen in Hongkong konnte noch kein wirklicher Durchbruch erzielt werden. Noch immer spielt das große Ziel der Überwindung der Massenarmut in der Welt in der politischen Rhetorik eine größere Rolle als in der politischen Praxis. An diesem unbefriedigenden Zustand etwas zu ändern, stellt für die entwicklungspolitischen NROs eine besondere Herausforderung dar. ☑

Der Beitrag der Bundesrepublik zur Realisierung der MEZ

Von Klemens van de Sand

Gemeinsam Verantwortung für die Überwindung der Armut weltweit zu übernehmen - das ist der Kern der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs). Zusammen mit der Millenniumserklärung, aus der die MDGs abgeleitet wurden, sind sie Ausdruck einer neuen, verbindlicheren Partnerschaft zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Durch die Festlegung von quantitativen und somit überprüfbaren Zielgrößen im Kampf gegen die weltweite Armut hat die internationale Entwicklungspolitik eine neue Dynamik bekommen.

Auch die Bundesrepublik Deutschland hat die Verpflichtung angenommen, zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Zielsetzung beizutragen. Grundlage der deutschen Entwicklungspolitik ist die breit gefasste Agenda der Millenniumserklärung. Deren vier Handlungsfelder (1. Frieden, Sicherheit und Abrüstung, 2. Entwicklung und Armutsbekämpfung, 3. Schutz der gemeinsamen Umwelt sowie 4. Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung) entsprechen unseren Hauptzielen (Armut bekämpfen, Frieden sichern, Globalisierung gerecht gestalten) und dem Verständnis von Entwicklungspolitik als globaler Strukturpolitik. Mit dem vierdimensionalen Zielsystem - wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Tragfähigkeit und politische Stabilität - verfolgt die deutsche Entwicklungspolitik den Leitgedanken einer global nachhaltigen Entwicklung, wie er auch in der Millenniumserklärung insgesamt zum Ausdruck kommt. Das Zielsystem der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist vor der Verabschiedung der Millenniumserklärung formuliert worden. Es reflektiert aber - wie die MDGs - die Beschlüsse der VN-Weltkonferenzen der neunziger Jahre und der OECD/DAC-Erklärung „Shaping the 21th Century“ von 1996.

Die MDGs 1 bis 7 beschreiben Mindestvoraussetzungen für menschenwürdiges Leben: die Freiheit von Armut und deren Ausprägungen in den Bereichen Bildung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Gesundheit und natürliche Ressourcen. Sie stellen jedoch keine umfassende Vision von Entwicklung dar. Nicht enthalten in den MDGs sind insbesondere der Schutz der Bürger- und Menschenrechte sowie Frieden und Sicherheit als Grundbedingungen menschlicher Entwicklung. Daher sind die MDGs immer im Kontext der Millenniumserklärung zu sehen. Sie können nur verwirklicht werden, wenn es Fortschritte in allen Handlungsfeldern der Erklärung gibt. Die MDGs bezeichnen angestrebte Ergebnisse von Entwicklungsprozessen. Die Wege, die zu diesen Ergebnissen führen, können von Land zu Land sehr verschieden sein. Was wie zu tun ist, sagen weder die Millenniums-Entwicklungsziele selbst noch die 18 Unterziele und 48 Indikatoren. Trotzdem werden die MDGs häufig als sektorale Vorgaben missverstanden; jedoch legen sie keine prioritären Handlungsfelder fest - weder national noch international!

Eine wesentliche Bedeutung der MDGs liegt darin, dass sie der internationalen Entwicklungszusammenarbeit erstmals einen gemeinsamen Bezugsrahmen geben. Zusammen mit der Millenniumserklärung haben sie auf mehreren Ebenen wichtige politische Prozesse angestoßen. Der Dialog über Wege aus der Armut hat sich sowohl zwischen Gebern und Entwicklungsländern als auch innerhalb der Entwicklungsländer zwischen Regierung, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft spürbar intensiviert. In vielen Ländern wurden nationale Reformprozesse in Gang gesetzt, konkrete Strategien zur Bekämpfung der Armut erarbeitet und deren Umsetzung eingeleitet. Auch unter den Gebern ist die Kooperation deutlich verstärkt worden. Davon zeugen nicht zuletzt die Vereinbarungen von Rom im Jahr 2003 und von Paris im März 2005. Die Geber haben sich verpflichtet, ihre Verfahren zu harmonisieren und ihre Maßnahmen zu koordinieren, um so die Empfängerländer durch ein einheitliches und transparentes Vorgehen zu entlasten und damit die Effizienz der Hilfe zu steigern. ➤➤➤

AKTEURSPERSPEKTIVE

Die MDGs fordern von den Industrieländern, Rechenschaft über die Wirksamkeit ihrer Entwicklungshilfeleistungen abzulegen und ihre Gesamtpolitiken kohärent zu gestalten. Sie haben den Druck auf die Geberländer, die Quantität und die Qualität der Entwicklungshilfe zu steigern und den Entwicklungsländern Schulden zu erlassen, deutlich erhöht.

Umsetzung der MDGs in der deutschen EZ

Die Bundesregierung hat – als einer der ersten Geber überhaupt – im Frühjahr 2001 mit dem Aktionsprogramm 2015 ihre Strategie zur Umsetzung der Millenniumserklärung definiert und durch Kabinettsbeschluss verabschiedet. Es bildet den ressortübergreifenden strategischen Rahmen für die deutschen Beiträge zum Erreichen der Millenniumsziele. Das Aktionsprogramm 2015 unterstreicht, dass Armutsbekämpfung die Kernaufgabe und Kernlegitimation der Entwicklungspolitik bleibt. In zehn Ansatzpunkten macht es deutlich, dass dies keine Engführung der Entwicklungspolitik bedeutet. Armutsorientierung und das Verständnis von Entwicklungspolitik als globaler Strukturpolitik schließen sich keineswegs aus. Im Gegenteil: Der wechselseitige Zusammenhang von menschenwürdiger Entwicklung mit Sicherheit, Frieden, Menschenrechten und gesunder Umwelt ist in den vergangenen Jahrzehnten in einer Vielzahl von Krisenbrennpunkten deutlich geworden. Deshalb müssen Maßnahmen in all diesen Bereichen zusammenwirken, wenn nachhaltige und gerechte Entwicklungsprozesse erreicht werden sollen. Das Aktionsprogramm konkretisiert diesen Ansatz für die deutsche Entwicklungspolitik. Es schreibt erstmals fest, dass Entwicklungspolitik nicht nur Sache eines Ressorts ist, und macht Armutsbekämpfung zur politischen Querschnittsaufgabe. Es fordert entsprechend kohärentes und abgestimmtes Vorgehen in allen Politikfeldern ein. Das heißt, dass z.B. das Landwirtschaftsministerium nicht konterkarieren darf, was das Entwicklungsministerium macht. Hier hat es in den letzten Jahren spürbare Fortschritte gegeben.

Um die Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 auf globaler Ebene zu erreichen, müssen die bisherigen Anstrengungen sowohl der Geber als auch der Entwicklungsländer deutlich verstärkt werden. Das erfordert strategische und institutionelle Veränderungen auch in der deutschen Entwicklungspolitik. Daher ist die Bundesregierung dabei, ihr entwicklungspolitisches Instrumentarium zu reformieren, um ihre Arbeit effizienter zu gestalten und gezielter auf die Verwirklichung der MDGs auszurichten. Dabei sind die Prinzipien handlungsleitend, die schon den internationalen Konsensbildungsprozess geprägt haben, der zur Verabschiedung der Millenniumserklärung und der MDGs führte: 1. Armutsorientierung; 2. Partnerschaft / Gemeinsame Verantwortung; 3. Orientierung an den zu erreichenden Wirkungen und 4. Kohärenz.

1. Armutsorientierung

Die Verringerung der Armut ist die „überwältigende Aufgabe“ der deutschen Entwicklungspolitik. Das bedeutet, dass alle entwicklungspolitischen Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar zur Verringerung der Armut in den Entwicklungsländern beitragen sollen. Zugrunde liegt dabei ein mehrdimensionales Armutsverständnis, wie es heute international gültig ist: Demnach bedeutet Armut nicht nur geringes Einkommen, sondern auch geringe Chancen und mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten am politischen und wirtschaftlichen Leben, besondere Gefährdung durch Risiken, Missachtung der Menschenwürde und Menschenrechte sowie fehlenden Zugang zu Ressourcen. Diesem Grundverständnis folgend ist die Förderung von guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, institutioneller Entwicklung und Konfliktvorbeugung (insbesondere in Form von capacity building) in den Entwicklungsländern mindestens so wichtig wie Investitionen in die soziale und materielle Infrastruktur. Maßnahmen in all diesen Bereichen müssen ineinander greifen. Die Bundesregierung hat die für den Bereich Good Governance und Menschenrechte eingesetzten Mittel in den vergangenen sechs Jahren verdreifacht und baut ihr Engagement weiter aus, unter anderem durch den „Entwicklungspolitischen Aktionsplan für Menschenrechte 2004-2007“, der Menschenrechte und MDGs miteinander verbindet und den Menschenrechtsansatz in der deutschen EZ verstärkt. >>>

AKTEURSPERSPEKTIVE

Ein weiteres Element der Armutsbekämpfung ist, die Selbstorganisation der Armen zu unterstützen: Denn der Aufbau von Gegenmacht von unten ist Voraussetzung dafür, dass nach oben hin Druck erzeugt wird und die Regierungen das tun, was sie zu tun haben, nämlich Politik im Sinne ihrer Bevölkerung zu konzipieren und zu praktizieren sowie breitenwirksames Wachstum zu fördern.

2. Partnerschaft / gemeinsame Verantwortung


Partnerschaft ist durch die MDGs als Leitprinzip der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stark herausgehoben worden. Dies kommt auch in der Paris-Erklärung zum Ausdruck, die zur Steigerung der Wirksamkeit der EZ klare Ziele samt Fortschrittsindikatoren festgelegt hat. Zu deren Umsetzung hat Deutschland als erster Geber einen detaillierten Operationsplan erarbeitet, der diesen Prozess und die Ausrichtung der Instrumente und Verfahren der deutschen EZ auf die MDGs zusammenführt:

Darin legt das BMZ verbindlich fest, alle Länderkonzepte, Schwerpunktstrategiepapiere und Vorhaben an den nationalen Politiken und Strategien der Armutsbekämpfung (z.B. PRSPs) auszurichten. Problematisch ist jedoch, dass viele Strategien noch erhebliche Defizite etwa in Bezug auf die grundlegenden Analysen der Armutursachen, Konkretisierung und Budgetierung von Maßnahmen sowie Einbindung von Parlament und gesellschaftlichen Gruppen aufweisen. Die deutsche EZ wird die Partner daher aktiver als bisher nicht nur bei der Umsetzung, sondern auch bei der Erstellung und beim

Monitoring von nationalen Strategien unterstützen. Dabei wird besonderer Wert auf die Partizipation benachteiligter Gruppen und zentraler gesellschaftlicher Akteure gelegt sowie auf die Mobilisierung und gerechtere Verteilung interner Ressourcen für eine sich langfristig selbst tragende Entwicklung.

Die deutsche EZ wird ihre Maßnahmen künftig noch stärker als bisher im Verbund mit anderen Gebern planen und durchführen. Die Beteiligung an programmorientierten Gemeinschaftsfinanzierungen wird kontinuierlich gesteigert. Deutschland strebt an, zukünftig in stärkerem Maße die Rolle als Geberkoordinator in Sektorprogrammen und damit als Ansprechpartner der Regierung zu übernehmen.

Im internationalen Kontext braucht die deutsche EZ ein klareres Profil. Das BMZ hat beschlossen, die regionale und sektorale Schwerpunktbildung fortzusetzen. Um die Hebelwirkung und das Gewicht in der Gebergemeinschaft zu erhöhen, wird die Zahl der Kooperationsländer reduziert. Thematisch wird sich Deutschland stärker auf seine komparativen Vorteile z.B. in den Bereichen Wasser- und Sanitärversorgung, Erneuerbare Energien, Governance, Dezentralisierung sowie Wirtschaftsreform und Mikrofinanzwesen konzentrieren.

Damit sich die deutsche EZ in den Partner- und Geberkontext bestmöglich einbringen kann, muss sie auch intern eine sinnvolle Arbeitsteilung praktizieren. Das bedeutet, dass sich die Durchführungsorganisationen konsequent als Teil eines Ganzen verstehen und ihre Beiträge ineinander greifen lassen, um Synergien zu verstärken („EZ aus einem Guss“). Ihr - komplementärer und von den eigenen komparativen Stärken ausgehender - Beitrag zu einem von Partnerpolitiken definierten Gesamtansatz muss die Auswahl und Ausgestaltung der Maßnahmen bestimmen. >>>

AKTEURSPERSPEKTIVE

3. Orientierung auf Wirkungen

Mit den MDGs hat sich die Staatengemeinschaft erstmals konkrete, messbare Ziele im Kampf gegen die weltweite Armut gesetzt. Dies zwingt dazu, die Fortschritte und Defizite auf dem Weg zur Zielerreichung zu erfassen, zu analysieren und daraus Konsequenzen für die weitere Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit zu ziehen.

Daher arbeitet das BMZ gemeinsam mit den Durchführungsorganisationen daran, das Instrumentarium zur Wirkungsanalyse weiterzuentwickeln, um die Beiträge zur MDG-Erreichung angemessen bewerten und darstellen zu können. Dafür sind neue Ansätze der Wirkungsanalyse erforderlich, denn die vorhandenen Instrumente sind noch zu stark auf die Projektebene ausgerichtet. Armutsreduzierung und MDG-Erreichung stellen aber hoch aggregierte Entwicklungsziele dar, die das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen von Partnerländern und Gebern sind. Auf diese gilt es, künftig abzustellen. Hier zeigt sich, dass Millenniumserklärung und MDGs nicht als bloße Deklamation von gemeinsamen Zielen zu verstehen sind, sondern dass die gemeinsame Verantwortung institutionalisiert werden und sich in Verfahren und Methoden der EZ niederschlagen muss.

Wenn die MDGs in der deutschen Entwicklungspolitik mehr sein sollen als ein Referenzrahmen für Berichte, müssen sie institutionalisiert und „internalisiert“ werden. Das entscheidende Instrument hierfür sind die Zielvereinbarungen des BMZ, die seit 2004 die mittelfristige und die kurzfristige Planung auf den unterschiedlichen Ebenen des Ministeriums bestimmen. So werden Ziele für die einzelnen Abteilungen und Referate formuliert, die sich in Arbeitspläne und -ziele für die einzelnen Mitarbeiter übersetzen. In dieses System werden die Millenniumsziele eingebaut und je nach Aufgabenstellung der Arbeitseinheiten operationalisiert.

4. Kohärenz

Wie oben bereits erläutert, wird mit den MDGs und dem Aktionsprogramm 2015 dokumentiert und ins Bewusstsein gerückt, dass ein Zusammenspiel unterschiedlicher Politikbereiche und gesellschaftlicher Kräfte notwendig ist, um nachhaltige Entwicklung global voranzubringen. Um dem Kohärenzgebot immer wieder neu in politischen Entscheidungsprozessen auf nationaler und internationaler Ebene Geltung zu verschaffen, hat die Bundesregierung z.B. die entwicklungspolitische Prüfung aller neuen Gesetze, die Mitgliedschaft des BMZ im Bundessicherheitsrat und regelmäßige Kohärenzgespräche des BMZ mit anderen Ministerien eingeführt. Ein Beispiel für das Zusammenwirken des Entwicklungsministeriums mit dem Wirtschafts-, Arbeits-, Umwelt- und dem Verbraucherschutzministerium ist das Engagement der Bundesregierung für die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards für die Produktion in Entwicklungsländern.

Bewertung der Ergebnisse des Millennium+5-Gipfels

Fünf Jahre nach der Verabschiedung der Millenniumserklärung haben die Vereinten Nationen auf dem Weltgipfel im September 2005 eine Zwischenbilanz des bisher Erreichten gezogen. Der wesentliche Erfolg des Millennium+5-Gipfels liegt vor allem in der neuen Dynamik, die sich während des Vorbereitungsprozesses entwickelt hat. Durch die Veröffentlichung einer Reihe von richtungweisenden Berichten und Strategiepapieren gewann die internationale Diskussion über Wege der MDG-Erreichung deutlich an Intensität. Dazu gehören etwa der Abschlussbericht des Millenniumprojekts der VN unter der Leitung von Jeffrey Sachs („Investing in Development“) und der Report der Commission for Africa („Our Common Interest“), die von Tony Blair eingesetzt worden war. Beide Berichte werden von deutscher Seite durchaus kritisch gesehen, da sie kurzfristig eine extreme Steigerung der Mittel für Entwicklungshilfe fordern und die Notwendigkeit interner Reformprozesse unterbewerten. In diesem Sinne ausgewogener argumentiert VN-Generalsekretär Kofi Annan, der in seinem Bericht „In Larger Freedom“ für eine Integration von Entwicklungs-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik plädiert und auch Fragen der Ökologie wieder stärker ins Zentrum rückt. >>>

AKTEURSPERSPEKTIVE

Die Europäische Union hat in Vorbereitung auf den Millennium+5-Gipfel ein Paket von Papieren erarbeitet, die darlegen, welche Schwerpunkte die europäische EZ zur Beschleunigung der MDG-Erreichung setzen wird. Neben der Steigerung der Mittel und Wirksamkeit der EZ, der Verbesserung der Kohärenz mit anderen Politikfeldern wie Handel, Umwelt und Landwirtschaft, hat die EU beschlossen, bei ihrer Unterstützung der weltweiten MDG-Erreichung einen besonderen regionalen Fokus auf Afrika zu legen. Mindestens 50% der vereinbarten zusätzlichen ODA-Mittel sollen für die Entwicklung Afrikas aufgewendet werden. Besondere Maßnahmen sind in den Bereichen Governance, Infrastruktur und Handel sowie Zugang zu sozialen Dienstleistungen vorgesehen. Besonders bemerkenswert ist die Verabschiedung eines Stufenplans, mit dem sich die EU verpflichtet, ihre ODA bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Auch die Vereinbarung beim G8-Gipfel in Gleneagles, mindestens 18 HIPC-Ländern ihre Schulden bei Weltbank, IWF und dem Afrikanischen Entwicklungsfonds zu erlassen, wäre ohne die MDGs und den öffentlichen Druck nicht zustande gekommen.

Der Gipfel selbst hat die Millenniums-Entwicklungsziele ausdrücklich bestätigt und die gemeinsame Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern für die Erreichung der Zielvorgaben betont. Damit haben sich erstmals auch die USA zu den MDGs bekannt. Darüber hinaus zeigt das Abschlussdokument auf, wie es jetzt weitergehen muss: Alle Entwicklungsländer haben sich verpflichtet, bis Ende 2006 umfassende nationale Strategien zur MDG-Erreichung vorzulegen. Im Hinblick auf die Entwicklungsagenda sind die Ergebnisse des Gipfels insgesamt als positiv zu werten; alle wesentlichen Punkte sind in der Erklärung enthalten. Darüber hinaus war das Paket an Themen, das Kofi Annan für den Gipfel geschnürt hat, jedoch zu groß, so dass wichtige Teile der VN-Reform verschoben werden mussten. Bedenklich ist außerdem, dass in der Vorbereitung der Abschlusserklärung wieder alte Gräben zwischen einigen Industrie- und Entwicklungsländern aufgebrochen sind. Die EU konnte schließlich erfolgreich zwischen der Seite, die vehement deutlich mehr Entwicklungshilfe forderte (Malaysia, Pakistan, China, Kuba), und den USA, die für eine stärkere Gewichtung der internen Reformen eintraten, vermitteln.

Millenniumserklärung, MDGs und der Weltgipfel in 2005 haben den Druck auf die deutsche Entwicklungspolitik deutlich erhöht. Auf politischer Ebene geht es nun darum, die Verpflichtungen aus dem ODA-Stufenplan der EU zu erfüllen und die Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,51% und bis 2015 auf 0,7% des BNE zu erhöhen. Das heißt für uns eine Verdopplung der Leistungen bis 2010 und eine Steigerung der Mittel von heute 6 Milliarden Euro auf 17 Milliarden in 2015. Weitere wichtige Handlungsfelder sind die WTO-Handelsrunde (hier hat sich die Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul erfolgreich für wichtige Initiativen, u.a. in den Bereichen Baumwolle und Zucker, eingesetzt), das Zusammenspiel zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik in bestehenden und künftigen Krisenfällen sowie das Zusammenwirken der Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungspolitik. Das Motto „EZ aus einem Guss“ muss stärker in der Realität umgesetzt werden. Auf operationaler Ebene gilt es insbesondere an den Punkten internationale Arbeitsteilung, Profilierung der deutschen EZ, Harmonisierung und Vereinfachung der Verfahren und Instrumente sowie Steigerung der Wirksamkeit der EZ weiterzuarbeiten. Zu all diesen Punkten muss sich auch die EU positionieren und Antworten auf folgende Fragen geben: Wie und von wem wird die Arbeitsteilung zwischen EU-Mitgliedsländern und EU-Kommission organisiert? Strebt man gemeinsame verbindliche Länderstrategien an? Wie tritt die EU im internationalen Dialog in VN und Weltbank auf? Besteht sie entsprechend aus 26 Gebern oder möchte sie mit einer Stimme sprechen? Zur Zeit wird intensiv an einer neuen politischen Grundlage gearbeitet – einem „europäischen Konsens zur Entwicklung“.

Zehn Jahre vor dem Jahr 2015 haben wir schon einiges erreicht, wichtige Weichen sind gestellt. Regierungen und zivilgesellschaftliche Akteure, internationale Entwicklungsorganisationen und die Privatwirtschaft sind gefordert, das zweifellos vorhandene Momentum zu erhalten und die Worte auf internationaler Ebene mit Wirkungen bei den Menschen vor Ort zu belegen. ☑

www.bmz.de

THEMENFELDER

Preserving Our Common Ground - The Rio Conventions' and the Bonn UN Secretariat's Contribution in Achieving Sustainable Development

By Hama Arba Diallo

I - The United Nations Convention to Combat Desertification (UNCCD)

In 1992, the United Nations Conference on Environment and Development (UNCED) recommended in chapter 12 of Agenda 21 that the United Nations General Assembly establish an Intergovernmental Negotiating Committee (INC) to elaborate a Convention to Combat Desertification in those Countries Experiencing Serious Drought and/or Desertification, particularly in Africa.

The UNCCD was adopted on 17 June 1994. It entered into force on 26 December 1996. As of today, the UNCCD has 191 Parties including one regional economic integration organization.

The UNCCD defines desertification as land degradation in arid, semi-arid and dry sub-humid areas, resulting from various factors including climatic variations and human activities.

Desertification affects the means of subsistence of more than a billion persons, one fifth of the world population. The economic losses resulting from desertification is estimated at US \$ 42 billion each year. The indirect cost may be greater. The causal chain that leads to desertification has been analysed at length and with different findings. The identified causes include drought and climate change, as well as over-cultivation, over-grazing, deforestation and poor irrigation practices. Some countries are concerned more directly, because of the effects of aridity and desertification processes on the natural resources that mainly sustain their populations.

In Africa for instance, 73 % of the region are moderately or seriously affected by desertification. In Asia, the phenomenon extends over 1.4 billion hectares. But the problem does not spare the other countries, for they are just as concerned through more indirectly, by the effects of desertification on the balances of the Global Ecosystem and by the economic and social repercussions.

Achieving the objective of the UNCCD will involve long-term integrated strategies that focus simultaneously in affected areas, on improved productivity of the land and the rehabilitation, conservation and sustainable management of land and other natural resources, leading to improved livelihoods, in particular at the community level.

The understanding of the multi-dimensional nature of desertification, and its global consequences, has steadily grown since the early days of the UNCCD. One of the main building blocks in this regard was the 2002 World Summit on Sustainable Development, which explicitly spelled out the linkage between poverty and desertification, and recognised the Convention as one of the instruments for poverty eradication. The fight against desertification is increasingly considered as an essential dimension of efforts to strengthen rural development, and thus to reduce rural poverty. >>>



THEMENFELDER

The World Summit held in 2005 in New York confirmed the important role the UNCCD is playing in the framework of the efforts of the International Community to achieve the targets of the Millennium Development Goals, particularly those related to poverty eradication and food security. The participating countries in the summit resolved to support and strengthen the implementation of the United Nations Convention to Combat Desertification.

II - The United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)

The international political response to climate change began with the adoption of the UNFCCC in 1992. The UNFCCC sets out a framework for action aimed at stabilizing atmospheric concentrations of greenhouse gases in order to avoid dangerous anthropogenic interference with the climate system. Controlled gases include methane, nitrous oxide and, especially, carbon dioxide.

The UNFCCC entered into force on 21 March 1994, and now has 189 Parties.

Climate change is considered as one of the most serious threats to sustainable development, with adverse impacts expected on human health, food security, natural resources, physical infrastructure and the environment.

III - The Convention on Biological Diversity (CBD)

The CBD, negotiated under the auspices of UNEP, was also opened for signature at the UNCED in Rio on 5 June 1992. It entered into force on 29 December 1993. To date 188 Parties have ratified the CBD. The main goals of the CBD are to promote the conservation of biological diversity, the sustainable use of its components, and the fair and equitable sharing of benefits arising from the use of genetic resources.

IV - Establishment of Synergies and Linkages among the Rio Conventions

In ecosystems characterized by land degradation, the National Action Programmes to combat desertification provide a useful basis for integrating synergistic measures, with UNFCCC and the CBD. Synergistic programmes with a territorial basis in the drylands are promoted through capacity building initiatives and they provide a more sustainable support for biodiversity protection, carbon sequestration, wetlands protection and other topics of interest for sustainable development.

In order to establish linkages and seek synergies in the implementation of the UN Convention on Biological Diversity and the UNCCD particularly at the national level, a joint programme of work between the two Conventions has been prepared.

The objective of this programme is to identify and develop applicable best management practices of biological diversity in dry and sub-humid lands, including knowledge, innovations and practices of indigenous and local communities.

When we consider the critical issues of the conservation and use of biodiversity of dryland areas, the key question that we need to reflect upon is: how would we enhance the capability of local populations, governments and organizations to arrest or reverse the trend of declining biological diversity? There is need for an effective response that combines resources and capacities from the two Conventions. For instance, we do realise that biodiversity loss in lands faced with the threat of desertification undermines the potential of the world to develop drought stress resistant and disease resistant species that could help to significantly improve world food production.

Progress in establishing key areas of collaboration with the UNFCCC has reached a stage where, through a series of consultative meetings, a number of issue areas have been identified where collaboration can be enhanced. These fall under the following: >>>

THEMENFELDER

- Methodological issues, such as adaptation strategies in countries of arid and semi-arid areas; land use, land-use change and forestry issues;
- Information systems; national profiles and national action programmes to combat desertification; Issues relating to national communications/national reports, including guidelines, assessments and reviews.

In the long term, the following are envisaged as results of closer collaboration between the three Rio conventions:

- A common assessment of the potential and the constraints of some key sectors, including forestry, in the respective agendas/strategies of the Rio conventions;
- Advice on possible tools for decision makers and stake-holders of the three Rio conventions that include steps towards the elaboration of appropriate decisions and programmes in some of those key sectors;
- Increase public awareness, particularly at the appropriate policy making levels in order to support better integration of biodiversity, climate change and desertification and drought issues in a holistic and coordinated manner into national development strategies and other relevant policy areas.

To address the issue of poverty eradication and achieve the millennium development goals, the international community needs to address land degradation in the dryland areas with a renewed determination.

It must do so within a broader framework that includes reference to a complex set of elements including sustainable land management, biological diversity, climate, as well as economic and social development. Furthermore, success in the above process necessarily depends upon, and requires, the full participation and awareness of the populations involved.

For the UNCCD Parties, the credibility of initiatives proposed to these stakeholders under various Multilateral Environmental Agreements (MEAs) depends on the capacity to present a package of measures adapted to drylands ecosystems and local needs.

V - The European Union Country Parties

Developed country Parties, primarily European Union member States, as cooperating partners, are encouraged to internalise the Convention in their own aid delivery process and they have been invited to adjust their own procedures for the delivery of programme resources in a manner deemed adequate to deliver their commitment as Parties to this instrument.

The European Union Member States have special responsibilities. Firstly, they are country Parties of the UNCCD and as such either affected themselves by Desertification (Annex 4 countries) or among the major partners of those affected developing countries. Their major obligations are defined in Article 6 of the Convention.

VI - International Year of Deserts and Desertification (IYDD)

The year 2006 is a very important year for the United Nations Convention to Combat Desertification. The General Assembly of the United Nations declared 2006 the "International Year of Deserts and Desertification", underlining its deep concern for the exacerbation of desertification, particularly in Africa, and duly noted its far-reaching implications for the implementation of the Millennium Development Goals (MDGs), in particular on poverty eradication and the protection of the biological diversity.

At the United Nations, we conceive the International Year of Deserts and Desertification as an enhanced opportunity to strengthen the visibility and importance of the drylands issue in the international environmental agenda. >>>

THEMENFELDER

In fact, it constitutes in our eyes, a unique opportunity to bring across the message of the people of the drylands to the world. A strong prospect to remind the international community of the immense challenges that still lay ahead of it in this strategic field and of the daily plight and commitment of the drylands' communities to the objectives of sustainable development.

VII - General Conclusion

Since the adoption of the UNCCD, the Secretariat has been involved in various activities aiming at promoting the Convention and facilitating the formulation and implementation phases of the CCD provisions, especially in the affected Developing country Parties.

Decision-makers and all relevant actors have been familiarized with the main objectives of the Convention and actions they could envisage in implementing the UNCCD.

Governments from all affected regions have attempted to integrate the provisions of the UNCCD in their development programmes.

In most affected developing country Parties, the Convention is seen as one of the most important tools, not only for combating desertification, but also to eradicate poverty.

The UNCCD combines development and environment protection, the economy and the ecology. It has the potential to meet the needs of the poorest and to empower local populations through participatory, bottom-up approach.

The UNCCD corresponds to many policies advocated by the international community such as a more decentralized and good governance of national resources, the improvement of the socio-economic conditions of lower income groups or the sound management of a common resource, which is the fertile topsoil that sustains agricultural productivity.

The action programmes to combat desertification cut across a range of critical areas highlighted in development strategies, such as sustainable agricultural farming systems, rangeland and development of fodder crops, agroforestry and soil conservation, development of renewable energy sources, integrated management of water resources.

Our aim remains to provide a reference for this important initiative of the United Nations. In that spirit, the Secretariat continues, at the request of the Governments, NGO's and other relevant actors, to make every necessary effort to foster the effective implementation of the Convention. ☑



www.unccd.int
www.iydd.org

THEMENFELDER

Globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung: Die Wirkungsmöglichkeiten von Global Players zur Förderung der MEZ

Von Monika Wulf-Mathies

Auch weltweit tätige Großunternehmen, so genannte „Global Players“, können bei der Verwirklichung der Millennium Development Goals eigenständig Verantwortung übernehmen. Menschen überall auf der Welt erwarten heute zu Recht von Unternehmen, dass sie sich nicht nur am Börsenwert und Shareholder Value orientieren, sondern dass sie auch einen ethischen Kompass haben, an dem sie ihr Handeln ausrichten.

Dazu gehört insbesondere, dass sie ihren Teil der Verantwortung für die Mitarbeiter und die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze, für die Umwelt und die Schonung unserer natürlichen Ressourcen sowie für die Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen wahrnehmen. Allerdings müssen Unternehmen zuerst Gewinne machen, um ihre Existenz dauerhaft zu sichern, denn dies ist sowohl die Grundlage für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für anständige Sozialleistungen als auch für gesellschaftliches und ökologisches Engagement.



Was bedeutet nachhaltige Unternehmenspolitik für einen Konzern wie Deutsche Post World Net, und welchen Beitrag können Unternehmen zur Verwirklichung der MDGs bzw. zur Unterstützung der VN wirklich leisten?

Die Erfahrung hat gezeigt, dass gesellschaftliches Engagement von Unternehmen um so glaubwürdiger und nachhaltiger ist, je mehr es sich auf freiwillige Aktivitäten der Beschäftigten stützen kann. Im Konzern Deutsche Post World Net¹ hat sich - nicht zuletzt durch gute Beispiele und Traditionen bei Danzas oder DHL - im Verlauf der vergangenen Jahre ein bunter Strauß von lokalen und regionalen Initiativen gebildet, in denen Beschäftigte sich in ihren Kommunen spontan und aus eigenem Antrieb engagieren; häufig zunächst allein und dann gefördert und ergänzt durch das Unternehmen.

Ein Schwerpunkt unseres Mitarbeiterengagements ist die internationale Katastrophenhilfe. Insbesondere im vergangenen Jahr, das in besonderem Maß die weltweite Hilfsbereitschaft herausgefordert hat, haben die Kolleginnen und Kollegen in bewundernswerter Weise aktiv Hilfe geleistet und mit ihrem Einsatz und ihrer Expertise Maßnahmen der internationalen Hilfsgemeinschaft unterstützt. >>>

¹ Der Konzern Deutsche Post World Net nimmt heute im Bereich Transport und Logistik den ersten Platz weltweit ein. Aus der ehemaligen staatlichen Behörde Deutsche Bundespost, die noch Anfang der 90er Jahre mit ihren vorwiegend nationalen Brief- und Paketdienstleistungen ein jährliches Defizit von mehr als 700 Mio. Euro eingefahren hat, ist heute ein börsennotierter, wirtschaftlich sehr erfolgreicher internationaler Konzern geworden. Wir sind in mehr als 220 Ländern und Territorien weltweit tätig, damit im wahrsten Sinne des Wortes global aufgestellt und beschäftigen nach der Übernahme des britischen Logistikers Exel, im Dezember letzten Jahres, 500.000 Mitarbeiter weltweit. Damit zählen wir auch im Weltmaßstab zu einem der größten Arbeitgeber. In Deutschland liegen wir jetzt noch vor DaimlerChrysler auf Platz 1. 2004 erwirtschafteten wir weltweit einen Gesamtumsatz von rund 43 Mrd. Euro. Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit lag bei rund 3,4 Mrd. Euro. Über 50 % unserer Umsätze werden bereits außerhalb Deutschlands generiert. Zum Global Player wurde DPWN durch die wichtigsten Übernahmen von Danzas (1999), DHL (2002), Airborne Express (2003), Exel (2005) und BHW (2005). Gleichzeitig aber ist und bleibt unser Geschäft lokal verankert.

THEMENFELDER

So haben bspw. nach dem Tsunami in Südasien, nach dem Hurrikan Katrina in den USA und dem Erdbeben in Nordpakistan Freiwillige des Konzerns in speziell ausgebildeten Logistik-Teams auf den Flughäfen der betroffenen Regionen das Management der eintreffenden Hilfsgüter übernommen. Dadurch wurde gewährleistet, dass der Betrieb der oftmals überforderten Flughäfen nicht zusammenbrach bzw. dass es nicht zu logistischen Engpässen kam. Eine besondere Herausforderung stellte das Erdbeben in Pakistan im Herbst letzten Jahres dar. Die freiwilligen Helfer standen vor der gewaltigen Aufgabe, etwa 9.000 Tonnen Hilfsgüter zu sortieren und zu verteilen. Die besonderen geographischen Gegebenheiten in Pakistan, insbesondere der Transport der Hilfsgüter zu den unzugänglichen Bergregionen, verlangten nach speziellen Lösungen. Unsere Experten haben deshalb die so genannten „Speedballs“ aus DHL Versandsäcken entwickelt, die den Widrigkeiten des Wetters widerstehen und auch beim Abwurf nicht zerbersten. Über 500 dieser DHL-„Speedballs“, die etwa sieben Personen rund zehn Tage versorgen können, wurden in Nordpakistan in den ersten Wochen täglich verteilt.

Ein zweites Schwerpunktthema, das von vielen lokalen und regionalen Initiativen getragen wird, ist die Hilfe für Not leidende Kinder und Jugendliche, wobei die Bereiche Gesundheit und Bildung im Mittelpunkt stehen. So unterstützen z.B. die Mitarbeiter von DHL Brasilien ein humanitäres Projekt in Sao Paulo, das Hunderte von Kindern, aber auch ältere Menschen mit Lebensmitteln versorgt. DHL Nigeria unterstützt UNICEF beim Wiederaufbau von Schulen, und die Mitarbeiter von DHL Singapur setzen sich für krebskranke Kinder ein. Das gesellschaftliche Engagement vor Ort hilft nicht nur unmittelbare Not zu lindern, es ist oft auch ein Beitrag zum Aufbau wirtschaftlicher Strukturen und zur Förderung von Handel und Entwicklung.

Ein noch sehr junges Projekt ist die Beteiligung des Konzerns am Aufbau einer Medikamenten-Fabrik in Afghanistan, die ab Mitte 2006 Generika, also so genannte „Nachahmer-Präparate“, für die afghanische Bevölkerung und besonders für Kinder herstellen wird. Ziel ist es, die Kindersterblichkeit unter fünf Jahren durch oftmals behandelbare Infektionskrankheiten zu reduzieren, eine Selbstversorgung mit bestimmten Medikamenten sicher zu stellen und den Aufbau von wirtschaftlichen Aktivitäten und Know-how in Afghanistan zu fördern.

Der Zentralbereich Politik und Nachhaltigkeit der DPWN hat diese zahlreichen lokalen Initiativen aufgegriffen, sie verdichtet und auf der Basis des siebten Konzernwertes „gesellschaftliche Verantwortung übernehmen“ in eine Gesamtstrategie integriert.

Ausgangspunkt für die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung ist unsere Kernkompetenz. Wir helfen mit dem, was wir am besten können: mit unserer Fähigkeit, logistische Prozesse optimal zu organisieren. Durch unsere lokalen Transportstrukturen und unsere flexiblen Expertenteams sind wir in der Lage, unmittelbar nach Ausbruch einer Katastrophe Strukturen aufzubauen, die sicher stellen, dass Hilfsgüter zielgenau und schnell zu den Betroffenen gelangen, so dass Menschenleben gerettet werden können und die Wirksamkeit der gemeinsamen Anstrengungen erhöht wird.

Deutsche Post World Net hat zu diesem Zweck im Dezember 2005 eine Partnerschaft mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, UNDP, und dem UN-Büro für Nothilfeoordination, OCHA, begründet. Dieses Engagement dient dem Ziel, internationale Katastrophenhilfe und den Katastrophenschutz der VN durch Know-how, durch logistische Kernkompetenzen und effizientes Projektmanagement zu verbessern. Es ist zugleich ein Beitrag zum 8. Millennium Development Goal, das die Förderung einer globalen Entwicklungspartnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und dem Privatsektor fordert. Wichtig für diese Partnerschaft ist, dass der Konzern nicht nur finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, sondern mit seinen Mitarbeitern aktiver Teil des Netzwerkes ist. Ein wesentliches Ziel der Partnerschaft ist es, bis Ende des Jahres 2006 ein weltumspannendes Netz an so genannten Disaster Response Teams zu etablieren, die nach einer Naturkatastrophe die Logistik an Flughäfen der betroffenen Regionen übernehmen. >>>

THEMENFELDER

Das erste dieser Teams wird noch im Frühjahr 2006 in Singapur aufgebaut. Zwei weitere Teams, die die Regionen Mittlerer Osten/Afrika und Lateinamerika/Karibik abdecken, sollen bis Ende 2006 folgen. Neben der akuten Katastrophenhilfe wollen wir uns aber auch gemeinsam mit den Vereinten Nationen für eine bessere Vorbereitung der regionalen und kommunalen Institutionen sowie der Hilfsorganisationen in gefährdeten Gebieten einsetzen. Die Stärkung der „disaster preparedness“ soll dazu beitragen, dass im Fall von Naturkatastrophen die Konsequenzen für die Bevölkerung abgemildert werden und Hilfsmaßnahmen schneller und effizienter erfolgen.

So wichtig solche Anstrengungen zur Prävention auch sind, langfristig werden wir den Menschen in den Katastrophengebieten dieser Welt nur wirklich helfen können, wenn wir die Probleme an den Wurzeln anpacken. Auch wenn wir auf Hilfe und Prävention setzen, so heißt das nicht, dass wir uns nicht auch mit Hunger und Armut, mit Bekämpfung der Kindersterblichkeit und Krankheiten, mit Erziehung und Bildung, mit Klimaschutz und dem schonenden Umgang mit Ressourcen beschäftigen. Als internationaler Transportkonzern sind wir uns auch den Belastungen bewusst, die von unserer Geschäftstätigkeit für Klima und Umwelt ausgehen. Deshalb bemühen wir uns, die Abhängigkeit von fossilen Energien zu mindern, uns als Innovationsführer im Bereich Klimaschutz zu positionieren, neue Produkte zu entwickeln und damit unseren Unternehmenserfolg langfristig zu sichern, ohne Möglichkeiten und Chancen künftiger Generationen zu gefährden.

Mit einem Fuhrpark allein in Deutschland von mehr als 58.000 Fahrzeugen - weltweit ist es ein Vielfaches - arbeiten wir daran, unsere Dienstleistungen mit dichtmaschigen Netzwerken so ökoeffizient wie möglich anzubieten. Durch die Integration der Logistiknetze von Deutsche Post, DHL und Danzas wurde es zudem möglich, Parallelstrukturen zu reduzieren, unnötige Fahrten und damit zugleich auch ineffiziente Transporte zu vermeiden. Wir investieren in Erdgas- und Biogasfahrzeuge und testen den Betrieb von Hybridfahrzeugen in den USA, um nur ein paar wenige Beispiele zu nennen.

Es gibt viele Möglichkeiten für Unternehmen, sich für die Millennium Development Goals zu engagieren. Besonders erfolgreich wird ein solches Engagement immer dann sein, wenn damit auch gleichzeitig Unternehmensziele, wie Sicherung der Kernkompetenz, Attraktivität als Arbeitgeber, Positive Ratings und gesellschaftliche Anerkennung verbunden werden können.

Bislang sind Partnerschaften zwischen der Wirtschaft und den Vereinten Nationen noch keine Selbstverständlichkeit. Sie werden erschwert durch unterschiedliche Business-Kulturen und durch die Komplexität der VN-Organisation.

Ich hoffe, dass die Bereitschaft auf beiden Seiten auch in Zukunft weiter wächst, ausgetretene Pfade zu verlassen, voneinander zu lernen und die Zusammenarbeit zwischen dem System der Vereinten Nationen und der Industrie zu intensivieren. Die Vorteile liegen für beide Seiten auf der Hand. Unternehmen gewinnen Werteorientierung und Legitimation, die Vereinten Nationen können ihre Managementfähigkeiten und die Effizienz ihres Handelns steigern. Eine derartige Partnerschaft führt daher zu einer win-win-Situation für beide Seiten und kann zur Lösung globaler Herausforderungen beitragen. Die Deutsche Post World Net will mit ihrer Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen hierfür den Beweis antreten - trotz aller Hindernisse und Stolpersteine, denen sich ein solches Vorgehen gegenübersteht. ☑



Das Airport Emergency Team während des Einsatzes in Pakistan nach dem verheerenden Erdbeben im Herbst 2005 und die Speedballs im Hintergrund.

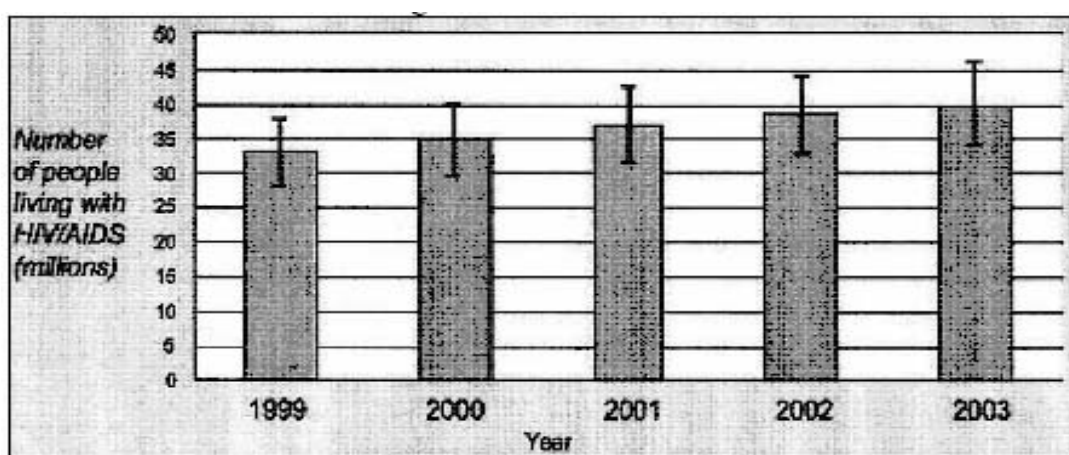
THEMENFELDER

HIV-Aids - Die MEZ und ihre Zielvorgaben

Von Solvay Gerke



Seit über 20 Jahren breitet sich die HIV-Aids-Pandemie weltweit immer weiter aus¹ und hinterlässt verheerende Schäden (Abb. 1). HIV-Aids ist gegenwärtig eine der größten Bedrohungen für die Entwicklungsmöglichkeiten der Entwicklungs- und Schwellenländer und wird zahlreiche Erfolg versprechende Ansätze zunichte machen, wenn es nicht gelingt, HIV-Aids erfolgreich einzudämmen. Heute leben 40 Mio. Menschen mit der Krankheit und die Zahl der Neuinfektionen mit HIV lag 2004 mit fünf Millionen Menschen sehr hoch. In der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen ist als internationales Entwicklungsziel politisch festgeschrieben worden, dass bis zum Jahr 2015 die Ausbreitung von HIV-Aids zum Stillstand gebracht und der Trend allmählich umgekehrt werden soll. Dabei ist zu bemerken, dass die Internationale Gemeinschaft HIV-Aids inzwischen als eine vorrangig gesellschaftspolitische Herausforderung versteht und nicht mehr nur als ein spezifisch gesundheitliches Problem.



Quelle: AIDS epidemic update 2003

Abbildung 1: Anstieg der HIV-Infizierten von 1999-2003

Nachdem das HI-Virus in Zentralafrika im Jahr 1930 zum ersten Mal aufgetreten ist, gehören heute die Gebiete südlich der Sahara zu den am stärksten von der Epidemie betroffenen, gefolgt von Süd-Asien und Südostasien. Seit neuestem sind auch in Osteuropa Steigerungsraten von HIV-Infizierten und Aids-Kranken zu verzeichnen. Somit leben mehr als 95 % der Menschen mit HIV-Aids in Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern. Aids ist in vielen dieser Länder zur häufigsten Todesursache von Erwachsenen im reproduktiven Alter von 15-49 Jahren geworden. Speziell ärmere Bevölkerungsgruppen sind gefährdet und in diesen insbesondere Frauen, Jugendliche und Kinder. Ihr Risiko zu verarmen oder in noch größere Verarmung zu geraten, steigt durch die Folgen der Krankheit beträchtlich an. Die Bekämpfung von HIV-Aids steht damit in einem direkten Zusammenhang zum Erfolg in der Armutsminderung und ist ein wichtiges Element zur Armutsbekämpfung. >>>

¹ Die folgenden Ausführungen basieren im Wesentlichen auf folgender Literatur:

Schaaber, Jörg, 2005, Keine Medikamente für die Armen? Frankfurt/Main: Mabuse Verlag; www.unaids.org (UNAIDS Homepage); <http://www.un.org/millenniumgoals/> (UN Millennium Development Goals); www.unaids.org/wad2004/report.html (AIDS Epidemic Update 2004); www.aids-kampagne.de/ (Aktionsbündnis gegen Aids); www.who.int/hiv/facts/en/ (WHO); www.who.int/3by5/en/ (WHO 3 by 5 Initiative).

THEMENFELDER

Die Häufigkeit von Aids und HIV ist, wie die folgende Tabelle zeigt (Abb. 2), global sehr ungleichmäßig verteilt, und arme Länder sind besonders stark betroffen. Über 95 % der HIV-Infizierten leben laut UNICEF in der Dritten Welt. Dort finden wir auch die meisten Neuinfektionen, und die Perspektive für diese Länder sieht düster aus: Ohne wirkungsvolle Maßnahmen werden sich bis 2010 weitere 45 Millionen Menschen mit HIV anstecken.

	Menschen, die mit HIV leben	Neu Infizierte 2004	Sterbefälle 2004	Verbreitung HIV unter Erwachsenen
Afrika südlich der Sahara	25,4 Mio.	3,1 Mio.	2,3 Mio.	7.4%
Asien	8,2 Mio.	1,2 Mio.	540,000	0.4%
Lateinamerika	1,7 Mio.	240,000	95,000	0.6%
Nordamerika & West- u. Mitteleuropa	1,6 Mio.	64,000	23,000	0.4%
Osteuropa & Zentralasien	1,4 Mio.	210,000	60,000	0.8%
Mittlerer Osten und Nordafrika	540,000	92,000	28,000	0.3%
Karibik	440,000	53,000	36,000	2.3%
Ozeanien	35,000	5,000	700	0.2%
TOTAL	39,4 Mio.	4,9 Mio.	3,1 Mio.	1.1%

Abbildung 2: Quelle: www.unaids.org / Global Fact Sheet 24-27/07/2005

ANTI RETROVIRALE THERAPIE

Seit 1996 gibt es antiretrovirale Medikamente, die den Gesundheitszustand von HIV-Infizierten verbessern und die Überlebensdauer der Menschen erheblich verlängern können. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erhielten im Juni 2005 nur 15 % der Behandlungsbedürftigen in der Dritten Welt eine antiretrovirale Therapie.

Nach wenig erfolgreichen Anfangszeiten in der Behandlung mit antiretroviralen Medikamenten setzte sich ab 1996 die so genannte Triple-Therapie mit drei unterschiedlichen Wirkstoffen durch, die die Überlebenszeiten und den Gesundheitszustand der Aidspatienten drastisch verbesserte. Mit dazu beigetragen hat außerdem die zunehmend erfolgreiche Behandlung opportunistischer Infektionen. Heute gilt die Triple-Therapie als Standard. Allerdings erhalten nur etwa 12 % der HIV-Infizierten in Schwellen- und Entwicklungsländern die lebensnotwendigen antiretroviralen Medikamente (Abb.3).

Zugang zu antiretroviralen Medikamenten in der Dritten Welt: Juni 2005			
Region	In Behandlung ARV Therapie	Behandlung benötigen	Abdeckung
Sub-Sahara Afrika	500 000	4 700 000	11%
Latein Amerika und Karibik	290 000	465 000	62%
Ost, Süd und Südost Asien	155 000	1 100 000	14%
Europa und Zentral Asien	20 000	160 000	13%
Nord Afrika und der Mittlere Osten	4 000	75 000	5%
Summe	970 000	6.5 Millionen	15%

Abbildung 3: Quelle: <http://www.who.int/hiv/facts/en>

THEMENFELDER

Dabei haben diese Medikamente in den Industrieländern seit 1996 die Aidsbedingten Todesfälle um bis zu 70 % reduziert. Nationales Patentrecht behindert aber weiterhin den Zugang zu antiretroviralen Medikamenten. Die Therapiekosten pro Person sind von Land zu Land sehr unterschiedlich und umfassen auch die Kosten für Pflege, für die Ausbildung des medizinischen Personals, für Krankenhausaufenthalte auch durch Folgekrankheiten usw. Und gerade hier stoßen viele Entwicklungsländer an ihre Grenzen, da sie ohnehin schon schwache Gesundheitssysteme haben und es große regionale Unterschiede in der medizinischen Versorgungssituation in den jeweiligen Ländern gibt. Außerdem haben viele Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sozialen Stellung, ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer Bildung fast keinen Zugang zu medizinischer Versorgung oder/und Vorbeugung.

ZUGANG ZU MEDIKAMENTEN

Schon 1986, zu einem Zeitpunkt, als keineswegs unumstritten war, ob Aids überhaupt eine hohe Priorität in der Bekämpfung bekommen müsse, begann die WHO, eine Strategie zur Bekämpfung von Aids zu entwickeln. Am 23. Mai 1991 kamen auf Einladung des damaligen WHO-Generaldirektors Nakajima die Direktoren und Vorstände von 18 großen Pharmafirmen nach Genf. Der WHO-Generaldirektor machte den Firmenvertretern das Ausmaß der drohenden Epidemie deutlich, und die Gespräche bei der WHO sollten zwei Jahre dauern. Aber schon bald wurde klar, dass die Industrie nicht bereit war, Preissenkungen zu erwägen. Stattdessen sollten nach Auffassungen der Firmen die Regierungen der betroffenen Länder die Kosten tragen. Die Treffen zwischen Pharmaindustrie und WHO endeten 1993 ergebnislos.

Die Programme zur Aids-Bekämpfung Anfang der neunziger Jahre blieben unzureichend und unzulänglich, und erst mit der Gründung von UNAIDS 1996 sollte sich dies ändern. Seitdem wurde die Bekämpfung der Krankheit zu einer internationalen Priorität, und die sozioökonomischen Ursachen der Epidemie rückten in den Vordergrund. Dieses Wissen floss auch in die Programme zur Aids-Prävention ein. Es führte aber kaum zur verstärkten Anstrengung in der globalen Armutsbekämpfung, obwohl Armut ein wesentlicher Faktor für die schnelle Ausbreitung der Epidemie war und als solcher erkannt wurde. Die Gründung von UNAIDS führte zu einer erheblichen Verstärkung der Entwicklungshilfe, vor allem für Präventionsmaßnahmen.

Bereits 1997 kam eine WHO-Konferenz zu dem Entschluss, dass die Behandlung vieler Patienten mit antiretroviralen Medikamenten möglich sei, wobei eindeutige Behandlungsrichtlinien gefordert und gemeinsam von der WHO und UNAIDS entwickelt wurden. Es war Konsens, dass die Behandlung nur innerhalb einer funktionierenden Infrastruktur Sinn mache, aber als größtes Hindernis wurden zu diesem Zeitpunkt die extrem hohen Preise genannt. Allerdings trat im Jahr 1995 der TRIPs-Vertrag als Bestandteil der neu geschaffenen Welthandelsorganisation WTO in Kraft. TRIPs regelt den Schutz von geistigen Eigentumsrechten. Das bedeutet, dass alle WTO-Mitgliedsstaaten einen zwanzigjährigen Patentschutz auf alle Arzneimittel einführen müssen. Auf der Weltgesundheitsversammlung 1999 erhielt die WHO gegen den Widerstand vor allem der USA den Auftrag sich um Preistransparenz für Arzneimittel zu bemühen, sowie ein erweitertes Mandat, die Auswirkung von TRIPs auf die Gesundheit zu untersuchen.

Auf einer Sondervollversammlung im Juni 2001 widmeten sich die Vereinten Nationen ausschließlich dem Thema Aids. Die Forderung nach Zugang zur Behandlung für die Betroffenen in der Dritten Welt wird als berechtigt anerkannt. Und zur Finanzierung wird der „Global Fund Against Aids, Tuberculosis and Malaria“ gegründet. Im November 2001 beschließt die WTO-Ministerkonferenz in Bora auch aufgrund des massiven Drucks der Dritten Welt, von NGOs und der Weltöffentlichkeit, dass Gesundheit Vorrang vor Handelsinteressen habe. Damit gilt das Recht von Ländern, Zwangslizenzen auf Medikamente zu erteilen, die für die Gesundheitsversorgung wichtig sind, als gesichert. Die Möglichkeiten zum Import billiger Arzneimittel ohne eigene Pharmaproduktion sollten bis Ende 2002 geregelt werden. >>>

THEMENFELDER



Die WHO hat sich längst an die Spitze der Befürworter des Einsatzes von antiretroviralen Medikamenten gesetzt. 2002 nahm sie elf antiretrovirale Medikamente in die Liste unentbehrlicher Arzneimittel auf, und die Behandlungsleitlinien für die entsprechende Therapie in armen Ländern wurden erstellt. Am 1. Dezember 2003 verkündete die WHO einen detaillierten Operationsplan, „Three by Five“, mit dem Ziel, bis 2005 drei Millionen Menschen den Zugang zu antiretroviralen Medikamenten zu verschaffen. Das ist etwa die Hälfte der Menschen, die diese Medikamente benötigen, aber bisher keine erhalten.

Wie bereits erwähnt, bemühte sich die Weltgesundheitsorganisation schon früh um Preissenkungen für Arzneimittel. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Generika-Politik, d. h. die Beschaffung und Verschreibung von Arzneimitteln unter ihrem Wirkstoffnamen. Mit Gründung der WTO im Jahr 1994 wurde die Globalisierung von Patenten durchgesetzt; wichtige Arzneimittel gegen Aids, Malaria, Tuberkulose und andere in der Dritten Welt häufige Krankheiten unterlagen dem Patentschutz. Deshalb war das Konzept, Arzneimittel preiswert von Generika-Anbietern zu beziehen, gefährdet. Das WHO-Sekretariat war bereit zu handeln, aber dafür brauchte es den Auftrag der Mitgliedstaaten, und dieser war aufgrund der unterschiedlichen Interessen von Arzneimittel produzierenden Ländern und der Dritten Welt keineswegs gesichert.

Mit der Gründung eines gemeinsamen VN-Programms gegen Aids im Jahr 1996 wurde die Bekämpfung der Krankheit zu einer internationalen Priorität, und diese Organisation bündelte nicht nur das Wissen und die Methoden der Krankheitsbekämpfung, sie führte auch zu einer erheblichen internationalen Ressourcensteigerung vor allem für Präventionsmaßnahmen. Eine ernsthafte politische Auseinandersetzung mit Aids begannen die Vereinten Nationen auf ihrer Generalversammlung im September 2000. Dort wurden die United Nations Millennium Development Goals verabschiedet. Die VN beschloss, die Epidemie bis 2015 zu stoppen und eine Umkehr des Trends zu erreichen. Die Europäische Union hat in der Frage des Medikamentenzugangs lange die Position der einheimischen Pharmaindustrie vertreten. Das lässt sich am konkreten Verhalten der EU in Konflikten um Zwangslizenzen erkennen. Ein Wandel der Position der EU begann Ende 2000. Im Februar 2001 verabschiedete die EU ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose als Teil der Armutsbekämpfung. Dabei wurden potentielle Konflikte mit TRIPs als Problem genannt. Das europäische Parlament beschloss im gleichen Jahr eine Resolution zum Vorrang von Gesundheit bei TRIPs. Dieser Entschluss des Parlaments führte auch zu einer Veränderung der Politik der EU-Kommission, die vorher sehr Industrie freundlich gewesen war. In der Folge gab die Kommission den Widerstand gegen Zwangslizenzen auf.

FAZIT

Hohe Medikamentenpreise sind ein Grundproblem bei der Versorgung der armen Länder mit antiretroviralen Medikamenten. Die Konfliktlinien bei der Durchsetzung eines besseren Zugangs zu Medikamenten verliefen eindeutig zwischen armen Ländern und reichen Ländern mit großer Pharmaindustrie. Die WTO räumte der Dritten Welt nur nach heftigen Auseinandersetzungen bessere Bedingungen ein. Den UN-Organisationen kamen unterschiedliche Rollen zu. Die WHO profilierte sich schon früh als Interessenwahrer einer gerechten Gesundheitsversorgung. UNAIDS hielt sich in der Frage der Medikamentenpreise lange zurück und setzte dann verstärkt auf freiwillige Vereinbarungen zwischen Regierungen und Pharmaindustrie. Die Vereinten Nationen entdeckten AIDS und den Medikamentenzugang erst im Jahr 2000 als wichtiges Thema, initiierten dann aber Schritte zu einer globalen Antwort und vor allem zu einer besseren Finanzierung der Gesundheitsversorgung in armen Ländern. Eine Schlüsselrolle in den Auseinandersetzungen spielen NGOs, die entscheidend zur Wissensfindung in den komplexen Strukturen der Preisgestaltung von Arzneimitteln und den Folgen internationaler Verträge beitrugen und das Thema öffentlich machten. ☑

THEMENFELDER

HIV/AIDS im Rahmen der MEZ: eine Zwischenbilanz

Von Thomas Kirsch-Woik



Die weltweite Ausbreitung von HIV¹/AIDS² hat mittlerweile Dimensionen erreicht, welche die Krankheit zu einem zentralen Entwicklungshemmnis für viele arme Länder der Welt macht. Die sozialen und ökonomischen Folgen von HIV/AIDS machen viele Entwicklungsanstrengungen der vergangenen Jahre zunichte. Zugleich begünstigt Armut eine weitere Verbreitung des HI-Virus.

Die globale HIV/AIDS-Epidemie - aktuelle Situation und Trends

Nach Angaben von UNAIDS/WHO (2005: 2) erreicht die Zahl der weltweit HIV-infizierten Menschen Ende des Jahres 2005 ihr bisher höchstes Niveau. So leben Schätzungen zufolge 40,3 Mio. Menschen mit dem HI-Virus. Unter diese Zahl fallen ebenso die nahezu 5 Mio. Neuinfektionen des Jahres 2005. Trotz des in der jüngsten Zeit verbesserten Zugangs zu antiretroviraler Behandlung und Versorgung in zahlreichen Regionen der Welt starben im Jahr 2005 3,1 Mio. Menschen, darunter mehr als eine halbe Mio. (570.000) Kinder, an den Folgen von AIDS.

Die Zahl der mit dem HI-Virus infizierten Menschen ist im Vergleich zum Jahr 2003 mit Ausnahme der Karibik, wo die Zahlen konstant geblieben sind, in allen Regionen der Welt gestiegen (vgl. UNAIDS/WHO 2005: 2). Sub-Sahara-Afrika bleibt mit ca. 25,8 Mio. weiterhin die am stärksten von HIV/AIDS betroffene Region der Welt. Zwei Drittel aller HIV-Positiven leben in dieser Region. Alarmierend sind auch die Entwicklungen in Osteuropa, Zentralasien und Ostasien, wo sich die Epidemien immer mehr ausbreiten (vgl. ebd.). So ist nach Schätzungen von UNAIDS/WHO (2005: 2) die Zahl der HIV-Infizierten in den letzten zwei Jahren in dieser Region um ein Viertel auf 1,6 Mio. gestiegen und hat sich die Zahl der AIDS-Toten fast verdoppelt. In Ostasien stieg die Zahl der HIV-positiven Menschen im Vergleich zum Jahr 2003 um ein Fünftel auf ca. 870.000.

Der aktuelle Bericht von UNAIDS/WHO zeigt darüber hinaus, dass sich der Trend des Anstiegs des Anteils der mit dem HI-Virus infizierten Frauen noch verstärkt hat. So leben heute weltweit ca. 17,5 Mio. Frauen mit dem HI-Virus - 1 Mio. Frauen mehr als zwei Jahre zuvor (vgl. ebd.). Allein 13,5 Mio. Frauen - 77% aller weiblichen HIV-Infizierten - leben in Sub-Sahara-Afrika. Die Tendenz der „Feminisierung der Epidemie“ ist bereits in anderen Regionen spürbar.

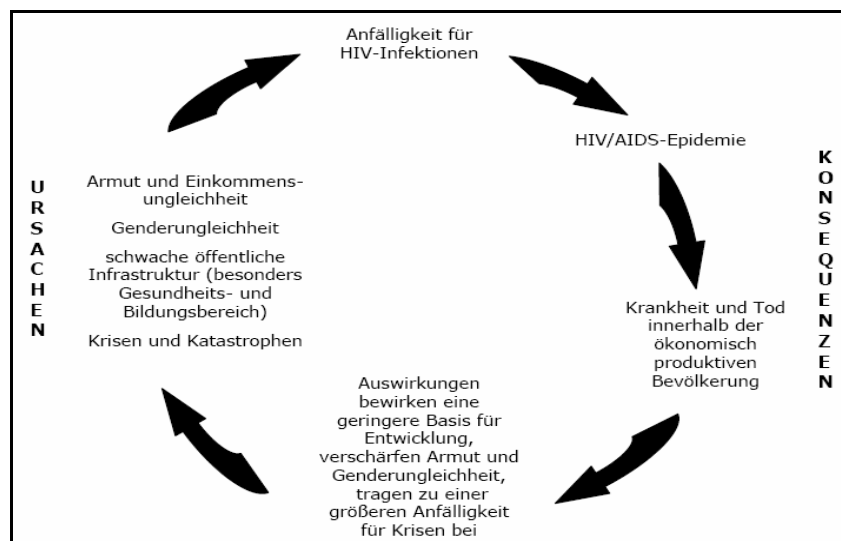
HIV/AIDS als Entwicklungshemmnis - Ursachen und Auswirkungen

Neben den zuvor dargestellten Differenzen hinsichtlich der regionalen Ausbreitung von HIV/AIDS existieren ebenso große Unterschiede innerhalb der Gesellschaft. So gibt es Faktoren sowohl biologischer als auch sozioökonomischer Natur, welche die Verbreitung des HI-Virus bestimmen, wie beispielsweise biologische Unterschiede im Hinblick auf die Infektionsgefahr für beide Geschlechter, Mobilität z. B. aufgrund von Wanderarbeit, Bildungsstand oder Genderungleichheiten sowie Kultur und Religion. Die Art der Regierungsführung sowie die finanzielle Situation des Landes und die Einkommensverteilung beeinflussen darüber hinaus im positiven oder negativen Sinne maßgeblich die Verbreitung von HIV in einem Land oder einer Region. HIV/AIDS erfährt also dort eine schnelle Ausbreitung, wo Faktoren von Unterentwicklung - Armut, Geschlechterungleichheit und eine schwache öffentliche Infrastruktur - bestehen. Dieses wechselseitige Wirkungsgeflecht zwischen HIV/AIDS und Armut wird in der folgenden Grafik veranschaulicht. >>>

¹ Human Immunodeficiency Virus ² Acquired Immune Deficiency Syndrom

THEMENFELDER

Grafik 1: Soziale, ökonomische und politische Ursachen und Konsequenzen von HIV/AIDS:



Quelle: veränderte Darstellung nach HOLDEN 2004: 7.

HIV/AIDS als Entwicklungshemmnis - Herausforderungen für die betroffenen Gesellschaften und die internationale Gemeinschaft

In der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen wurde als ein wesentliches internationales Entwicklungsziel (MDG) verabschiedet, dass bis zum Jahr 2015 die Ausbreitung von HIV/AIDS zum Stillstand gebracht und der Trend allmählich umgekehrt werden soll. Darüber hinaus sind jedoch auch die anderen MDGs - Armut, Bildung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Reduzierung der Kindersterblichkeit, Müttergesundheit und globale Partnerschaften (hier in Bezug auf billige Generika) - indirekt relevant, da sie in einem engen Zusammenhang mit der HIV/AIDS-Krise im Hinblick auf Ursachen und Auswirkungen stehen.

Um die notwendige Finanzierung der Programme zur Eindämmung von HIV/AIDS zu finanzieren, sind die weltweit bereitgestellten Gelder für die HIV/AIDS-Bekämpfung von rund 2,1 Milliarden US\$ (2001) auf rund 8 Milliarden US\$ in 2005 angestiegen, wodurch sich die Zugangsmöglichkeiten zu Prävention und Behandlung merklich verbessert haben (vgl. UNAIDS/WHO 2004 und UNAIDS 2005). Ein Großteil dieser Mittel wird inzwischen über den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) abgewickelt. Dennoch decken sowohl die zur Verfügung gestellten Gelder als auch die eingeleiteten Maßnahmen bei weitem nicht die Bedürfnisse zur weltweiten Eindämmung von HIV/AIDS.

Außerdem verhindern Kapazitäts- und Kompetenzprobleme bei der Implementierung der Maßnahmen in vielen Entwicklungsländern sowie die Koordination der vielen Akteure in diesem Feld die schnelle Ausweitung der Programme. Trotzdem hat das verstärkte Engagement der internationalen Gemeinschaft zusammen mit den betroffenen Regierungen und der Zivilgesellschaft erste Erfolge gezeigt. So konnten beispielsweise in Uganda und Thailand die Neuinfektionen innerhalb der jungen Altersgruppe (15-24 Jahre) reduziert werden. Auch der weltweite Zugang zu Behandlung von AIDS verbesserte sich besonders in den letzten Jahren enorm. Dennoch haben in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen nur 12 % der Menschen, die antiretrovirale Therapie (ART) bräuchten, Zugang zu dieser. >>>

THEMENFELDER

Die Erfolgsaussichten zur Umkehr der Verbreitung von HIV/AIDS und des universellen Zugangs zur AIDS-Therapie bis zum Jahre 2015 werden trotz aller Bemühungen kritisch eingeschätzt, da die Vielzahl der sozioökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren, die zur Ausbreitung beitragen, sich nur in einem langjährigen Prozess ändern werden. Außerdem sind hierfür umfassende, langjährige multisektorale Programme unter Einbeziehung von Betroffenen und Maßnahmen gegen Stigma und Diskriminierung statt punktueller, nur auf einen Aspekt fokussierter Interventionen erforderlich (vgl. HOLDEN 2003: 8).

Der deutsche Beitrag zur HIV/AIDS-Bekämpfung in Entwicklungsländern

Die deutsche Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit (EZ) unterstützt die Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele mit einer Vielzahl von Interventionen. Insgesamt stellt die deutsche Bundesregierung bi- und multilateral rund 300 Mio. Euro pro Jahr für die HIV/AIDS-Bekämpfung zur Verfügung. Auf multilateraler Ebene unterstützt sie durch finanzielle Beiträge zu GFATM, Weltbank und EU die Bekämpfung von HIV/AIDS. Auf bilateraler Ebene besteht der deutsche Beitrag in Aufklärungskampagnen, Programmen zur sozialen Vermarktung von Kondomen, in der Unterstützung der Entwicklungsländer beim Aufbau des Gesundheitswesens, im politischen Dialog mit Partnern und internationalen Organisationen sowie in neuen Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Zudem unterstützt die deutsche EZ den Aufbau von HIV/AIDS-Arbeitsplatzprogrammen und Maßnahmen zur Verhinderung der Mutter-Kind-Übertragung von HIV. Die Umsetzung dieser bilateralen Maßnahmen wird überwiegend durch die staatlichen Durchführungsorganisationen Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unterstützt. ☑

Referenzen:

HOLDEN, Sue (2003): AIDS on the Agenda. Oxfam GB, London.

UNAIDS (2005): Resource needs for an expanded response to AIDS in low- and middle income countries. Geneva.

UNAIDS/WHO (2004): AIDS epidemic update. Geneva.

UNAIDS/WHO (2005): AIDS epidemic update. Geneva.



www.gtz.de

THEMENFELDER

The Relevance of Information and Communication Technologies

By Ramesh Jaura

The relevance and role of ICTs in development would appear quite logical in our world of today. But it was only in the late 1990s that the link between ICTs and development was adequately recognised. A new term - the digital divide - came into being and it became popular among concerned parties, such as scholars, policy makers, and advocacy groups.

Though the critical role of ICTs in development was increasingly recognised, it was only four years ago that the international community highlighted the significance of the issue. The Human Development Report 2001 was devoted to new technologies and global development. (The Human Development Reports, known as HDRs, are authored by independent experts but commissioned by the United Nations Development Programme (UNDP). The first HDR appeared in 1990.)

Titled 'Making New Technologies Work for Human Development', the Human Development Report 2001 was "about how people can create and use technology to improve human lives, especially to reduce global poverty."

The crux of the argument advanced by the authors of the report was that many technologies are tools of human development that enable people to increase their incomes, live longer, be healthier, enjoy a better standard of living, participate more in their communities and lead more creative lives. Technology is like education: it enables people to lift themselves out of poverty, they said. "Thus technology is a tool for, not just a reward of, growth and development," they argued.



The HDR 2001 was published in the aftermath of the United Nations Economic and Social Council (ECOSOC)'s request in March 2001 to the Secretary-General to establish an Information and Communication Technologies (ICT) Task Force. This initiative was intended to lend a truly global dimension to the multitude of efforts to bridge the global digital divide, foster digital opportunity and thus firmly put ICTs at the service of development for all.

The ICT Task Force seeks to advance the broad, internationally agreed development goals and targets of the United Nations, in particular those set up by the Millennium Declaration. Eradication of poverty and the special needs of the least developed and low-income countries and Africa constitute the principal focus and benchmark for all activities of the Task Force. The Task Force drew upon the work of the existing UN development and specialized agencies. It also contributed to the preparations for the World Summit on Information Society held in December 2003 in Geneva and in November 2005 in Tunis.

The underlying mission of the UN Information and Communication Technology Task Force is: "Harnessing the potential of the ICT revolution for development for all, for the reduction of poverty, and for the empowerment of those who are currently marginalized, is a monumental challenge. The speed of global technological and economic transformation demands substantive and urgent action on a global scale to transform the digital divide into the digital opportunity for all of humanity." <http://www.unicttaskforce.org/about> >>>

THEMENFELDER



There is no gainsaying the fact that there is considerable debate about the role of ICTs in economic growth and poverty reduction. Should ICTs be considered only as a sector within infrastructure? An OECD study of financing ICTs for development¹ clearly showed that ODA investment in ICT as infrastructure had declined over the previous ten years, dropping from USD 1.2 billion in 1991 to USD 194 million in 2002.

The private sector has heavily invested in ICTs as an infrastructure. How should the development community respond? How should the development community work with ICTs for economic growth? Studies in the growth of the developed economies suggest that ICTs do have a strong role. But the conditions in developing countries are very different, and the link between cause and effect is still under debate.

How should the development community work with ICTs for poverty reduction? It is true that in many circumstances the use of ICTs can produce efficiencies in the service delivery sectors, and can improve the choice and opportunities for livelihoods. But there is a lack of clear data to inform the development community of the opportunities for efficiency, and to enable clear choices, says the OECD.

The OECD has addressed these issues in a paper titled 'Good Practice Paper on ICTs for Economic Growth and Poverty Reduction' that has been published early 2005. This good practice gives an overview of what DAC members currently know about how ICT use in developing economies can stimulate economic growth and poverty reduction. It draws attention to the cross-cutting applications of ICTs, to their role as tools, not goals, and links their use to development cooperation.

According to the paper, ICTs can help in the achievement of the Millennium Development Goals through three basic processes: enhancing livelihoods, improved efficiency in the delivery of services, and allowing local stakeholders a voice in the planning process.

ICT advances brought about by the private sector can also complement initiatives undertaken by government or development-cooperation agencies. The report points out that two factors will be vital in allowing these benefits to unfold: the development of capacity in ICT use; and the generation of suitable content, established not by the ICT sector but by the lead sector in question - health, education, governance.

To the ICT enthusiast, the recommendations are:

- More data are required on the impact and effectiveness of using ICTs to support to pro-poor growth (PPG) and the deliver of pro-poor services.
- The efficiencies and increased effectiveness in mainstream development cooperation that ICTs can provide has to be demonstrated, particularly where they are competing for scarce resources.
- When considering the introduction or extension of ICTs, it is the potential impact on pro-poor growth or on the processes which lead towards the MDGs that have to be presented and discussed, not the development of ICT infrastructure per se, or ICTs as a goal in themselves.
- Programmes seeking to integrate ICTs in development cooperation must adhere to good practice principles on ownership and participation, cooperation and collaboration, and capacity-building, if they are to have any measure of success.
- Cooperation with the private sector is particularly pertinent for increasing ICT access, although synergies with other sectors should also be sought.
- The user interface should be matched to the clientele capacity, and the relevancy of content ensured, whatever the ICT used. >>>

THEMENFELDER

To the donor, government or development practitioner, especially those yet to be convinced about the role of ICTs, the recommendations are:

- The impact and effectiveness of using ICTs to support PPG and the deliver of pro-poor services should be continually assessed - rapid changes in ICTs can offer new ways of working.
- There should be continual assessment of whether ICTs can produce efficiencies and increase effectiveness in mainstream development cooperation, particularly where there are scarce resources and ICTs may create savings.
- ICTs will have an increasing role in the practice of development co-operation by virtue of their increasing role in day-to-day life and so should not be ignored - they will increasingly impinge on the life of the poor.
- Development cooperation seeking to adhere to good-practice principles should consider how ICTs can support and enhance practices such as ownership and participation, cooperation and collaboration, and capacity-building.
- Cooperation with the private sector is particularly pertinent for increasing ICT access, but synergies with other sectors should be sought.
- Planning tools - such as the PRSP process - should include an analysis of the role of ICTs in poverty-reduction, and seek to put in place a positive enabling environment.

<http://www.oecd.org/dataoecd/2/46/35284979.pdf>

While we may brood over these recommendations, the fact is that the new information and communication technologies are among the driving forces of globalization. They are bringing people together, and bringing decision makers unprecedented new tools for development. At the same time, the gap between information "haves" and "have-nots" is widening, and there is a real danger that the world's poor will be excluded from the emerging knowledge-based global economy.

Proponents of information technology point out that it is extremely cost-effective compared with other forms of capital. Modest yet key investments in basic education and access can achieve remarkable results, they say citing Estonia and Costa Rica as examples of how successful IT strategies can help accelerate growth and raise income levels. But even some of the least-developed countries, such as Mali and Bangladesh, have shown how determined leadership and innovative approaches can, with international support, connect remote and rural areas to the Internet and mobile telephony, the proponents argue. True. Public tele-centers have been established in places as diverse as Egypt, Kazakhstan and Peru. Information technologies can indeed give developing countries the chance to leapfrog some of the long and painful stages of development that other countries had to go through.

But bridging the digital divide is not going to be easy. Too often, state monopolies charge exorbitant prices for the use of bandwidth. This is why governments need to do much more to create effective institutions and supportive regulatory frameworks that will attract foreign investment; more generally, they must also review their policies and arrangements to make sure they are not denying their people the opportunities offered by the digital revolution.

As the UN Secretary-General Kofi Annan wrote in an article ahead of the WSIS in Tunis 16-18 November 2005: "We need to think of ways to bring wireless fidelity (Wi-Fi) applications to the developing world, so as to make use of unlicensed radio spectrum to deliver cheap and fast Internet access. We also need to explore the possibility of creating an open international university. Surely, experts can think of many more ideas along these lines."

The WSIS concluded with a final document, which in Para 5 said: "The Tunis Summit represents a unique opportunity to raise awareness of the benefits that Information and Communication Technologies (ICTs) can bring to humanity and the manner in which they can transform people's activities, interaction and lives and thus, increase confidence in the future." ☑

THEMENFELDER

Wissen und Entwicklung - Millenniumsziele für den Aufbau einer Wissensgesellschaft

Von Hans-Dieter Evers

Wissen als Entwicklungsfaktor



Als letzte Zielvorgabe der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) wird gefordert, neue Technologien zur Erreichung der MDGs einzusetzen. Insgesamt wird die Bedeutung von „Wissen“ zum Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele (MDG) auf drei Bereiche reduziert: Schulbildung, Internetzugang und Wassermanagement (BMZ 2005). Es ist jedoch schon seit langem bekannt, dass „Wissen“ zu einem wesentlichen, wenn nicht dem wesentlichsten Entwicklungsfaktor geworden ist. In einer wissensbasierten Wirtschaft übersteigt die Wertschöpfung der immateriellen Produktion (Dienstleistungen, computergesteuerte Produktion etc.) die der materiellen Produktion (manufacturing). In einer Wissensgesellschaft ist der Bildungsgrad relativ hoch, ein großer Teil der Beschäftigten sind Wissensarbeiter, und ein erheblicher Teil des BSP wird in Ausbildung, Forschung und Entwicklung investiert.

Vermeintlich kann „Wissen“ mit der neuesten Informationstechnologie sehr schnell und zu geringen Transaktionskosten importiert werden. Regierungen in Ländern mit geringer Ausstattung an natürlichen Ressourcen sind versucht, mit Hilfe von „Wissen“ in kurzer Zeit den Sprung in das post-industrielle Zeitalter zu schaffen und eine wissensbasierte Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen.

Strategien zur Entwicklung einer Wissensgesellschaft

Die Wissenslücke (knowledge gap)

Die Bedeutung von „Wissen“ für die wirtschaftliche Entwicklung wird schon seit Beginn der 1990er Jahre diskutiert (Drucker 1994). Mit der Publikation des Weltentwicklungsberichts „Wissen und Entwicklung“ (World Bank 1999) fand die Idee offiziell Eingang in die Entwicklungsdebatte. Hierbei wurde deutlich, wie erst durch das Impprimatur einer machtvollen Organisation wie die Weltbank oder durch eine Weltgipfelkonferenz ein Konzept oder eine Strategie gewissermaßen autorisiert wird – ein Vorgang, der sich auch bei anderen grundlegenden Konzepten wie „integrierte ländliche Entwicklung“, „informeller Sektor“ oder „Strukturanpassung“ abgespielt hat.

Seit 1999 wird die Wissenslücke als ein weiteres Kriterium zur Unterscheidung und Klassifizierung von Industrieländern und Entwicklungsländern benutzt und Strategien entwickelt, wie die Wissenslücke (knowledge gap) bzw. der digitale Graben (digital divide) im internationalen Vergleich wie auch innerhalb eines Staates zu schließen seien. Diese Idee hat auch in die MDGs Eingang gefunden. Dabei handelt es sich in der Regel um eine Neuauflage von Strategien der nachholenden Entwicklung. Entwicklungsländer sollen den entwickelten Wissensgesellschaften nacheifern, die Unterschiede in Bezug auf Computer-literacy, ICT-Ausstattung und Anteil der Schulabgänger pro Alterskohorte zu minimisieren. >>>

THEMENFELDER

Konventionelle Strategien in der EZ zur Minderung der Wissenslücke sind u.a.

- Intervention im Grund-/Sekundärschulbereich
- Förderung von ICT-Hardware und allgemeinem Zugang zum Telefonnetz und zum Internet als „Rückgrat“ (backbone) einer Wissensgesellschaft
- Einsatz von IT im kleinbäuerlichen Agrarsektor
- E-Government
- Wissens Governance (u.a. Erlassen von Rechtsvorschriften zur Kanalisierung und Kontrolle der Wissensproduktion, insbes. der „Risiken und Nebenwirkungen“).

Ganz abgesehen von Wertvorstellungen, die darauf zielen, das Recht auf Zugang zu Wissen und auf Bildung für alle durchzusetzen, ergibt sich die Frage: Lässt sich die Lücke überhaupt schließen? Bzw. macht es überhaupt Sinn, sie zu schließen? Sind Unterschiede in Kompetenz and Wissensausstattung nicht von vornherein gegeben? Unterschiede Schüler-Lehrer, Primarschulen-Hochschulen, Standardprodukte -Hightech Produkte usw. sind konstitutive Merkmale jeder Gesellschaft, weshalb auch ohne Lernen, Wissensvermittlung, Ausbildung keine Gesellschaft denkbar ist (Evers and Gerke 2005).

Diversitäts-Strategie in der EZ

Statt der in den MDGs und im Weltentwicklungsbericht noch vorgeschlagenen Schließung oder Verminderung der Wissenslücke wird hier eine Strategie bevorzugt, die geradezu auf eine, zumindest interne, Vergrößerung der Wissenslücke hinausläuft. Diese Strategie beinhaltet u.a. die Förderung von

1. „Wissenszentren“ (knowledge hubs), Kompetenzzentren, Exzellenzzentren
2. „Wissensregionen“ (Knowledge Clusters) als „lernende Regionen“ und
3. Wissenstransfer durch „Globale Produktions-Netzwerke“ (GPN)
4. Nutzung komparativer Vorteile lokalen Wissens

Im Gegensatz zu einer Strategie der Schließung der Wissenslücke wird hier also eine Strategie der Wissensdiversität zur Debatte gestellt¹. Aspekte dieser Strategie sollen im folgenden kurz umrissen werden.

Ad 1 Entwicklung von Exzellenzzentren

Verschiedene Entwicklungsländer haben versucht, eine Strategie der Konzentration von Wissen zu verfolgen. Indonesien hat bereits Anfang der 1980er Jahre vier seiner Universitäten zu „Centres of Excellence“ erklärt und neben einer flächendeckenden Versorgung aller Provinzen mit Hochschulen Mittel auf die Exzellenzzentren konzentriert. Die Ergebnisse dieser Strategie waren nicht überzeugend, weil hier isolierte Kompetenzzentren aufgebaut wurden, die mit anderen Wissens- und Produktionszentren nicht hinreichend vernetzt waren. Es entstanden keine Wissensregionen (Knowledge Cluster)¹. >>>

¹ Es gibt eine zunehmende Diskussion zum Thema Diversität, siehe u.a. Cooper, D. (2004). Challenging Diversity. Rethinking Equality and the Value of Difference. Cambridge, Cambridge University Press.

¹ Die neue Exzellenzinitiative der Bundesregierung wird vermutlich ebenso dort im Sande verlaufen, wo sie nicht ohnehin schon bestehende Wissensregionen unterstützt.

THEMENFELDER**Ad 2 Entwicklung von Wissensregionen (knowledge cluster)**

Vorbilder für die Clusterbildung sind das Silicon Valley, die Münchener Wissensregion, in Ansätzen auch der MSC (Multimedia Super Corridor) in Malaysia, die Region um Hyderabad in Indien, das südöstliche Singapur u.a.m. In der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung wird durchgängig der enge Zusammenhang zwischen Innovation, lokalem Wirtschaftswachstum und der Clusterbildung nachgewiesen (Porter 2000). Unter Cluster versteht man eine regionale Konzentration von Firmen, Zulieferern, Forschungsinstituten und Hochschulen sowie anderer wissensrelevanter Institutionen. Wichtig dabei ist die Vielfalt, die Diversität verschiedener Firmen, Institutionen und Wissens-Produzenten, die sich ergänzen, in Konkurrenz stehen, aber eben auch kooperieren. Wie unsere Untersuchungen in Singapur gezeigt haben, ist die Weitergabe von Wissen (knowledge sharing) im täglichen Umgang besonders wichtig und stellt je nach der jeweiligen epistemischen Kultur eine Förderung oder Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung dar (Menkhoff and Gerke 2002; Menkhoff, Evers et al. 2005). Institutionen mit niedriger Kommunikationsschwelle erleichtern den Transfer von Erfahrungswissen (tacit knowledge) und schaffen eine lernende Region, ein „learning cluster“.

Ein Einsatz von ausländischen Wissensarbeitern bietet sich an, um die Wissensdiversität zu erhöhen. Singapur hat von dieser Option weitgehend Gebrauch gemacht. Rund 80% der Wissenschaftler im staatlichen R&D Sektor sind Ausländer. In den Programmen der regionalen Wirtschaftsförderung der deutschen EZ könnte durchaus die Schaffung von Wissensregionen stärker ins Blickfeld rücken. Hierzu wäre allerdings der ausschließliche Blick auf die Wirtschaft zugunsten einer weitergefassten Strategie aufzugeben, da ein komplexes Umfeld mit Regierungsinstitutionen, wissenschaftlichen Einrichtungen und civil society-Organisationen notwendig ist, um lokale Entwicklung erfolgreich zu gestalten.

Ad 3 Wissenstransfer in GPN

Wissensproduktion und Wissenstransfer finden heute unter Bedingungen extremer Globalisierung statt. Globale Produktions-Netzwerke (GPN) dehnen sich rapide aus und sorgen, unter bestimmten Bedingungen, für Wissenstransfer. Transnationale Firmen schaffen GPNs, die sich auf einige wesentliche Cluster konzentrieren, in denen Zulieferfirmen mit technischem und Managementwissen versorgt werden (Ernst 2003). Typischerweise entstehen diese Verbindungen zu Wissensregionen mit hoher Diversität.

Die Förderung von entstehender Wissensregionen bietet also besonders vielversprechende Ansätze zu PPP. Dennoch ist die Ausdehnung von GPNs nicht ohne Probleme. Während größere Zulieferer mit Wissen beliefert werden, allein schon, um die Qualitätsstandards der Nachfrager zu befriedigen, sind kleinere Unternehmen (SMEs) am Ende der Wissenskette benachteiligt. Oft fehlen ihnen auch die Kompetenz und das Wissen, um globales Wissen auf

zunehmen zu können. Bei der Schnelligkeit, mit der Wissen in den bereits bestehenden Wissensgesellschaften produziert wird, ist eine nachholende Entwicklung durch Schließen der „Wissenslücke“ kaum noch möglich. Transnationale Konzerne vermitteln weiterhin hauptsächlich „packaged knowledge“, eine Art von „fast food“ für den schnellen Konsum, aber nicht das Grundlagenwissen, das für eine eigene Wissensproduktion notwendig wäre. >>>

THEMENFELDER

Anders ausgedrückt: Wissen wird ohne Nichtwissen, ohne Problembewusstsein für weitere Entwicklung, geliefert, womit die Entwicklungsregion in die eingangs beschriebene „Wissensfalle“ tappt. Wie lässt sich die Wissensfalle vermeiden?

Ad 4 Lokales Wissen als kompetitiver Vorteil

Die Übertragung von globalem Wissen in lokale Kontexte erfordert immer den Einsatz von lokalem Wissen. Hierin ist zumindest ein kompetitiver Vorteil solcher Entwicklungsländer begründet, die sich im Zuge der Globalisierung freiwillig oder erzwungenermaßen dem Weltmarkt öffnen.

Globalisierung lokalen Wissens und Lokalisierung globalen Wissens sind die Voraussetzung für den Einsatz von Wissen als Entwicklungsfaktor. Hierfür ist eine Diversitäts-Strategie der angebracht, wie sie hier vorgestellt wurde. Kompetentes „Diversitäts Management“, die Förderung einer auf lokale Bedingungen fokussierten „Forschung und Entwicklung“ (R&D und Grundlagenforschung) und der Aufbau lokaler Wissensnetzwerke und Wissensregionen nutzt die komparativen Vorteile der Verfügbarkeit von lokalem Wissen, erhöht Diversität und damit das evolutionäre Entwicklungspotential. Der Aufbau einer differenzierten „epistemischen Landschaft“ von Wissensclustern wäre damit ein Oberziel der EZ.

Literatur:

- BMZ (2005). Der Beitrag Deutschlands zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele. Bonn, BMZ, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Materialien Nr. 140.
- Cooper, D. (2004). Challenging Diversity. Rethinking Equality and the Value of Difference. Cambridge, Cambridge University Press.
- Drucker, P. F. (1994). Postcapitalist Society. New York, Harper Business.
- Ernst, D. (2003). Placing the Networks on the Internet: Challenges and Opportunities for Knowledge Creation in Developing Asia. Knowledge Creation in the Learning Economy, B. A. Lundvall and K. Smith. Cheltenham, Edward Elgar.
- Evers, H.-D. and S. Gerke (2005). Closing the Digital Divide: Southeast Asia's Path towards a Knowledge Society. Working Paper No 1. Bonn, Center for Development Research, University of Bonn.
- Menkhoff, T., H.-D. Evers, et al., Eds. (2005). Governing and Managing Knowledge in Asia. Series on Innovation and Knowledge Management Vol. 3. Singapore and London, World Scientific Publishing.
- Menkhoff, T. and S. Gerke, Eds. (2002). Chinese Entrepreneurship and Asian Business Networks. London and New York, RoutledgeCurzon.
- Porter, M. (2000). "Location, Competition, and Economic Development: Local Clusters in a Global Economy." Economic Development Quarterly 14: 15-34.
- World Bank (1999). World Development Report 1998-99: Knowledge for Development. New York, Oxford University Press.

KRITIK

Bilanz der Ringvorlesung

Von Wolfram Hilz



Für die Einordnung der aktuellen Debatte um die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MEZ) in die allgemeine entwicklungspolitische Diskussion ist es wichtig, sich die Ausgangssituation des Jahres 2000 noch einmal in Erinnerung zu rufen: Die Einigung der internationalen Staatengemeinschaft auf eine „Millenniumserklärung“ ermöglichte nach Jahrzehnten der Konkurrenz divergierender entwicklungspolitischer Ansätze im Jahr 2001, ausgehend von der Weltorganisation UNO, die Ausarbeitungen eines allgemein akzeptierten entwicklungspolitischen Zielkatalogs. Die darin enthaltenen acht Millennium-Entwicklungsziele mit den 19 Unterkategorien und 48 Indikatoren boten somit zum ersten Mal einen auf breitem Konsens fußenden Maßstab für alle entwicklungspolitischen Anstrengungen. Ruft man sich die diesbezüglichen „Modewellen“ des reinen Wachstumsglaubens, der Weltmarktakkopplung, des Schwenks hin zur Grundbedürfnisstrategie oder der schlichten Armutsbekämpfung der vergangenen Jahrzehnte in Erinnerung, so ist

die feste Verankerung der MEZ nicht zu gering zu bewerten.

Es war der Anspruch der Vorlesungsreihe, in ausgewählte Themenfelder (z.B. HIV/AIDS, Desertifikation, Wissenstransfer, Kommunikationstechnologie) einen Einblick zu gewinnen sowie den Fragen nachzugehen, wie sich die Umsetzung der Zielsetzung nach einem Drittel des Weges gestaltet hat, wie die Aussichten auf eine Realisierung in den nächsten Jahren beurteilt werden können, und ob die Europäer ihren Teil der Verantwortung ernst genommen haben. Hierzu wurden verschiedene Akteursperspektiven durch nationale, europäische, internationale sowie NGO-Vertreter miteinbezogen. Den konkreten Anlass und den Ausgangspunkt für die Beurteilung bildete der „World Summit“ vom September 2005, der eine erste Zwischenbilanz auf dem Weg zur Realisierung der MEZ ermöglicht hat.

Dass die Beurteilung der Realisierungschancen für die MEZ bis zum Jahr 2015 je nach Themenfeld und Akteur recht unterschiedlich ausfällt, machen die einzelnen Beiträge deutlich. Trotz dieses heterogenen Bildes lassen sich jedoch zumindest einige Aspekte hervorheben, die bei der Verfolgung jedes einzelnen Zieles relevant sein werden. Drei dieser Aspekte sollen im Folgenden kurz erläutert werden. Dies sind 1. die Stärkung des „best practice“-Denkens als Mobilisierungshilfe, 2. die Schlüsselposition Europas und 3. die erhebliche Bedeutung größerer Kohärenz für Fortschritte bei den MEZ.

1. „best practice“-Beispiele als Antriebskräfte

Nachdem die Chancen zum Erreichen der MEZ bis 2015 nach überwiegender Meinung sehr kritisch beurteilt werden, sind gute und erfolgreiche Einzelmaßnahmen als „Werbung“ für Nachahmer ebenso wichtig wie als Belege für die Möglichkeit, sehr wohl Entwicklungsfortschritte zu erzielen.

Dies gilt bei erfolgreichen Bildungskampagnen ebenso wie bei konzertierten Aktionen zur AIDS-Bekämpfung. Einzelprojekte zum Technologie- oder Wissenstransfer in Schwellenländern können durch die sie begleitenden und nachziehenden Qualifizierungsmaßnahmen sowohl zur Breitenwirkung im Bildungsbereich als auch unmittelbar zur Armutsbekämpfung beitragen. Bei einzelnen globalen Partnerschaften kommt es sehr stark auf die Nachhaltigkeit an, da nur dann die positiven Begleiteffekte wirken können. >>>

KRITIK

Das Beispiel des POST-/DHL-Engagements im Logistik- und Transportsektor hat dies klar gemacht. Globale Partnerschaft - richtig verstanden - nützt dabei sowohl den Unternehmen aus den Industrieländern durch Imageaufwertung, Werbung und neue Geschäftsbeziehungen als auch den Ökonomien in Schwellen- und Entwicklungsländern, wenn sie durch verbessertes Know how und neue Technologien vorankommen.

Entscheidend ist in jedem dieser Fälle, dass es nicht bei positiven Einzelbeispielen bleibt, sondern diese größere Bekanntheit erlangen und damit Nachahmer in möglichst großer Zahl anziehen. Die Etablierung des „best practice“-Denkens in der Entwicklungsförderung könnte folglich weiteres Mobilisierungspotential eröffnen. Dabei ist der Nachweis funktionierender Entwicklungskooperation im Bereich der einzelnen Ziele für die Aufrechterhaltung des MDG-Prozesses als internationales Anliegen in den nächsten Jahren von großer Bedeutung. Nicht zuletzt die Millenniumskampagne, angeführt von Evelyn Herfkens, ist nur dann dauerhaft durchzuhalten, wenn sie auf genügend Positiv-Beispiele verweisen kann. Die Betonung von „Best practice“-Beispielen wäre in diesem Sinne Teil einer Art „Marketingstrategie“ für die MEZ.

2. Schlüsselposition Europas

Nicht erst das Jahr 2005 hat die zentrale Rolle der Europäer bei der Forcierung der entwicklungspolitischen Anstrengungen unterstrichen, aber die „Frequenzdichte“ europäischer Initiativen im abgelaufenen Jahr war außergewöhnlich. Wichtige Beispiele waren der Afrika-Aktionsplan der EU-Kommission, die ODA-Selbstverpflichtung durch alle EU-Mitgliedstaaten (0,7%-Ziel), die britischen Vorstöße zum Schuldenerlass mit dem G-8-Gipfel in Gleneagles als Höhepunkt, die Festschreibung dieser Beschlüsse durch IWF und Weltbank auf europäisches Drängen und nicht zuletzt das europäische Beharren auf einer klaren Benennung der MEZ im UN-Gipfeldokument vom September - gegen amerikanischen Widerstand.

Auch wenn der Schuldenerlass im Grundsatz längst vereinbart war und die ODA-Selbstverpflichtung bis 2015 letztlich am Umsetzungswillen der EU-Mitgliedsländer hängt, sind diese europäischen Vorstöße die einzigen greifbaren staatlichen Initiativen zur Unterstützung der acht Entwicklungsziele von Gewicht auf der internationalen Ebene. Dass dies nicht folgenlos bleibt, da auch der selbst geschaffene öffentliche Druck in den europäischen Gesellschaften wächst, haben die Ausführungen von Staatssekretärin Kortmann unterstrichen. Dabei wurde die Kreativität zur Generierung von „fresh money“ (z. B. durch die Flugticketabgabe) gerade erst angeregt und ist mit Sicherheit noch nicht am Ende. Die Vorreiterrolle Frankreichs hierbei zeigt auch, dass es in Europa keineswegs immer an Mut fehlt, unter Inkaufnahme vermeintlicher Wettbewerbsnachteile voranzugehen. Vielleicht gelingt es ja sogar einmal, einen europäischen Ideenwettbewerb zur Schöpfung neuer Quellen für die Unterstützung von Entwicklungsprojekten zu starten.

Mit Blick auf die USA bedeutet dies, dass es von neuem gilt, mit positiven Beispielen zu überzeugen, um im Bereich der Entwicklungsförderung ein amerikanisches Nach- bzw. Mitziehen zu erzwingen.

3. Kohärenz als Schlüsselindikator

Die Kohärenz der entwicklungspolitischen Anstrengungen ist zwar ein Konstruktionsmerkmal der Millenniums-Erklärung und des Zielkatalogs, die Defizite bei der Umsetzung insbesondere durch die verschiedenen Akteure sind jedoch offensichtlich. Betrachtet man die verschiedenen Akteursebenen, auf denen Beiträge zur Verfolgung der MEZ geleistet werden müssten, so entsteht ein sehr ernüchterndes Bild: >>>

KRITIK

Auf internationaler Ebene sind durchaus Effekte der multilateralen Einzelfallkoordinierung feststellbar, wie das Beispiel der europäischen Initiativen des Jahres 2005 belegt. Ein konsequent kohärentes Agieren der großen Internationalen Organisationen (UNO inkl. Unterorganisationen, IWF/Weltbank, WTO, EU und andere) im Sinne einer Konzertierung der Anstrengungen zur Unterstützung der MEZ ist jedoch weiterhin nicht erkennbar. Jede der gewichtigen oder auch weniger bedeutenden Organisationen handelt weiterhin nach den eigenen Präferenzen und ohne tagespolitische Abstimmung untereinander. Das schlichte Bekenntnis zu den MEZ ist momentan die einzige dauerhafte „Koordinierungsmaßnahme“.

Auf regionaler, insbesondere europäischer Ebene ist die Kohärenz in den angesprochenen Initiativen durchaus erkennbar. Bei der Umsetzung divergieren aber trotzdem häufig die nationalen Positionen. Jedes der EU-Mitglieder verfolgt seine spezifischen entwicklungspolitischen und ökonomischen Interessen. Oftmals ist es eher der pure Mangel an Haushaltsmitteln, der zur Konzentration auf wenige nationale Entwicklungsschwerpunkte zwingt, und nicht die Einsicht in die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Abstimmung mit den „Partnerstaaten“. Eine europäische Entwicklungspolitik als in sich kohärentes Instrument zur Bündelung des enormen europäischen Potentials auf Seiten der Mitgliedstaaten, unterstützt durch die EU-Programme, fehlt weiterhin. Hier tut insbesondere eine verbesserte intergouvernementale Koordinierung in den Programmschwerpunkten Not - um Vergemeinschaftung geht es dabei nicht in erster Linie.

Die oftmals mangelnde Kohärenz auf nationaler Ebene wurde in den Beiträgen zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit deutlich angesprochen. Interministerielle und weitere interessenbedingte Akteurskonkurrenz auf der innerstaatlichen Ebene ist aber keineswegs eine deutsche Besonderheit; sie gilt für die staatliche Ebene allgemein. Hinzu kommt, dass es häufig mit der Kohärenz der Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) auch nicht sehr rosig aussieht. Zwar spricht die Existenz von VENRO als Dachverband der entwicklungspolitischen NROs in Deutschland für das dauerhafte Bemühen um eine Koordinierung der Anstrengungen. Inhaltliche Kohärenz, die auch einen möglichst effektiven Mitteleinsatz garantieren würde, ist dadurch aber noch keineswegs gesichert. Gleiches gilt für das Zusammenspiel von staatlichen und halbstaatlichen Agenturen in der Bundesrepublik im Bereich der technischen und der finanziellen Zusammenarbeit: es agiert zwar keiner völlig unkoordiniert und frei, die Kooperation im Einzelfall wird jedoch auch des Öfteren stärker von Konkurrenz- als von Kohärenzdenken geprägt.

Fazit

Auf dem Weg zur Realisierung der MEZ fällt die Zwischenbilanz nach fünf Jahren sehr durchwachsen aus. In diesem Befund unterscheidet sich die Ringvorlesung nicht wesentlich von den überwiegend skeptischen Beurteilungen des Jubiläumsgipfels zum 60. Jahrestag der UNO-Gründung im September 2005.

Die Einzelbeiträge haben aber sehr wohl Ansätze für Fortschritte im Sinne einzelner MEZ aufgezeigt und deutliche Hinweise darauf geliefert, was konkret - insbesondere auf europäischer Seite - getan werden kann. Dass die vorhandenen Potentiale zur Verfolgung der MEZ mangels effizienten Mitteleinsatzes oder wegen unzureichender Abstimmung unter den Akteuren nicht ausgeschöpft werden, stimmt einerseits pessimistisch; andererseits macht dies deutlich, dass es keineswegs nur um die Mobilisierung weiteren Kapitals für die Entwicklungsländer geht.

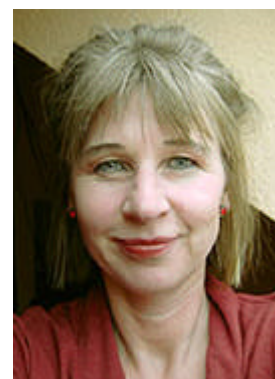
Auch wenn die Verantwortung für Fortschritte keineswegs bei den Europäern allein liegt, so sind doch die EU-Partner in besonderer Weise dazu prädestiniert, durch ein kohärenteres Agieren die selbstgesteckten Ziele zu erreichen. Mit einer derartigen „Führungsfunktion“, die im Jahr 2005 bereits auf programmatischer Ebene an Profil gewonnen hat, würde Europa seiner besonderen Verantwortung für die „eine Welt“ tatsächlich gerecht werden können - unabhängig davon, ob die MEZ bis zum Jahr 2015 tatsächlich noch zu erreichen sind. ☑

BERICHT

Zwischen Markt und sozialer Verantwortung

Von Karina Böckmann

Den einen ist es nicht verbindlich genug, andere wiederum sehen in ihm einen Schritt in die richtige Richtung: im Bekenntnis einer Vielzahl transnationaler Konzerne zur 'Corporate Social Responsibility' (CSR), zur sozialen Verantwortlichkeit. Rund 2.400 Unternehmen haben den 'Global Compact' der Vereinten Nationen unterzeichnet und damit die Wahrung der grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte, Arbeitsnormen und des Umweltschutzes gelobt.



Die Deutsche Post World Net (DPWN) mit Sitz in Bonn ist über ihre Tochterfirma DHL bei der von UNO-Generalsekretär Kofi Annan auf den Weg gebrachten Initiative mit von der Partie. Darüber hinaus unterstreicht das weltgrößte Transport- und Logistikunternehmen in einem Leitfadens die Bereitschaft, sich im Rahmen seiner unternehmerischen Möglichkeiten für das Wohl der Gesellschaften, in denen es tätig ist, zu engagieren.

"Die Zahlen müssen stimmen, doch Zahlen sind nicht alles", betonte Monika Wulf-Mathies, DPWN-Leiterin des Zentralbereichs Politik und Nachhaltigkeit, in einem Vortrag vor Studierenden der Universität Bonn. Es sei zwar richtig, dass Konzerne zuallererst Gewinne machen müssten, um sich selbst und die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiter zu sichern, doch der wirtschaftliche Erfolg beruhe auch auf qualitativen Werten.

Gesellschaftliches Engagement im Eigeninteresse

"Menschen erwarten überall auf der Welt zu Recht von Unternehmen, dass sie sich nicht nur an Börsenwert und Shareholder Value orientieren, sondern dass sie auch einen ethischen Kompass haben, an dem sie ihr Handeln ausrichten", so Wulf-Mathies im Rahmen einer Ringvorlesung zum Thema 'Die Millenniumsentwicklungsziele - Eine besondere Verantwortung Europas für die Eine Welt', die das Seminar für Politische Wissenschaft der Bonner Universität im Wintersemester 2005/06 veranstaltet. Das gelte auch für viele DPWN-Kunden. "Wir sind überzeugt, dass eine nachhaltige Unternehmenspolitik auf Dauer auch ein Wettbewerbsvorteil sein kann."

Die DPWN hat 2004 rund 43 Milliarden Euro Umsatz gemacht, mehr als die Hälfte außerhalb Deutschlands. Sie ist in 220 Ländern und Territorien tätig und beschäftigt um die 500.000 Menschen. "Wir verlagern Arbeit nicht an Billiglohn-Standorte, unsere Mitarbeiter sind in den Ländern, in denen wir vertreten sind, Teil der lokalen Gesellschaften und Strukturen", versicherte die ehemalige SPD-Politikerin. Sie nähmen am gesellschaftlichen Leben in ihren Ländern teil und fühlten sich für ihr gesellschaftliches Umfeld verantwortlich.

Daraus resultiere ihr Bedürfnis, sich in den Kommunen zu engagieren. Die DPWN fördere und ergänze die Aktivitäten der Beschäftigten - auch im eigenen Interesse: Nur so komme ein Schneeballeffekt in Gang, der die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung zur gelebten Unternehmenskultur mache. "Wir helfen mit dem, was wir am besten können: mit unserer Fähigkeit, logistische Prozesse optimal zu organisieren", unterstrich Wulf-Mathies. Als Beispiele für ein gelungenes Zusammenspiel zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nannte sie die Freiwilligeneinsätze von DPWN-Mitarbeitern, die in dem vom Tsunami 2004 heimgesuchten Sri Lanka und dem Erdbeben geschädigten Pakistan im Oktober 2005 Tausende Tonnen Hilfsgüter sortiert und verteilt hatten. >>>

BERICHT**Partnerschaften für die MDGs**

In ihrem Vortrag äußerte sich die ehemalige Gewerkschaftsführerin auch über die Wirkungsmöglichkeiten der DPWN zur Förderung der acht Millenniumsziele (MDGs). Im Anschluss an den New Yorker UNO-Millenniumsgipfel im Jahr 2000 formuliert, sehen die MDGs bis 2015 die Halbierung von Armut und Hunger (1) vor, Grundschulbildung für alle (2), die Stärkung der Rolle der Frau (3), die Senkung der Kindersterblichkeit (4), die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern (5), die Bekämpfung schwerer Krankheiten wie HIV/Aids und Malaria (6), die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit (7) und den Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft zwischen armen und reichen Ländern (8).

Aus den Erfahrungen, die bei den verschiedenen Hilfeinsätzen der vergangenen Jahre gemacht worden seien, habe sich die Zielsetzung entwickelt, den internationalen Katastrophenschutz präventiv durch gezielte Maßnahmen zu verbessern, so Wulf-Mathies. "Je stärker wir auf Prävention setzen, um so mehr müssen wir uns aber auch mit Hunger und Armut, mit Erziehung und Bildung, mit Klimaschutz und dem schonenden Umgang mit Ressourcen beschäftigen."

Die DPWN versteht ihre Hilfe beim Aufbau einer Medikamentenfabrik zur Herstellung von Generika in Afghanistan als Beitrag zu den MDGs vier bis sechs. Mit der im Dezember mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und dem UNO-Büro für Nothilfe Koordination (OCHA) eingegangenen Partnerschaft zur Verbesserung der internationalen Katastrophenhilfe durch den Transfer des firmeneigenen Know-hows und die Nutzung logistischer Kernkompetenzen trägt sie zur Umsetzung von MDG acht bei.

Ökologische Herausforderung

Als internationales Transportunternehmen mit einem Fuhrpark allein in Deutschland von mehr als 58.000 Fahrzeugen sieht sich die DPWN auch ökologisch gefordert. Hier kommt MDG sieben ins Spiel. "Wir sind uns der Belastungen bewusst, die von unserer Geschäftstätigkeit für Klima und Umwelt ausgehen", sagte Wulf-Mathies in ihrem Vortrag. Der Konzern sei zwar nicht der unmittelbare Verursacher von Transporten, "aber wir führen sie durch". Aus diesem Grund sei man bemüht, die Abhängigkeit von fossilen Energien zu mindern und innovative Produkte zu entwickeln.

Durch die Integration der Logistiknetze der Tochtergesellschaften Deutsche Post, DHL und Danzas sei es möglich geworden, Parallelstrukturen zu reduzieren sowie unnötige und somit ineffiziente Transporte zu vermeiden, betonte die DPWN-Zentralbereichsleiterin. Das Unternehmen investiere in Erdgas- und Biogasfahrzeuge innerhalb Europas und teste den Betrieb von Hybridfahrzeugen in den USA. Noch in diesem Jahr sollen 100 neue Erdgasfahrzeuge in der DHL-Paketzustellung in Deutschland in Betrieb genommen werden.

Auf Basis des Kiotoprotokolls zur Reduktion der Treibhausgase würden zudem seit Juli alle Pakete des Versandunternehmens Triax klimaneutral versendet. Die Mittel aus dem Verkauf der Emissionsgutschriften dienen der Umsetzung von Emissionsminderungsprojekten in Entwicklungsländern. "Wir leisten damit gemeinsam mit unseren Kunden einen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer nachhaltigen Entwicklung in armen und benachteiligten Regionen", so Wulf-Mathies.

Positive Resonanz bei den NGOs

Mit der grundsätzlichen Bereitschaft, die Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen, kommen Konzerne auch bei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) an. "Wir sind an strategischen Allianzen für nachhaltige Entwicklung mit Unternehmen interessiert", bestätigt Dustin Neuneyer, Referent für nachhaltiges Investieren bei der Nord-Süd-Initiative Germanwatch. Dabei gehe es den Unternehmen vor allem darum, mit NGOs als einer Art Frühindikatoren in Austausch zu treten - auch um die Geschäftsrisiken und die Möglichkeiten einer nachhaltigen Firmenpolitik zu prüfen. ➤➤➤

BERICHT

Neben der moralischen Debatte um sozial- und umweltverantwortliches Handeln gehe es auch um handfeste finanzielle Risiken und Chancen, so Neuneyer. "Auch Investoren interessieren sich zunehmend für Unternehmensverantwortung, Reputations- oder Klagerisiken etwa verbinden die beiden Ansätze."

Als Beispiel führt der Experte den Klimawandel an. Am Zusammenhang zwischen CO₂-Ausstoß und Klimawandel gebe es keinen wissenschaftlich ernst zu nehmenden Zweifel mehr. "Ausmaß und Auswirkungen des Klimawandels werden eher zunehmen und Gegenmaßnahmen erforderlich machen. Gerade transportintensive Logistikunternehmen wie die Deutsche Post World Net könnten in die Notlage geraten, dass der Ölpreis weiter steigt und der CO₂-Ausstoß weiter begrenzt oder besteuert wird."

Regulierung oder Selbstverpflichtung?

Messen lasse sich die Glaubwürdigkeit großer Konzerne daran, ob das Prinzip der Nachhaltigkeit auch im Kerngeschäft zum Tragen komme. "Es geht nicht darum, wofür ein Konzern sein Geld ausgibt, sondern wie er das Geld verdient. Es geht ums Kerngeschäft. Regulierung und freiwillige Selbstverpflichtung können sich hier gut ergänzen."

Große NGOs wie Amnesty International begrüßen zwar die Bereitschaft von Unternehmen, sich gesellschaftlich zu engagieren, sind aber dennoch für die Einführung verbindlicher Regeln. "Transnationale Konzerne müssen in Ergänzung zu ihren häufig sehr beschränkten freiwilligen Selbstverpflichtungen auf einheitliche und global verbindliche Regelungen zur Förderung und Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten verpflichtet werden", sagte Mathias John von Amnesty International im IPS-Gespräch.

Die Spitzenverbände der deutschen Industrie wollen sich jedoch nicht an die Kette legen lassen. Sie haben vor sechs Jahren die 'Initiative Freiheit und Verantwortung' auf den Weg gebracht, die auf den Prinzipien Freiwilligkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit beruhen soll. Eine Regulierung lehnen sie ab.

Dass immer mehr Firmen CSR-Abteilungen einrichten und ihr gesellschaftliches Engagement von Rating-Agenturen bewerten lassen, lässt auf ein Umdenken in den Chefetagen der großen Konzerne schließen. Nach Ansicht von Christian Ramthun, Autor bei der WirtschaftsWoche, ist die Umtriebigkeit Ausdruck einer allgemeinen Verunsicherung, geschürt durch "Ideologie, Halbwissen und Engstirnigkeit auf Seiten der Gutmenschen, mangelnde Argumentationsfähigkeit und ein schlechtes Gewissen bei den Managern sowie blankes Eigeninteresse der CSR-Referenten und -Berater". In dem gegenwärtigen Klima "mutieren Unternehmen zu beladenen Sündern, die sich durch fremdbestimmtes gesellschaftliches Engagement erst reinwaschen müssen", spöttelte Ramthun in einem Beitrag aus dem letzten Jahr. "Die Marktwirtschaft droht zum Ablass-Kapitalismus zu verkommen."

"Wir verstehen die ganze Aufregung um die Regulierung der Unternehmen nicht", sagte John, Sprecher des Amnesty-Arbeitskreises 'Wirtschaft und Menschenrechte'. Global verbindliche Richtlinien seien gerade für deutsche Firmen interessant, die sich jetzt schon für Menschen- und Arbeitsrechte und die MDGs engagierten.

"Damit könnten für alle Unternehmen gleiche Ausgangsbedingungen erreicht werden, und der häufig beklagte 'Wettbewerbsnachteil' eines ethisch und menschenrechtlich korrekten Unternehmensverhaltens wäre überwunden", unterstrich der Amnesty-Sprecher. "Auch die Staaten als primäre Sachwalter des Völkerrechts sollten hier ein ureigenes Interesse haben, um ihren eigenen Verpflichtungen gegenüber allen Menschenrechten gerecht zu werden." → **IPS / KOMMUNIKATION GLOBAL ■**

Besuchen Sie
www.ipsnews.de
www.ipsnews.net
www.ipseuropa.org

DISTINCTLY DIFFERENT



is the only independent global news and communication agency of its kind that operates from Europe, Africa, Asia, North America, the Caribbean and Latin America. It is owned by IPS Inter Press Service International Association which has a consultative status with the ECOSOC.



is also recognised by the OECD as one of the "main international non-governmental organisations official contributions to which may be reported as (bilateral) ODA".



is a leading news agency on civil society' and development, an independent voice from the South delving into globalisation for the stories underneath. It is an indispensable instrument for creating public awareness about the Millennium Development Goals agreed in September 2000 by the heads of state and government from around the world during the Millennium Assembly of the United Nations in New York.

The editorial mission of IPS is to contribute toward promoting peace, human rights, development and democracy, by producing independent and high-quality information that supports the growth of free and diverse media, and helps to safeguard freedom of expression.

The approach of IPS journalism is to give specific and overt prominence to the voices of the marginalised and the vulnerable, to reflect the views of civil society, and to mainstream gender in all reporting. An overwhelming majority of the contributing journalists and editors to IPS are from developing countries.

Through both the topics it chooses to cover and in the way it chooses to report upon them, IPS has established its niche. IPS combines professional news agency credibility and penetration of traditional media markets with a concentration on the South, and strong relationships with civil society. No other independent news agency, web-based information provider or communication NGO is doing what IPS does.



news is produced in English and Spanish, with selected stories translated into other languages including Arabic, Burmese, Chinese, Dutch, Finnish, French, German, Hindi, Italian, Japanese, Khmer, Nepali, Portuguese, Swahili, Swedish, Tamil and Thai.

The primary user groups of IPS material are media editors and NGOs worldwide. Other important users are policymakers at the United Nations, specialised UN agencies, and European and North American development agencies.

IMPRINT / IMPRESSUM

KOMMUNIKATION GLOBAL · COMMUNICATE WORLDWIDE · www.komglobal.info · www.comglobal.info · ISSN 1617-5352

MAGAZIN ZUR INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT · MAGAZINE FOR INTERNATIONAL COOPERATION

Eine Publikation der IPS – INTER PRESS SERVICE EUROPA [IPS EUROPA]

A Publication of IPS – INTER PRESS SERVICE EUROPE [IPS EUROPE]

Herausgeber | Publisher: IPS – INTER PRESS SERVICE EUROPA · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin

Tel.: Bundesweit | Countrywide: 0700 477 387 67 | (030) 28482-360 · Fax: (030) 28482-369 · (0228) 26 12 05

Chefredakteur | Chief Editor: Ramesh Jaura · E-Mail: rjaura@ipseuropa.org

Redaktion | Editors & Contributors: Karina Böckmann · Heike Laermann · Kirsten Prestin · Grit Moskau-Porsch

Online-Redaktionsmitarbeiter | Webmaster: Jörg-Werner Busse · Vertrieb | Distribution: Björn Groth

Erscheinungsweise | Periodicity: 12 Ausgaben pro Jahr · 12 Issues A Year

Druck | Print Edition: A&A Copy-Druck-Centre · Tel.: (0228) 69 60 61

Solidaritäts-Jahresabo | Annual Support Subscription: €40

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht stets die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Articles with names of authors do not necessarily reflect the view of the Publisher and Chief Editor.

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck ist mit Quellenangaben gestattet.

Articles in this magazine may be reproduced with due acknowledgement.

Wir bitten um Übersendung von zwei Belegexemplaren.

Please forward us two copies of the publication in which our articles are reproduced.